



# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Kommunal-Stichwahlen:

## Überraschende Ergebnisse

Rund 750 Stichwahlen, ausschließlich per Briefwahl durchgeführt, wurden am vergangenen Sonntag in den bayerischen Kommunen entschieden. Bei einer Wahlbeteiligung von bemerkenswerten 59 Prozent gab es zahlreiche überraschende Ergebnisse. In einer ersten Reaktion sprach CSU-Generalsekretär Markus Blume von einem „großen Zuspruch für Markus Söder“. Auch der positive Trend der CSU insgesamt habe für „spürbaren Rückenwind bei den Stichwahlen“ gesorgt. FW-Landesvorsitzender Hubert Aiwanger verwies auf „sensationelle Ergebnisse“ für seine Partei: „Wir haben Landräte und Bürgermeister hinzugewonnen. Es ist ein Freudentag.“

In der Landeshauptstadt München siegte erwartungsgemäß Amtsinhaber Dieter Reiter (SPD). Mit 71,7 Prozent setzte er sich Kristina Frank (CSU) durch, die 28,3 Prozentpunkte erreichte. In Nürnberg gibt es dagegen an der Stadtspitze einen historischen Wechsel. Erstmals nach 18 Jahren wird die Norisstadt wie-



Dieter Reiter.

der von einem CSU-Politiker als Oberbürgermeister regiert: Bei der Stichwahl gewann Marcus König von der CSU mit 52,2 Prozent gegen den SPD-Bewerber Thorsten Brehm mit 47,8 Prozent. Zeitenwende auch im oberbayerischen Ingolstadt: Dort nimmt die SPD der CSU nach 48 Jahren den OB-Posten ab. Christian Scharpf kam auf 59,3 Prozent der Stimmen und gewann damit gegen CSU-Amtsinhaber Christian Lösel, der 40,7 Prozent auf sich vereinte.

In Augsburg lag die CSU-Kandidatin Eva Weber mit 62,3 Prozent deutlich vor SPD-Kandidat Dirk Wurm mit 37,7 Prozent. Der bisherige Augsburger Rathauschef Kurt Gribl (CSU) stand nach zwei Amtszeiten nicht mehr zur Verfügung.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

**Bayerische GemeindeZeitung**

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578  
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,  
Postfach 825, 82533 Geretsried

Innenminister Herrmann und Gesundheitsministerin Huml:

## Corona-Bußgeldkatalog

Konsequente Sanktionierung der Unbelehrbaren

Das bayerische Gesundheitsministerium hat einen Bußgeldkatalog bei Verstößen gegen die Regelungen zur Eindämmung des Coronavirus erlassen. Er steht allen Kreisverwaltungsbehörden in Bayern als Richtschnur zur Verfügung.

Diese sind für den Erlass der einschlägigen Bußgeldbescheide zuständig. Die Bayerische Polizei ist ebenfalls informiert. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann und Gesundheitsministerin Melanie Huml appellieren eindringlich, die Corona-Regeln unbedingt einzuhalten. „Wir alle müssen gemeinsam alles unternehmen, um das gefährliche Coronavirus bestmöglich einzudämmen“, betonte Huml. An die Unbelehrbaren richtete Herrmann die klare Botschaft: „Verstöße werden wir konsequent sanktionieren. Dort, wo notwendig, wird die Bayerische Polizei die Kontrollen noch weiter verstärken.“

Beide stellten klar, dass es nicht darum geht, Bürgerinnen und Bürger zu kriminalisieren. „Aber jeder muss verstehen, dass es beim Coronavirus für viele Menschen um Leben und Tod gehen kann“, erklärte Huml. Deshalb sei große Vorsicht und Rücksichtnahme erforderlich, um weitere Infektionen möglichst zu vermeiden. „Der weit überwiegende Teil der Bevölkerung hält sich auch vorbildlich an unsere Schutzregeln“, ergänzte Herrmann. Es seien aber auch Leute dabei, die aus Unwissenheit oder Schlimmer noch aus Uneinsichtigkeit gegen die Vorgaben verstoßen. „Bitte suchen Sie nicht nach irgendwelchen Schlupflöchern, um beispielsweise die Ausgangsbeschränkung zu umgehen“, rät Herrmann abschließend. „Damit können Sie sich und andere gefährden. Schalten Sie bitte immer Ihren gesunden Menschenverstand ein und bleiben Sie im Zweifel zuhause!“

Der Bußgeldkatalog bei Verstößen gegen die Regelungen zur Eindämmung des Coronavirus ist abrufbar unter <https://www.stmgp.bayern.de/vorsorge/infektionsschutz/infektionsmonitor-bayern/#Bekanntmachung> oder unter <https://www.stmi.bayern.de/miniwebs/coronavirus/faq/index.php>



Eva Weber. © Ruth Plössel/St. Augsburg

Andreas März entfielen 61,5 Prozent der Stimmen, für seinen Gegner Franz Opperer von den Grünen stimmten 38,5 Prozent der Wählerinnen und Wähler.

Abgewählt wurde dagegen in Ansbach die amtierende Oberbürgermeisterin Carda Seidel (parteilos). In der Stichwahl votierten nur 37,7 Prozent der Wählerinnen und Wähler für die Kandidatin, die zwölf Jahre lang die mittelfränkische Stadt regierte. Ihr CSU-Herausforderer Thomas Defner überflügelte sie mit 62,3 Prozent klar. In Frauenhand bleibt hingegen das Rathaus in Garmisch-Partenkirchen. Die amtierende SPD-Bürgermeisterin Dr. Sigrig Meierhofer musste sich bei der Stichwahl ihrer CSU-Kontrahentin Elisabeth Koch geschlagen geben. Koch kam auf 69,1 Prozent der Stimmen, Meierhofer erzielte 30,9 Prozent.

Weiden in der Oberpfalz vermeldet die Regentschaft eines weiteren sozialdemokratischen Oberbürgermeisters: Jens Meyer konnte sich knapp mit 51,3 Prozent gegen CSU-Kandidat Benjamin Zeitler durchsetzen, der 48,7



Marcus König.

Prozent der Stimmen erzielte. Die Wahlbeteiligung lag bei 60,2 Prozent. Oberbürgermeister von Schwandorf bleibt Andreas Feller (CSU). Er siegte mit 54,9 Prozent gegen Kurt Mieschala (45,1 Prozent) von den Unabhängigen Wählern.

In Lindau regiert künftig Claudia Alfons (FDP, Lindau Initiative und Bürgerunion). Sie kam in der Stichwahl auf 52,7 Prozent der Stimmen, ihr Gegenkandidat Mathias Hotz (Junge Aktive, Freie Bürgerschaft und CSU) auf 47,3 Prozent. Die vergangenen acht Jahre hatte Gerhard Ecker (SPD) die Geschicke der Stadt gelenkt.

Bayreuths bisheriger Zweiter Bürgermeister Thomas Ebersberger (CSU) hat mit 53,6 Prozent der Stimmen die Stichwahl gegen die bisherige Amtsinhaberin Brigitte Merk-Erbe (Bayreuther Gemeinschaft) gewonnen. 46,6 Prozent gaben der noch amtierenden Oberbürgermeisterin ihre Stimme. In Bamberg bleibt Andreas Starke Oberbürgermeister der kreisfreien Stadt. Der seit 2006 amtierende Sozialdemokrat (Fortsetzung auf Seite 4)

## Dauerhafte Schäden abwenden!

Appell des Deutschen Landkreistags in Zeiten der Corona-Krise

Das Corona-Virus hält das Land in Atem, und das auf noch unabsehbare Zeit. Der Deutsche Landkreistag hofft, dass es gelingt, diesen Zeitraum ohne dauerhaften Schaden für die Betriebe und Unternehmen in den Landkreisen zu überstehen. Laut Präsident Landrat Reinhard Sager „sehen sich in diesen extremen Zeiten viele Gastronomen, Einzelhändler, Handwerker, Kulturschaffende und Mittelständler mit Existenzsorgen konfrontiert. Das betrifft den Buchladen um die Ecke ebenso wie den familiengeführten Industriebetrieb. Viele Gewerbetreibende verfügen nicht über ausreichende Rücklagen, um gegebenenfalls mehrere Monate zu überbrücken. Sie sind daher auf staatliche Liquiditätshilfen angewiesen.“

Sager begrüßte daher den Milliardenzuschuss der Bundesregierung für Unternehmen. Aus seiner Sicht ist dies „ein entscheidender Baustein, um die Firmen durch die Krise zu bringen. Sollten die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus allerdings über eine längere Zeit aufrechterhalten werden müssen, wird mehr notwendig sein.“

### Hidden Champions in ländlichen Räumen

Betroffene Unternehmer können sich an ihre jeweilige Hausbank wenden, um zügig an die bereitgestellten KfW-Kredite und Bürgschaften zu gelangen, die in grundsätzlich unbegrenzter Höhe

zur Verfügung stehen.“ Weitere Möglichkeiten seien die Beantragung von Kurzarbeitergeld sowie von Steuerstundungen.

Der DLT-Präsident erinnerte daran, dass in den ländlichen Räumen die Hälfte der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiteten und der Großteil der oft familiengeführten mittelständischen Betriebe sowie viele Hidden Champions beheimatet seien. „Aus diesem Reservoir schöpft Deutschland einen wesentlichen Teil seiner ökonomischen Kraft. Besonders bedeutsam sind das produzierende Gewerbe und das Handwerk, wobei 63 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten des produzierenden Gewerbes und des Handwerks in ländlichen Räumen arbeiten. Auch dem Tourismus kommt eine tragende Rolle zu.“ Von daher sei es von immenser Bedeutung, die Wirtschaft (Fortsetzung auf Seite 4)

Coronahilfe für Risikogruppen:

## Finanzstütze für Kommunen

Im Rahmen der Initiative „Unser Soziales Bayern: Wir helfen zusammen“ stellt der Freistaat jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt Pauschalbeträge von 60.000 Euro für die Unterstützung von Senioren zur Verfügung. Finanzielle Unterstützung gibt es auch für die digitale Koordination bürgerschaftlichen Engagements, damit freiwillige Hilfe vor Ort zielgerichtet stattfinden kann.

Ältere Menschen sind als Risikogruppe durch das Coronavirus besonders gefährdet. Fehlende Unterstützung durch Familie, Freunde und Nachbarn kann bei Seniorinnen und Senioren zu Ängsten, Verunsicherung, Überforderung und Vereinsamung führen. Das Bayerische Sozialministerium hat deshalb gemeinsam mit den bayerischen Wohlfahrtsverbänden und den Kommunalen Spitzenverbänden die Initiative „Unser Soziales Bayern: Wir helfen zusammen!“ gestartet.

### Unterstützung für Koordination

Freistaat, Kommunen, Wohlfahrtsverbände, Hauptamtliche und ehrenamtlich Engagierte in den Organisationen und Verbänden arbeiten dabei eng zusammen und bieten jedem älteren Menschen, der Unterstützung benötigt, Hilfe an. Ein Internetportal ([www.unser-soziales.bayern.de](http://www.unser-soziales.bayern.de)) sowie Medien- und Social-Media-Aktivitäten begleiten die Initiative. Die bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte koordinieren diese Hilfen gemeindeübergreifend.



**Auch wenn der Job eines Kommunalpolitikers zu einem Großteil aus persönlichen Begegnungen besteht, so stellt auch der wiedergewählte Bürgermeister seine Gewohnheiten um: „Jeder der von zuhause aus arbeiten kann, soll das auch machen.“ Für die Vorkammerperle ergeben sich daraus drei Probleme. Seite 15**

## Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Rettungsschirm auch für Kommunen	2
Landtag beschließt Infektionsschutzgesetz	2
DStGB: Hilfestellung in der Krise	2
<b>GZ-Kolumne Josef Mederer:</b>	
<b>Für und Wider zu einem 8. Regierungsbezirk</b>	3
Zukunftskongress Bayern: Effizient ins digitale Zeitalter	3
Amtswechsel im Vorstand der Bayerischen Versorgungskammer	4
<b>Digitalisierung · IT · Kommunikation · Breitband</b>	5 - 9
<b>Kommunale Umweltthemen · Wertstoffbewirtschaftung</b>	10 - 11
<b>Kommunalfahrzeuge · Grünpflege</b>	11 - 13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

# Rettungsschirm auch für Kommunen

Der bisherige Sonderfonds der Staatsregierung wird um weitere 10 Milliarden Euro auf 20 Milliarden Euro erweitert. Bayern bietet zudem unbürokratische Soforthilfen von bis zu 30.000 Euro für Mittelständler. SPD und Grüne fordern mehr Unterstützung des Freistaats für Gemeinden, Städte und Landkreise, auf deren Haushalte durch die Corona-Krise dramatische Einbußen zukommen könnten.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner dankte bei der historischen 42. Plenarsitzung im Landtag mit nur 1/5 der Abgeordneten – dadurch wird u.a. die Abstandswahrung im Plenarsaal gewährleistet – allen Fraktionen für die große Geschlossenheit. „Die Demokratie steht auch in der Corona-Krise nicht still. Der Landtag bleibt arbeits- und handlungsfähig“, versicherte Aigner. Ministerpräsident Markus Söder bezeichnete das Coronavirus als „Stresstest für Medizin, Wirtschaft und Gesellschaft“ und machte deutlich: „Bayern ist in allen Bereichen gut vorbereitet.“ Das einzige Instrument sei: Soziale Kontakte ausdünnen und das öffentliche Leben herunterfahren. Die Staatsregierung agiere Hand in Hand mit Kommunen, Rettungsdiensten und medizinischem Personal vor Ort, so Söder. Die Leitung des Katastrophenstabs liege in der Staatskanzlei.

## Bayernschirm

Die bayerische Wirtschaft stehe jetzt vor großen Herausforderungen. „Deshalb haben wir entschieden: Wir werden alles tun, was notwendig ist, um die bayerische Wirtschaft zu stützen: whatever it takes!“, versicherte Söder. Der erste Schritt durch den Bund sei die Verbesserung beim Kurzarbeitergeld und große Bürgschaften und Darlehen gewesen. Bayern legte zudem nach Rücksprache mit den Kammern und der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft ein umfangreiches eigenes Programm auf. Dazu zählen massive Steuerstundungen ohne Zinszahlungen sowie ein „Bayernschirm“. Zur Finanzierung stockte der Freistaat das Corona-Sondervermögen um zehn auf insgesamt 20 Milliarden Euro auf. Der Ministerrat beschloss einen Regierungsentwurf für einen 2. Nachtragshaushalt 2020, der zeitnah dem Bayerischen Landtag zur Entscheidung vorgelegt werden soll.

Die Staatsregierung rechnet allein für 2020 mit massiven Steuermindereinnahmen in Milliardenhöhe. Nach Bewertung des Bayerischen Wirtschaftsministeriums sind mindestens fünf Mrd. Euro erforderlich, um die kleinen und mittelständischen Unterneh-

men in Bayern mit Soforthilfen akut in ihrer Liquidität zu stützen. Innerhalb von wenigen Tagen (Stand 24. März) wurden von kleinen und mittleren Unternehmen rund 140.000 Förderanträge gestellt. Das Antragsvolumen beläuft sich auf rund eine Mrd. Euro. Auch die Bundesregierung zog nach und legte ein ähnliches Hilfsprogramm auf. Bayern verzahnt nun die Hilfsmaßnahmen: Die Anträge für beide Programme sollen bei den Regierungen und der Landeshauptstadt München gestellt werden können. Im Rahmen der Initiative „Unser Soziales Bayern: Wir helfen zusammen“ stellt der Freistaat jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt Pauschalbeträge von 60.000 Euro für die Unterstützung von Senioren zur Verfügung. (siehe Artikel: „Finanzstütze für Kommunen“)

## Sicherheitsnetz ausweiten

Kleinbetrieben mit bis zu zehn Mitarbeitern kommen künftig die höheren Fördersätze des Bundesprogramms zugute. Den Unternehmern und Selbstständigen, die bereits die bayerische Soforthilfe beantragt haben, sollen die Hilfen bis zur entsprechenden Höhe des Bundesprogramms aufgestockt werden. Die Staatsregierung arbeitet aktuell mit Hochdruck daran, die Modalitäten mit der Bundesregierung abzustimmen. Mittlere Unternehmen ab 11 bis 250 Beschäftigten sind im bundesweiten Programm nicht berücksichtigt. Ihnen steht weiterhin die bayerische Soforthilfe mit bis zu 30.000 Euro zur Verfügung. Die FDP forderte eine Ausweitung der Unterstützung: „Mit Blick auf das Maßnahmenpaket ist wichtig, dass die beschlossenen Hilfen nun unverzüglich und unbürokratisch bei den Menschen und Unternehmen ankommen. Bauchschmerzen bereitet uns, dass wir nach wie vor kein ausreichendes Sicherheitsnetz für Unternehmen zwischen 11 und 249 Beschäftigten haben. Diese fallen bei den Bundesprogrammen durchs Raster und auch das bayerische Sofortprogramm ist hier bei Weitem nicht ausreichend.“

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Horst Arnold for-

derte, den bayerischen Schutzschirm zur Bewältigung der Corona-Krise auch auf die Kommunen auszuweiten. Hierzu führte er aus: „Bayerns Städte, Landkreise und Gemeinden sind von der Krise und ihren Folgen ebenfalls stark betroffen und rechnen zum Teil mit dramatischen Mindereinnahmen. Gleichzeitig haben sie laufende Kosten zu decken, etwa für Miete und Personal. Der bayerische Corona-Schutzschirm muss deshalb auch für sie gelten, damit wir die Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens vor Ort bestmöglich sicherstellen können.“

## Einbruch der Gewerbesteuer

Arnold verwies darauf, dass die Kommunen zahlreiche Angebote des täglichen Lebens garantieren, von den Kitas über die sozialen Hilfen bis hin zu Freizeitangeboten. Sein Vorschlag: Die Kommunen mit zunächst 100 Euro pro Einwohner zu unterstützen, das ergäbe insgesamt ein Volumen von rund 1,3 Milliarden Euro. Von der Corona-Krise besonders hart getroffene Kommunen sollen darüber hinaus zusätzliche Hilfen beantragen können.

Auch der kommunalpolitische Sprecher der Landtags-Grünen, Johannes Becher, forderte ein

## Deutscher Städte- und Gemeindebund:

# Hilfestellung in der Krise

**Aktuell haben EU und Bund Maßnahmen verabschiedet oder geplant, um die Wirtschaft in Zeiten der Corona-Pandemie zu stützen. Für kommunale Unternehmen und Einrichtungen, die die Grundversorgung sicherstellen bzw. kritische Infrastrukturen betreiben, ist es laut DStGB wichtig, dass diese in den Anwendungsbereich der Maßnahmen fallen.**

Der Wirtschaftsstabilisierungs- und das KfW-Sonderprogramm 2020 sind nach gegenwärtigem Stand für kommunale Unternehmen nicht geöffnet. Jedoch hat die KfW jüngst mitgeteilt, dass über das Programm „IKU Investitionskredit Kommunale und Soziale Unterneh-

## Bayerischer Landtag beschließt:

# Infektionsschutzgesetz

**Der Bayerische Landtag hat den Entwurf der Staatsregierung für ein Bayerisches Infektionsschutzgesetz (IfSG) gebilligt. Das unter dem Eindruck der Coronakrise in großer Einigkeit verabschiedete Gesetz räumt staatlichen Stellen umfassende Befugnisse ein. Bei einem Gesundheitsnotstand, wie aktuell in der Coronakrise, können die Behörden leichter auf medizinisches Material und Personal zugreifen. Das Gesetz gilt vorerst bis zum Jahresende.**

Das Gesetz erweitert in der Coronakrise den Handlungsspielraum der staatlichen Stellen und stattet die Behörden mit weitgehenden Befugnissen aus. Möglich ist denach die Beschlagnahme von medizinischem, pflegerischem und sanitärem Material. Außerdem können geeignete Unternehmen verpflichtet werden, benötigte Güter herzustellen.

## Nie dagewesener Gesundheitsnotstand

Erleichtert wird mit dem Gesetz der Zugriff des Staates auf medizinisches Personal. Hintergrund ist, dass sich das vorhandene Personal rasch reduzieren könnte, weil es selbst erkrankt oder sich in Quarantäne begeben muss. Zuständige Behörden können zudem „von jeder geeigneten Person die Erbringung von Dienst-, Sach- und Werkleistungen verlangen, soweit das zur Bewältigung des Gesundheitsnotstands erforderlich ist.“

„Wir befinden uns in einem noch nie dagewesenen Gesundheitsnotstand“, erklärte Gesundheitsministerin Melanie Huml. „Wir wollen nicht, dass die Kurve der Infizierten weiter nach oben geht, sondern sich abflacht.“ Vor diesem Hintergrund, so die Ministerin, brauche es das Bayerische Infektionsschutzgesetz als gesetzliche Grundlage, die der Regierung noch mehr Handlungsmöglichkeiten gebe. „Wir wollen

deutlicheres Zeichen und mehr Unterstützung des Freistaats für Gemeinden, Städte und Landkreise, deren Haushalte im Zug der Corona-Krise in Schieflage geraten könnten. „Wir müssen davon ausgehen, dass in diesem Jahr das Hauptfinanzierungsinstrument unserer Kommunen, die Gewerbesteuer, drastisch einbrechen wird“, so Becher. „Gleichzeitig sind es unsere Städte und Landkreise, die vor Ort kleine Hilfspakete schnüren, Steuern und gleichzeitig den gesamten Behördenapparat am Laufen halten. Das ist auch wichtig auch für die vielen ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die jetzt teils neu in die Stadt- und Kreisräte kommen und mit einer haushalterischen Krisenlage konfrontiert sind“, sagte er.

## FW fordern Antikörpertests

Die Freie Wähler Landtagsfraktion gründete die Arbeitsgemeinschaft „Exitstrategie Coronavirus“ und fordert einen breit verfügbaren Antikörpertest sowie eine regelmäßige und bessere Evaluierung der bereits von der Staatsregierung verhängten Maßnahmen. „Richtschnur unserer Arbeitsgemeinschaft für ei-

ne eventuelle Lockerung der zeitigen Ausgangsbeschränkungen ist, dass wir unser Gesundheitssystem und die dort mit vollem Einsatz arbeitenden Menschen nicht überfordern“, erklärte Vorsitzender Florian Streibl.

## Bayern hält zusammen

Die Herausforderungen durch die Corona-Pandemie sind enorm. Als Zeichen der Anerkennung unterstützt die Bayerische Staatsregierung deshalb die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bayerischen Krankenhäuser, Universitäts- und Reha-Kliniken sowie Alten-, Pflege- und Behinderteneinrichtungen mit kostenfreier Verpflegung. So werden die Verpflegungskosten des gesamten bayerischen Krankenhauspersonals während der Arbeit ab dem 1. April 2020 vom Freistaat Bayern übernommen. Das geschieht so lange, wie die Herausforderung durch das Coronavirus die Kräfte so umfassend in Anspruch nimmt. Die Unterstützung gilt auch in Krankenhäusern sowie Universitätskliniken und Rehabilitationseinrichtungen sowie Alten-, Pflege- und Behinderteneinrichtungen, die derzeit keine Covid-19-Patienten versorgen. **red**

ge der Corona-Pandemie in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, noch besser finanziell zu unterstützen.

Vor dem Hintergrund der Corona-Krise hat sich der DStGB zudem an das Bundeswirtschaftsministerium gewandt und eine Flexibilisierung der Regelungen des Vergaberechts gefordert. Das BMWi hat zwischenzeitlich ein Rundschreiben zur Anwendung des Vergaberechts im Zusammenhang mit der Beschaffung von Leistungen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Virus veröffentlicht. Mit einer schlichten Auslegung der bestehenden Vergaberegeln ist es aus Sicht des DStGB nicht getan. Es bedürfe effektiver Erleichterungen (gegebenenfalls Anpassung Schwellenwerte; generelle Zulässigkeit von Verhandlungsverfahren bzw. Direktvergaben), die bei Auftragsvergaben ermöglicht werden müssen.

Der DStGB hat das BMWi aufgefordert, die Regelungen des Vergaberechts – ähnlich wie im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 – stark zu flexibilisieren, und zwar schnell. Das betrifft laut Kommunalverband nicht nur die konkrete Forderung nach Erhöhung von Wertgrenzen für beschränkte und freihändige Vergaben, sondern auch eine Klarstellung, wo die besondere Dringlichkeit in der aktuellen Krise, etwa für kommunale Beschaffungen, generell vorliegt, um die Verwaltung und Versorgung vor Ort aufrecht zu erhalten.

## Wertgrenzen erhöhen

Zudem erscheine es geboten, die Wertgrenzen für Direktvergaben (gegenwärtig nur 1.000 Euro) stark zu erhöhen. Eine Begrenzung der Erleichterungen auf unbürokratische und schnelle Beschaffungen von nur einzelnen Dienstleistungen oder Gütern, also etwa nur auf die Beschaffung hält der DStGB für zu eng. Vielmehr bedürfe es bis zum Ende der Corona-Krise genereller Vergaberechtserschleicherungen.

In diesem Zusammenhang sei auch zu beachten, dass zur Vermeidung einer Ausbreitung der Krankheit aktuell viele kommunale Ämter nicht mehr mit ausreichendem Personal besetzt sind und koordinierte Ausschreibungen nicht mehr oder weiteres vorgenommen werden können. Neben dem Bund seien somit – für den Bereich der Auftragsvergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte – auch die Länder zum Handeln aufgefordert. **DK**



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

gerne stelle ich mich Ihnen als neue Chefredakteurin vor. So neu bin ich bei der Bayerischen Gemeindezeitung (GZ) allerdings nicht. Seit 2009 verantworte ich als Geschäftsführende Gesellschafterin und Anzeigenleiterin die finanzielle Situation unseres familiengeführten Unternehmens. Aber eigentlich hat die Bayerische Gemeindezeitung mein Leben immer begleitet.

Meine Mutter, Anne-Marie von Hassel, übernahm 1982 die Position der Chefredakteurin; da war ich gerade neun Monate alt. 1995 übergab Beda Bohinger, langjährige Verlegerin des Münchner Pflaum Verlags, die GZ und den Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH an meine Mutter, die das Unternehmen nach Gettried umsielte.

In meinem Elternhaus gehörten für meine Geschwister und mich Arbeit und Familie selbstverständlich zusammen. Ich bin meinen Eltern sehr dankbar dafür, dass ich diesen Zusammenhalt, dieses ohne Wenn und Aber unterstützt zu werden und gleichzeitig immer mit anzupacken, wenn Not am Mann/an der Frau war, früh erfahren durfte.

Nach nun fast vier Jahrzehnten vertraut meine Mutter meiner Schwester Theresa von Hassel als Veranstaltungsleiterin und mir als Chefredakteurin die Firma an und wir freuen uns über diese Aufgaben.

Viele Weichen für die Zukunft sind bereits gestellt. Neben der gedruckten Ausgabe und der Online-Version der Bayerischen Gemeindezeitung kommunizieren wir Informationen für kommunale Entscheider in Bayern per Newsletter, Messenger-Abo (Notify, Telegram, Whatsapp und Facebook-Messenger) und auf diversen SocialMedia Kanälen (Instagram, Twitter, Facebook, Xing und LinkedIn). Außerdem unterhalten wir ein eigenes GZ-Netzwerk: Wer sich für bayerische Kommunalpolitik interessiert, liest die Bayerische Gemeindezeitung, egal wo und wie und wann.

Mit unserem Team, mit Doris Kirchner als Chefin vom Dienst und meiner Mutter im Hintergrund, deren Fachwissen seinesgleichen sucht, fühle ich mich bestens gerüstet. Für mich kommt es jetzt darauf an, die wiedergewählten und die vielen neuen Gesichter in der Kommunalpolitik kennenzulernen.

Gerne möchte ich Sie bei den Herausforderungen begleiten, die Sie in diesen schweren Zeiten zu stemmen haben und Sie mit den notwendigen Fachinformationen versorgen. Wir liefern Ihnen auch künftig viele nachahmenswerte Beispiele und vernetzen relevante Ansprechpartner.

Bei Ihnen bedanke ich mich sehr herzlich für Ihr gesellschaftliches Engagement. Wie gut, dass es Sie gibt!

Blieben Sie fröhlich, bleiben Sie gesund! Wir sehen uns. Ich hoffe bald!

Ihre Constanze von Hassel

## Wir gratulieren

### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Xaver Fichtl

86980 Ingenried

am 8.4.

Bürgermeister Rudolf Götz

92702 Kohlberg

am 8.4.

Bürgermeister Manfred Russer

86558 Hohenwart

am 9.4.

Bürgermeister

Josef Schwengler

86573 Obergriesbach

am 11.4.

Bürgermeister

Wolfgang Bauernsachs

96479 Weitramsdorf

am 11.4.

### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Göbel

97783 Karsbach

am 7.4.

Bürgermeister Harald Feulner

95494 Gesees

am 9.4.

Bürgermeister Josef Sailer

94137 Bayerbach

am 14.4.

### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin

Gudrun Donaubaier

94051 Hauzenberg

am 9.4.

Bürgermeister Christian Konrad

89340 Leipzig

am 11.4.

### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Hoffmann

95691 Hohenberg a. d. Eger

am 2.4.

### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Marco Steiner

96472 Rödental

am 3.4.

## Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Zukunftskongress Bayern:

## Effizient ins digitale Zeitalter

Unter der Schirmherrschaft der bayerischen Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach, griff der 6. Zukunftskongress Bayern im Haus der bayerischen Wirtschaft die tiefgreifenden, technologischen, organisatorischen und kulturellen Veränderungsprozesse für die Behörden durch die digitale Transformation auf. Mehr als 400 Teilnehmer folgten der Einladung.

Die digitale Transformation ist in vollem Gange – auch und gerade beim Freistaat und den Kommunen in Bayern. Ziel ist es einerseits, das Online-Zugangsgesetz zügig umzusetzen. Das Angebot an Online-Verwaltungsservices für Bürgerschaft sowie Unternehmen soll weiter ausgebaut und verbessert werden. Andererseits müssen auch für die Beschäftigten in den Behörden die verwaltungsinternen Abläufe – möglichst medienbruchfrei und effizient – ins digitale Zeitalter überführt werden.

### Nummer eins bei digitalen Verwaltungsservices

Mit einem Maßnahmenkatalog, der Bayern zur Nummer eins in Deutschland bei den digitalen Verwaltungsservices machen soll, wartete Staatsministerin Gerlach bei der Eröffnung des Zukunftskongresses auf. Ihren Ausführungen zufolge ist die digitale Wettbewerbsfähigkeit entscheidend für den zukünftigen Erfolg eines Hightech-Standortes wie Bayern. Eine moderne, digitale Verwaltung sei dafür ein essenzieller Baustein. Bürger und Unternehmen erwarteten immer mehr digitale Angebote des Staates, die einfach zu bedienen und schnell zu erreichen sind. Die digitalen Möglichkeiten böten Chancen für eine neue Nähe zwischen Bürger und Staat, bei der die Verwaltung zum Partner auf Augenhöhe wird. Personalisierte Verwaltungsangebote, die Volldigitalisierung von Prozessen und die Einführung wichtiger Schlüsseltechnologien seien dafür Voraussetzung. Als Antwort auf die Herausforderungen der Digitalisierung von Staat und Verwaltung setzt Bayern auf drei Bereiche:

- Zukunftstechnologien werden in Staat und Verwaltung weiter vorangetrieben, etwa BigData-Anwendungen und Cloud-Lösungen.
- Hochmoderne Services und konsequente Kundenorientierung sollen das Vertrauen in den Staat stärken.
- Die digitale Souveränität Bayerns wird ausgebaut.

Das bayerische Maßnahmenpaket richtet die digitale Verwaltung in Bayern auf diese Ziele aus. Damit ist auch in der Verwaltung der Kunde König. Mit einem Zwölf-Punkte-Plan geht Bayern den nächsten Schritt zu einem noch moderneren, bürgerorientierten Servicestaat. Der Plan umfasst folgende Bereiche:

**1. Mobile First: Bayern wird zur Nummer 1 in Deutschland bei mobilen Verwaltungsservices.** Dazu zählt beispielsweise, dass alle Ressorts ihre Angebote auch für die nutzerfreundliche Bedienung auf Smartphones und Tablet-Computern optimieren. Wichtige Verwaltungsleistungen sollen zudem in Bayern auch über die BayernApp für Bürgerinnen und Bürger mobil verfügbar gemacht werden. Darin können Verwaltungsdienstleistungen mobil genutzt werden. Der Nutzer kann etwa Erinnerungsfunktionen der Verwaltung aktivieren sowie sicher und mobil auf Verwaltungsdokumente zugreifen.

**2. Bayern soll Spitzenreiter bei staatlichen Cloudlösungen werden – die staatliche Deutschland Cloud entsteht mit Bayerns Hilfe.** Der Aufbau von Cloud-Lösungen für die öffentliche Verwaltung ist ein Schlüsselthema digitaler Souveränität. Bayern baut die erforderlichen Infrastrukturen auf und gestaltet Ausbau föderaler Cloud Lösungen auf Bundes- und EU-Ebene aktiv mit.

**3. Bayern will in ein Kompetenzzentrum „Microservices und Containerisierung“ für moderne digitale Verwaltung investieren.**

**4. Bayern wird Spitzenreiter bei der Digitalisierung der Verwaltung.** Die Staatsregierung treibt die vollständige Digitalisierung der Verwaltung voran. Mit der Qualifizierungsplattform „DigitalCampus“ will die Staatsregierung die digitalen Kompetenzen im öffentlichen Dienst zudem mit passgenauen Fortbildungen für jeden Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin stärken.

**5. Bayern bietet TOP-Verwaltungsleistungen wie Elterngeld, Landespflegegeld und Gesundheitszeugnis bis Ende 2020 online an.**

**6. Bayern stellt auf dem Bayern-Portal freistaat.bayern ein Update bereit mit Services eines modernen Kundencenters.** Responsives Design soll sich dem benutzten Gerät anpassen und die Software den Nutzer wiedererkennen. Die ständige Abrufbarkeit des aktuellen Bearbeitungsstands der Verwaltungsvorgänge soll den Servicecharakter weiter stärken.

**7. Die BayernID PLUS soll die Bayerische Identität im Netz werden.** Jeder Bürger und jedes Unternehmen sollen durch die BayernID PLUS auch eine digitale Ausweis- und Unterschriftenfunktion bekommen.

**8. Ein Unternehmenskonto auf Basis der bayerischen ELSTER-Technologie wird Modell für Deutschland.** Das ist Bürokratieabbau „Made in Bavaria“.

**9. In digitalen Innovationslaboren wird der Nutzer bei der Entwicklung digitaler Produkte und Services von Anfang an mit eingebunden.**

**10. Bayern will starke bayerische IT-Dienstleister aufbauen,** die digitale Hightech Lösungen für Staat und Kommunen am Standort Bayern entwickeln sollen.

**11. Eine Stabstelle föderale Digitale Verwaltung kümmert sich darum, dass es kein relevantes Bund-Länder-Gremium ohne sachkundige bayerische Expertise geben wird.**

**12. Zur Sicherung föderaler Strukturen soll eine „Süd-West-Schiene“ aufgebaut werden.** Auf Ebene der großen Flächenländer sollen gemeinsame Infrastruktur genutzt, digitale Verfahren ausgetauscht und im Rahmen der Bund-Länder-IT Zusammenarbeit ein starkes föderales Gewicht gebildet werden.

### Mehr vom User her denken

Darüber hinaus verwies Judith Gerlach nochmals auf die Wichtigkeit der Kundenorientierung beim Thema Digitalisierung. Es gelte, die Bürgerinnen und Bürger mehr zu umgarnen, mehr vom User her zu denken. Ziel müsse es sein, die Zufriedenheit der Bürger in den Mittelpunkt zu stellen.

„Wir dürfen nicht zulassen, dass aus der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes ‚Bürokratie online‘ wird. Wir müssen die Kundenzentrierung in das Thema OZG konsequent hineinbringen“, forderte Münchens CDO und IT-Referent Thomas Bönig mit Blick auf die Orientierung an der Stadtgesellschaft. Die Landeshauptstadt München sei sehr daran interessiert, die Verwaltung nicht an der Bürgerschaft vorbei zu digitalisieren.

Erneut unterstrich Thomas Bönig die Notwendigkeit eines unbeschränkten Zugangs zu entsprechender Technologie und die

Befähigung der Stadtgesellschaft, diese auch zu nutzen. Aus seiner Sicht wird derjenige, der in Zukunft keinen Zugang zu Hard- und Software hat, an einer digitalen Gesellschaft nicht partizipieren können. Darüber müsse sich die Politik ernste Gedanken machen.

Wie Bönig zudem feststellte, spielen Kooperationen bei der Umsetzung der Digitalstrategie eine herausragende Rolle. Sie seien für die Digitalisierung in Bezug auf Kosten und Geschwindigkeit essenziell. Dies gelte freilich nicht nur innerhalb der eigenen Stadtgrenzen, etwa mit Blick auf die Stadtwerke, die Hochschulen oder Partner in der Wirtschaft. Die Landeshauptstadt setze bei der Digitalisierung bewusst auch auf interkommunalen Austausch.

Laut Bönig besteht bereits eine Kooperation mit Nürnberg und Augsburg, die bald noch um Regensburg erweitert werden soll. Mit „muenchen.digital“ wurde ein eigenes Portal geschaffen, das im Zuge der Digitalisierung ein hohes Maß an Transparenz gewährleisten und vielfältige Informationen zur Verfügung stellen soll. Das Portal richtet sich nicht nur an die eigene Bevölkerung, sondern soll auch zum besseren interkommunalen Austausch beitragen.

### Modellkommune Smart City

Dass Digitalisierung auch in vielen ländlichen Regionen des Freistaats ein Thema ist, offenbart sich im Landkreis Wunsiedel, der sich erfolgreich um die Teilnahme des vom Bundesinnenministerium geförderten Projekts „Modellkommune Smart City“ beworben hat. Im Fichtelgebirge sollen in den kommenden Jahren Ansätze entwickelt werden, wie die Digitalisierung den Einzelnen im Alltag praktisch unterstützen kann, aber auch wie die Entwicklung einer Region in allen Bereichen weiter gefördert und der ländliche Raum zukunftsfähig gemacht werden können.

Digitalisierung besitzt im Fichtelgebirge schon länger einen hohen Stellenwert. Im Bereich Energie, aber auch bei Mobilität oder Telemedizin will der Landkreis seine Aktivitäten weiter ausbauen. Gerade im ÖPNV bietet die Digitalisierung eine Reihe von Chancen, aber auch die Wirtschaft, der Tourismus oder die Kultur können profitieren. Im Bereich Bildung eröffnet die Digitalisierung Schülern und Lehrern neue Möglichkeiten und auch die Verwaltungen können sich über Maßnahmen aus dem Bereich E-Government neu und modern aufstellen.

Dass die Rahmenbedingungen sich hier deutlich von jenen in den Großstädten unterscheiden, zeigte Projektleiter Oliver Rauh auf. Die erste Hürde bei den Bemühungen um ein „smartes Fichtelgebirge“ sei das Fehlen des notwendigen Breitbands. Hinzu kämen die Auswirkungen des demografischen Wandels bzw. der Bevölkerungsverlust und die Lage in einem eher strukturschwachen Gebiet.

### Partizipationsprozess und überregionaler Austausch

Vor diesem Hintergrund habe sich Wunsiedel entschlossen, einen eigenen Weg zu gehen. Man arbeite aktuell an einer Strategie für das „smarte Fichtelgebirge“ und wolle dabei auch auf externe Beratung zugreifen. Hierfür sind Rauh zufolge rund einhalb Jahre eingeplant. Darüber hinaus werde der Fokus auf einen äußerst ausgeprägten Partizipationsprozess und auch überregionalen Austausch gelegt. Damit sollen Netzwerke geknüpft und möglichst alle relevanten Akteure mitgenommen werden. DK

GZ

KOLUMNE  
Josef Mederer

Liebe Leserinnen und Leser,

noch bevor die Coronavirus-Epidemie das öffentliche Leben auf der ganzen Welt in einem unvorstellbaren Ausmaß zum Erliegen gebracht hat, hatte das neue Jahr für die Regierung und den Bezirk Oberbayern mit einem Knall begonnen: Ausgerechnet in unserem bezirkseigenen Kultur- und Bildungszentrum Kloster Seon verkündet Ministerpräsident Markus Söder, dass er München als achten Regierungsbezirk aus Oberbayern herauslösen möchte. „Dies ist ein Vorschlag, der in den nächsten Jahren breit und offen diskutiert werden soll. ... Eine eigene Regierung für München wird auch der Bedeutung der Landeshauptstadt gerecht“, erläuterte der CSU-Vorsitzende in einer Mitgliederinfo. Von dieser Ankündigung wurde ich als Bezirks-



### Für und Wider zu einem 8. Regierungsbezirk

tagspräsident genauso überrascht wie die direkt betroffene Regierungspräsidentin. Ich hätte, ehrlich gesagt, viel eher damit gerechnet, dass kleinere Einheiten einmal im Rahmen einer Bezirksreform zusammengelegt werden, statt funktionierende größere zu zerschlagen.

Viel mehr über die Überlegungen zum Muexit, wie die Augsburgsberger Allgemeine den Söder-Plan ironisch nannte, weiß man auch jetzt, fast ein Vierteljahr später, nicht. Die Sorge um die Gesundheit der Bevölkerung und die existenziellen wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie stehen logischerweise im Mittelpunkt allen staatlichen und kommunalen Handelns. Kein Gedanke kann momentan an die Planung eines achten Bezirks verschwendet wer-

den. Nach der Kommunalwahl vom 15. März sollte eigentlich eine Kommission gebildet werden, die sich mit dem Vorschlag auseinandersetzt. Fakt ist bisher nur, dass unabhängig von einem etwaigen weiteren Regierungsbezirk die Regierung von Oberbayern Teile ihrer Behörde nach Ingolstadt und nach Rosenheim auslagern soll. Dies geschieht im Rahmen der umfangreichen Behördenverlagerungen, die bayernweit geplant sind und bis 2030 greifen sollen.

Was würde ein achter Regierungsbezirk für uns beim Bezirk Oberbayern bedeuten? Wären wir davon überhaupt tangiert? Ist eine Landeshauptstadt München, die gleichzeitig die Aufgaben eines Bezirks übernimmt, denkbar? Wäre der Stadtrat dann gleichzeitig Bezirkstag? Oder gäbe es zwei Regierungen auf dem Gebiet eines Bezirks? Spekulationen schießen ins Kraut, verschiedene Politiker melden sich zu Wort, Allianzen werden geschmiedet.

Ich für meinen Teil werde selbstverständlich konstruktiv in jeglicher Arbeitsgruppe mitarbeiten und unsere Argumente einbringen. In diesen turbulenten Zeiten ersehnt man sich die Normalität von Arbeitsgruppen ja zurück. Mit dem Wahnsinn dieser Tage erschließt sich mir schlichtweg der Mehrwert eines achten Bezirks weniger denn je: eine aufgeblähte Verwaltung, die sämtliche Querschnittsfunktionen doppelt vorhalten muss, wäre die Folge. Eine zusätzliche Verwaltungsstruktur würde aufgebaut statt verschlankt. Sollte tatsächlich auch der Bezirk betroffen sein, nicht nur die Regierung, sehe ich auch den Irrsinn einer Vermögensauseinandersetzung vor Augen. Das konnten wir uns vor Corona nicht leisten, umso weniger können wir es jetzt! Kurzum: Die Idee ist für mich nicht zu Ende gedacht.

Bleiben Sie gesund!

Ihr Josef Mederer

Stv. Landesvorsitzender der KPv Bayern  
Bezirksratspräsident von Oberbayern

DStGB-Klimaschutzkonferenz:

## Kommunale Schlüsselrolle stärker unterstützen

Ein effizienter Klimaschutz und eine vorsorgende Anpassung an die Folgen des Klimawandels sind zentrale Herausforderungen, sowohl lokal als auch global. Die Erderwärmung ist nicht gestoppt. Extremwetter wie Starkregen oder Dürreperioden nehmen zu und stellen insbesondere Städte und Gemeinden vor große Herausforderungen. Die 13. Fachkonferenz des Deutschen Städte- und Gemeindebundes „Kommunen aktiv für den Klimaschutz“ zeigte durch konkrete Praxisbeispiele aus den Bereichen Mobilität, Stadtentwicklung, Energieeffizienz, Bevölkerungsschutz, Nachhaltigkeit und Klimaanpassung das breite Engagement der Kommunen beim Klimaschutz und der Klimafolgenanpassung auf.

„Für Kommunen steht eine klimagerechte Stadtentwicklung, die eine umweltfreundliche Mobilität, den Ausbau der erneuerbaren Energien sowie Grün, Wasser und Energieeffizienz integriert, immer mehr im Fokus“, erklärte Roland Schäfer, 1. Vizepräsident des DStGB und Bürgermeister, Bergkamen. Für die Umsetzung von Projekten, die wie eine klimafreundliche Verkehrswege oder der Ausbau der Windenergie unmittelbar dem Klimaschutz dienen, fordert der DStGB schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren. „Diese dem Allgemeinwohl dienenden Projekte müssen Vorrang vor Individualinteressen haben. Nach erfolgter Bürgerbeteiligung müssen daher stärker Präklausions- und Stichtagsregelungen greifen. Das kann ein Investitionsvorranggesetz leisten“, betonte Schäfer.

Der Vizepräsident wies darauf hin, dass Kommunen beim Klimaschutz und der Klimafolgenanpassung eine Schlüsselrolle einnehmen. Das Pflanzen dürreresistenter Bäume sowie Schaffung und Erhalt „grüner Lungen“, aber auch Pflanzenwuchs an Fassaden und auf Dächern, gehörten ebenso dazu wie Stadtgewässer und Trinkwasserbrunnen.

Ein Mehr an Klimaschutz erfordert aus Schäfers Sicht vor allem eine echte Verkehrswende. Autos würden aber weiter be-

gierte Zivilgesellschaft gibt, die zusammen mit Politik und Verwaltung dafür Sorge trägt, dass Projekte zum Schutz von Umwelt und Klima umgesetzt werden. Ministerialdirigent Dr. Karsten Sach vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Nukleare Sicherheit referierte zu den Vorhaben der Bundesregierung im Klimaschutzprogramm 2030, die die Kommunen im Klimaschutz unterstützen. Dort wo die Energiewende stattfindet, nämlich in der Kommune, solle sie sich bezahlt machen.

In fünf praxisnahen Foren aus den Bereichen Mobilität, Stadtentwicklung, Energieeffizienz, Bevölkerungsschutz, Nachhaltigkeit und Klimaanpassung zeigte die Fachkonferenz vorbildliche kommunale Projekte auf. Damit wurde das breite Engagement der Kommunen beim Klimaschutz und der Klimafolgenanpassung sichtbar gemacht.

Forum 1 befasste sich mit dem Thema „Klimafreundliche Mobilität – Chance für die Verkehrswende“, die für ein Mehr an Klimaschutz dringender erforderlich ist. Diskutiert wurden E-Mobilität, die Aktivierung der Bürgerschaft sowie alternative Antriebe. Inhaltlicher Schwerpunkt des zweiten Forums war die „Klimagerechte Stadtentwicklung“. Gegenstand der Diskussion waren vor allem die wassersensible Umgestaltung und erfolgreiche Anpassungsstrategien der Kommunen.

Bei einem weiteren Forum ging es um „Extremwetter & Bevölkerungsschutz – Präventives Handeln tut Not“. Das Forum „Nachhaltigkeit praktizieren – Zukunftsfähige Kommunen gestalten“ trug hohen Priorität dieses Themas Rechnung.

Forum 5 beschäftigte sich schließlich mit den Themen „Energieeffizienz & erneuerbare Energien – Energiewende forcieren“. Berichtet wurde unter anderem über das Ziel der Insel Borkum, bis zum Jahr 2030 emissionsfrei zu sein. DK



Der Vorstand der Bayerischen Versorgungskammer (v. l.): Axel Uttenreuther, André Heimrich, Daniel Just (Vorsitzender des Vorstands), Ulrich Böger (stellv. Vorsitzender des Vorstands), Reinhard Graf und sein Nachfolger Stefan Müller.  
Bild: Jens Schnabel

## Amtswechsel im Vorstand der Bayerischen Versorgungskammer

Innenminister Joachim Herrmann verabschiedete Reinhard Graf und führte Stefan Müller in sein Amt als neuer Vorstand für ‚Kommunales Versorgungswesen‘ ein

Im Rahmen eines Festaktes verabschiedete Bayerns Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann Ende des vergangenen Jahres Reinhard Graf in den Ruhestand. Der Geehrte zeichnete im Vorstand der Bayerischen Versorgungskammer (BVK) verantwortlich für den Bereich ‚Kommunales Versorgungswesen‘. Gleichzeitig führte Herrmann Grafs Nachfolger Stefan Müller in sein Amt ein. Daniel Just, Vorstandsvorsitzender des Unternehmens, dankte dem scheidenden Kollegen für „37 erfolgreiche Berufsjahre bei der BVK“. Der Innenminister wiederum betonte die vielen schwierigen Herausforderungen, die Graf als Führungskraft mit Bravour meisterte. Beispielhaft nannte der Minister die Umsetzung des neuen Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes zum 1. Januar 2011.

Herrmann dankte Graf für die langjährige Loyalität und Treue gegenüber der BVK: „Sie waren stets ein kompetenter Ansprechpartner für die kommunale Familie.“ Neben der ausgezeichneten fachlichen Expertise lobte der Minister vor allem das verbindliche und vermittelnde Auftreten des scheidenden Vorstands. „Für Ihren Ruhestand wünsche ich Ihnen Gesundheit und Zeit für all diejenigen Dinge, die bisher hinter Ihrer Arbeit zurücktreten mussten“, so Herrmann.

### Der Neue ist ein „echtes Kammergewächs“

Auch den neuen Vorstand bezeichnete Herrmann als „echtes Kammergewächs“. So startete Müller im Juli 1997 seine Karriere bei der BVK, zunächst als Referent in der Architekten-, Ingenieurs- und Rechtsanwaltsversorgung, später unter anderem als Leiter des Vorstandsreferats. „Auf allen Stationen hat sich Ste-

fan Müller ausgesprochen bewährt“, erklärte der Herrmann. Davon habe sich der Minister selbst überzeugen können, denn Müller war ab 2014 für gut zwei Jahre sein persönlicher Referent im Ministerbüro und dann stell-

vertretender Büroleiter. „Deshalb bin ich mir sicher, dass Sie die kommenden Herausforderungen ebenfalls mit Bravour bewältigen werden“, machte Herrmann deutlich. „Ich schätze Ihr ruhiges, humorvolles und kompetentes Auftreten außerordentlich.“

### Vorteile des Verbunds

In ihren Grußworten würdigten die Vertreter der Selbstverwaltungsgremien Reinhard Graf, Armin Augat, stellv. Vorsitzender des Kammerrats bei der Bayerischen Versorgungskammer, Bernd Buckenhofer, Vorsitzender des Verwaltungsrats des Bayeri-

schen Versorgungsverbands und Norbert Flach, Mitglied des Verwaltungsrats der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden, dankten im Namen ihrer Gremien dem scheidenden Vorstandsmitglied.

Seine Abschieds- und Dankesrede nutzte Graf um auf die Vorteile des Verbunds der Bayerischen Versorgungskammer hinzuweisen: „Im Hause BVK fließen verschiedenste Kenntnisse zusammen. Das ergibt einen einzigartigen Erfahrungsschatz, mit dem man Versorgungssysteme steuern kann, die auch vor schweren Krisen gefeit sind, wie unsere Geschichte zeigt.“

Stefan Müller dankte seinem Amtsvorgänger und lenkte den Blick in die Zukunft: „Wichtig ist, dass wir das Ziel klar vor Augen haben. Ich werde an Deck sein und freue mich auf die Zusammenarbeit.“ Wirksam seit 1. Januar 2020 als Nachfolger von Reinhard Graf und Vorstandsmitglied ist er zuständig für die zwei kommunalen Altersversorgungseinrichtungen, den Bayerischen Versorgungsverband (BVK Beamtenversorgung) und die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden (BVK Zusatzversorgung), sowie das Versorgungswerk des Bayerischen Landtags.

Im Vorstand der Bayerischen Versorgungskammer verantwortet er gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden Daniel Just und den Vorstandsmitgliedern Ulrich Böger, André Heimrich und Axel Uttenreuther den Geschäftserfolg für alle zwölf Versorgungseinrichtungen. □

## Zur Bayerischen Versorgungskammer

Als größte öffentlich-rechtliche Versorgungsgruppe Deutschlands ist die Bayerische Versorgungskammer ein Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum für berufsständische und kommunale Altersversorgung. Sie führt die Geschäfte von zwölf rechtlich selbständigen berufsständischen und kommunalen Altersversorgungseinrichtungen mit insgesamt knapp 2,3 Mio. Versicherten und Versorgungsempfängern, ca. 4,8 Mrd. Euro jährlichen Beitrags- und Umlageeinnahmen und ca. 3,4 Mrd. Euro jährlichen Rentenzahlungen. Sie managt für alle Einrichtungen zusammen ein Kapitalanlagevolumen von derzeit ca. 77 Mrd. Euro (Buchwert). Die Bayerische Versorgungskammer beschäftigt über 1.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ist seit 2010 Unterzeichner der Charta der Vielfalt, seit 2011 Unterzeichner der UN-Prinzipien für verantwortungsvolles Investment (PRI) und seit Februar 2017 Unterzeichner des Memorandums für Frauen in Führung. □

## Versorgungsunternehmen sind für ihre Kunden da

„Wir versorgen Bayern mit Wasser, Strom, Erdgas und Wärme“

Die im Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW organisierten 400 Versorgungsunternehmen haben sich auf die aktuelle Situation eingestellt und arbeiten rund um die Uhr dafür, dass die Versorgung der Gesellschaft mit Wasser, Strom, Erdgas und Wärme wie gewohnt weiterläuft. Dafür hat jedes Unternehmen in Eigenverantwortung in kürzester Zeit ein professionelles Corona-Pandemiemanagement eingerichtet.

Der Dank des VBEW gilt allen Beschäftigten in der Versorgungswirtschaft die derzeit Außergewöhnliches leisten, über ihre Grenzen hinauswachsen und große Verantwortung für die Versorgung der Bürger übernehmen. Sie kommen nicht in den Genuss der Sonderregelungen für die Beschäftigten im Gesundheitssystem. Sie müssen die Betreuung

der Kinder weitestgehend selbst organisieren. Für die erforderliche Schutzmaßnahmen am Arbeitsplatz ihrer Mitarbeiter kümmern sich die Unternehmen unter schwierigsten Beschaffungsmöglichkeiten derzeit in Eigenregie. „Man kann nur den Hut davor zu ziehen, was derzeit in unseren Betrieben geleistet wird und für den unermüdlichen Einsatz rund um die Uhr danken! Unsere Beschäftigten fragen nicht zuerst, ob Sie ins Home-Office dürfen, sondern wo Sie im Betrieb gebraucht werden. Ein besonderes Dankeschön gilt in diesem Zusammenhang auch all unseren Dienstleistern“, sagte Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – VBEW.

## Dauerhafte Schäden ...

zurückgehen, Kurtaxe und Bettensteuer fallen vorübergehend sogar ganz aus, um nur einige Effekte zu skizzieren. Gleichzeitig wenden die Landkreise mehr Mittel beispielsweise im Gesundheitsbereich auf, um die Krise zu managen. Auch unter diesem Aspekt hoffen wir, dass die Rechnung der Virologen aufgeht und wir auf dem eingeschlagenen Eindämmungspfad möglichst bald Erfolge verzeichnen können.“

Im Zuge der Corona-Krise rechnen die Landkreise auch mit erheblichen Mehrausgaben der Jobcenter vor Ort, wie Präsident Sager feststellte: „Wir erwarten, dass bis zu 1,2 Mio. zusätzliche Haushalte Anspruch auf Hartz IV haben werden. Das hat nicht nur Mehrkosten beim Bund in einer Größenordnung von 7,5 Mrd. Euro zur Folge, sondern auch der Landkreise und kreisfreien Städte von gut 2 Mrd. Euro. Wir fordern daher Bund und Länder auf, eine entsprechende finanzielle Kompensation vorzusehen. Die Kommunen dürfen nicht auf den immensen Mehrkosten sitzen bleiben.“

Zum einen ist der Anstieg der Empfängerzahlen Sager zufolge darauf zurückzuführen, dass in vielen Fällen das Kurzarbeitergeld nicht ausreicht, um die allgemeine Lebenshaltung und die Wohnung zu bezahlen. Hinzu kommen sehr viele Selbstständige, denen die Einnahmen wegbrechen. Zum anderen lockert der Bund im SGB II gerade für sechs Monate die Regelungen zur Anrechnung von Vermögen und zur Übernahme der Mietkosten durch die Landkreise, um in dieser Sondersituation pragmatisch, schnell und unbürokratisch den betroffenen Menschen unter die Arme greifen zu können.

Diese Maßnahmen seien allesamt zu begrüßen und trügen dazu bei, dass die Menschen zumindest unter Wahrung des finanziellen Existenzminimums durch die Krise kommen. Deshalb müssen laut Sager Vorkehrungen getroffen werden, damit die Landkreise von den Mehrkosten von gut 2 Mrd. Euro nicht überrollt werden. „Sie leisten unter großem Einsatz über die Gesund-

der Kinder weitestgehend selbst organisieren. Für die erforderliche Schutzmaßnahmen am Arbeitsplatz ihrer Mitarbeiter kümmern sich die Unternehmen unter schwierigsten Beschaffungsmöglichkeiten derzeit in Eigenregie. „Man kann nur den Hut davor zu ziehen, was derzeit in unseren Betrieben geleistet wird und für den unermüdlichen Einsatz rund um die Uhr danken! Unsere Beschäftigten fragen nicht zuerst, ob Sie ins Home-Office dürfen, sondern wo Sie im Betrieb gebraucht werden. Ein besonderes Dankeschön gilt in diesem Zusammenhang auch all unseren Dienstleistern“, sagte Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – VBEW.

## Milliardenschweres Hilfspaket

Bundestag und Bundesrat haben ein milliardenschweres Hilfspaket in der Corona-Krise beschlossen. Es umfasst Maßnahmen zur Rettung von Arbeitsplätzen und Unternehmen, zur Unterstützung von Krankenhäusern sowie zur Sicherung von Lebensunterhalt und Wohnung der Bürger. Zur Finanzierung wurde ein Nachtragshaushalt beschlossen, in dem Schulden in Höhe von 156 Milliarden Euro vorgesehen sind. **DK**

heitsämter und Krankenhäuser tagtäglich Kärnerarbeit zur Eindämmung des Virus und sind auf eine derartige weitere Belastung im Bereich des SGB II nicht vorbereitet“, verdeutlichte der DLT-Präsident.

„Zwar leisten wir alle unseren Beitrag zur Krisenbewältigung, aber Bund und Länder müssen kommunale Mehrausgaben in solch einer Größenordnung unbedingt einer sachgerechten Lösung zuführen“, hob Sager hervor. Außerdem gehe der Deutsche Landkreistag von nicht unerheblichen Einbußen der Kommunen z. B. bei Gewerbesteuer, Einkommensteuer, Kurtaxe oder Bettensteuer aus. **DK**

## Überraschende Ergebnisse ...

(Fortsetzung von Seite 1) setzte sich mit 59,5 Prozent der Stimmen gegen seinen Herausforderer Jonas Glösenkamp von den Grünen durch. Für ihn votierten 40,5 Prozent der Wählerinnen und Wähler.

Im oberfränkischen Hof wurde Amtsinhaber Harald Fichtner (CSU) mit 45,2 Prozent der Stimmen abgewählt. Gewonnen hat die Stichwahl Eva Döhla von der SPD mit 54,8 Prozent. Sie ist die Tochter des langjährigen Oberbürgermeisters von Hof, Dieter Döhla. Auch das Rathaus von Coburg wird künftig von einem Oberbürgermeister der SPD geleitet. Dominik Sauerteig siegte mit 57,0 Prozent der Stimmen, sein CSU-Kontrahent Christian Meyer erreichte 43 Prozent.

Jüngster Bürgermeister in Bayern wird künftig Kristan von Waldenfels (CSU) im oberfränkischen Lichtenberg (Landkreis Hof). Der 19 Jahre alte Student setzte sich in der Stichwahl mit 52,5 knapp gegen seinen Mitbewerber Jürgen Lindner (SPD und Parteifreie Bürger) durch.

In insgesamt 50 Landkreisen ging die CSU bei den Kommunalwahlen als Siegerin hervor. Die Freien Wähler gewannen zwölf Posten, SPD und Grüne jeweils einen.

Im Landkreis München verteidigte der amtierende CSU-Landrat Christoph Göbel mit 63,9 Prozent seinen Posten souverän. Christoph Nadler (Grüne) erzielte 36,1 Prozent der Stimmen. Zurückrobert hat die CSU das Landratsamt Miesbach: Der grüne Landrat Wolfgang Rzehak muss das Amt an seinen CSU-Herausforderer Olaf von Löwis abgeben. Auf Rzehak entfielen 34,6 Prozent, von Löwis kam auf 65,4 Prozent.

mit 62,8 Prozent Landratsposten, auf Anton Demmel (CSU) entfielen 37,2 Prozent.

Im Landkreis Weilheim-Schongau setzte sich Andrea Jochner-Weiße (CSU) mit 65,1 Prozent gegen den Bewerber der Grünen, Karl-Heinz Grehl (34,9 Prozent), durch. Im Landkreis Berchtesgadener Land gewann Bernhard Kern (CSU) mit 58,7 Prozent der Stimmen ebenfalls gegen einen Kandidaten der Grünen, Bartl Wimmer (41,3 Prozent). Der CSU-Landtagsabgeordnete Otto Lederer besiegte im Landkreis Rosenheim mit 68,9 Prozent der Stimmen mit weitem Vorsprung die Grünen-Vertreterin Ulla Zeitlmann, die auf 31,1 Prozent kam.

Im Oberallgäu wird Indra Bailer-Müller (Freie Wähler) mit 51,85 Prozent neue Landrätin. Für ihren Kontrahenten Alfons Hörmann (CSU), Präsident des Deutschen Olympischen Sportbunds, votierten 48,15 Prozent der Wählerinnen und Wähler. Alex Eder (Freie Wähler) heißt der neue Landrat im Unterallgäu. Er holte 80,1 Prozent der Stimmen gegen den CSU-Kandidaten Rainer Schaal (19,9 Prozent).

Helmut Petz von den Freien Wählern wird neuer Freisinger Landrat. Mit 59,7 Prozent ließ er CSU-Kandidat Manuel Mück (40,3 Prozent) keine Chance. In Erding bleibt Landkreisleiter Martin Bayerstorfer (CSU) im Amt. Bei der Stichwahl setzte er sich gegen Hans Schreiner, gemeinsamer Kandidat der FW, SPD und Grünen (46,8 Prozent), durch.

Im Landkreis Pfaffenhofen an der Ilm folgt auf CSU-Landrat Martin Wolf der Kandidat der Freien Wähler, Albert Gürtner. Er erreichte 51,5 Prozent der Stimmen und gewann somit knapp gegen Martin Rohrmann (CSU), der 48,5 Prozent erzielte. Im Landkreis Eichstätt konnte sich Alexander Anetsberger (CSU) mit knapp 52 Prozent durchsetzen. Alfons Frey von den Freien Wählern landete bei gut 48 Prozent.

Seinen Landratsposten im Landkreis Bamberg verteidigte Johann Kalb von der CSU mit 58,6 Prozent der Stimmen. Er besiegte Andreas Schwarz (SPD), der auf 41,4 Prozent der Stimmen

## Finanzstützen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Damit freiwillige Hilfe vor Ort zielgerichtet stattfinden kann, unterstützt der Freistaat die digitale Koordination bürgerschaftlichen Engagements. „Ich freue mich, dass wir mit der lagfa bayern e.V. einen kompetenten Partner haben, der digitales Engagement umsetzen und über die Freiwilligenagenturen und Koordinierungszentren bürgerschaftliches Engagement zu den Menschen bringen kann“, so Bayerns Sozialministerin. Denn in vielen Gemeinden und Städten entstehen Helferkreise, die für ältere Menschen einkaufen, Besorgungen erledigen und helfen, wo Not am Mann ist.

### Tafeln suchen Helfer

Auch die Tafeln stehen vor besonderen Herausforderungen. Denn viele dort ehrenamtlich Tätige gehören selbst zu den Risikogruppen, beispielsweise wegen ihres Alters oder chronischen Erkrankungen. In diesen Fällen müssen die Tafeln individuell vor Ort mit Unterstützung des örtlichen Gesundheitsamtes abschätzen, inwieweit die Ausgabe von Lebensmitteln konkret vertretbar ist. Damit die bedürftigen Menschen weiterhin versorgt werden können, brauchen sie noch mehr Unterstützung von freiwilligen jungen Helferinnen und Helfern. **Infos: [www.lagfa-bayern.de](http://www.lagfa-bayern.de)** red

Advertorial

# E-Rechnungsstellung in Deutschland

Christian Seidl, Geschäftsführer der TIE Kinetix GmbH, im Interview mit Ivo Moszynski, Leiter FeRD Deutschland

Die Deadline 18. April 2020 für die E-Rechnung steht vor der Tür. Der Lösungsanbieter TIE Kinetix GmbH, beschäftigt sich stark mit der Entwicklung in Deutschland und ist bemüht, das Thema E-Rechnung zu sensibilisieren. Christian Seidl Geschäftsführer der TIE Kinetix GmbH sprach mit Ivo Moszynski, dem Leiter des Forums Elektronische Rechnung Deutschland (FeRD) über die Herausforderungen kurz vor der Umsetzung, den Stand heute und die Ziele aus Sicht eines E-Invoicing Experten.

**Seidl: Welche Herausforderungen bestehen für Städte, Gemeinden, öffentliche Auftraggeber und deren Lieferanten kurz vor der Umsetzung der E-Rechnung in Deutschland?**

**Moszynski:** Ein Gesichtspunkt der Herausforderungen für Lieferanten öffentlicher Auftraggeber ist neben der technischen Einbindung der E-Rechnung die Erschließung aller Umsetzungsstände innerhalb der jeweiligen Bundesländer. Viele Lieferanten stellen Rechnungen an öffentliche Auftraggeber nicht nur in einem Bundesland, sondern haben Vertragspartner in verschiedensten Regionen Deutschlands. Nicht in allen Bundesländern sind bereits Gesetz und Rechtsverordnung zur Umsetzung der E-Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen veröffentlicht.

Städte, Gemeinden bzw. allgemein öffentliche Auftraggeber stellen sich verschiedenste Fragen, z. B.: Über welche Kanäle dürfen Lieferanten die E-Rechnung einliefern? Welche Datenformate muss ich als Verwaltung akzeptieren? Stellt mir mein Bundesland eine zentrale Plattform für den Empfang zur Verfügung

oder kann / muss ich mich mit meinem Softwaredienstleister abstimmen? Wie gelingt uns eine medienbruchfreie Weiterverarbeitung der eingehenden E-Rechnungen? Benötige ich ein elektronisches Archiv?

Und das ist nur ein Bruchteil der Fragen, die bei der Umsetzung von Projekten zur E-Rechnung auftauchen. Im Grunde ist die Umstellung auf die E-Rechnung ein Digitalisierungsprojekt, das i.d.R. alle Fachabteilungen einer Verwaltung / eines Unternehmens tangiert.

**Seidl: Wie bereit sind Gemeinden und öffentliche Auftraggeber mit der Umsetzung des E-Rechnungsempfangs stand heute?**

**Moszynski:** Das lässt sich nicht pauschal beantworten. Einige öffentliche Auftraggeber sind teils gut aufgestellt, ein Großteil ist momentan erst dabei die nötigen Anpassungen in den Prozessen und Systemen vorzunehmen. Neben dem Empfang der E-Rechnungen ist vor allem die medienbruchfreie Weiterverarbeitung eingehender E-Rechnungen eine Hürde, die umfangreicher Anpassungen der internen Prozesse bedarf.



Christian Seidl, Geschäftsführer der TIE Kinetix GmbH



Ivo Moszynski, Leiter des Forums Elektronische Rechnung Deutschland (FeRD).

**Seidl: Sind in den 16 Bundesländern Unterschiede in der Entwicklung der E-Rechnung festzustellen?**

**Moszynski:** Ja, einige Bundesländer haben ihre Regelungen rund um die E-Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen bereits in länderspezifischen E-Government-Gesetzen und nachgelagerten Umsetzungsverordnungen verankert und veröffentlicht. Andere Bundesländer arbeiten derzeit noch an den Verordnungen.

In Bezug auf die Umsetzung der E-Rechnung lässt sich feststellen, dass einige Bundesländer ihre Regelungen enger fassen und somit weniger Umsetzungsraum für Lieferanten schaffen. Andere Bundesländer hingegen sind bestrebt, die Regelungen möglichst weit zu fassen, um ihren Lieferanten einen erleichterten Zugang zur E-Rechnungsstellung zu ermöglichen. Dazu gehört sicher auch eine Verpflichtung der Lieferanten, man darf ja nicht vergessen, dass die EU-Richtlinie die Verwaltung lediglich verpflichtet E-Rechnungen zu empfangen. Wenn niemand E-Rechnungen schickt, dann passiert auch nichts. Eine Verpflichtung der Lieferanten sorgt dafür, dass die Systeme der Verwaltung auch genutzt werden.

**Seidl: Was sind die aktuellen Ziele des FeRD und welche Ziele setzen Sie sich im Jahr 2020 um die E-Rechnung voranzutreiben?**

**Moszynski:** Das FeRD ist die zentrale Anlaufstelle für sämtliche Akteure des Marktes und behandelt strategische Fragestellungen rund um die elektronische Rechnung als Teilprozess der Supply Chain.

Übergeordnetes Ziel ist es, die E-Rechnung in Deutschland und auch grenzüberschreitend zu fördern. Die E-Rechnung wird in die-

sem Zuge aus technischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet. Gemeinsam mit den Mitgliedern des Forums E-Rechnung Deutschland werden Informationen zur E-Rechnung neutral aufbereitet und über die Netzwerke des FeRD zur Verfügung gestellt.

Bereits in 2019 hat das FeRD seine bestehenden Kontakte zum Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) sowie zur Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT) intensiviert. Ziel einer gesteigerten Zusammenarbeit ist die Förderung und Verbreitung der E-Rechnung. Im Fokus dieser Kooperation stehen in 2020 kommunikative sowie technische Aspekte. In diesem Zuge gelingt es den beteiligten Parteien, den E-Rechnungsgipfel inhaltlich gemeinsam zu gestalten und als starke Partner in Sachen elektronische Rechnung aufzutreten.

**Seidl: Welche Themen können wir vom FeRD im Jahr 2020, zum Thema E-Rechnung, E-Rechnungs-Formate erwarten?**

**Moszynski:** Das Competence Center Marketing & Kommunikation gestaltet derzeit den Aufbau und die Inhalte der Homepage [www.ferd-net.de](http://www.ferd-net.de) neu. Unter anderem werden umfassende allgemeine und technische FAQs auf der Homepage aufgenommen, die die ersten Fragen von Interessierten kompetent beantworten. Weiter sind Workshops mit verschiedenen Adressatengruppen geplant.

Das Competence Center Geschäftsprozesse & Compliance erarbeitet derzeit einen Leitfaden, der die technischen, rechtlichen und organisatorischen Anforderungen der E-Rechnung aufschlüsselt und anhand von Praxisbeispielen aus Wirtschaft und Verwaltung umsetzungs-

nahe Hinweise zur E-Rechnung vermittelt. Zudem ist ein grenzüberschreitendes Best Practice (Deutschland – Frankreich) geplant, das den Leitfaden ergänzt oder in einer gesonderten Broschüre herausgegeben wird.

Das Competence Center Standards, Formate & Integration widmet sich der Erstellung von ZUGFeRD 2.1. Die Veröffentlichung des Formats erfolgte in deutscher und englischer Fassung am 24. März 2020 synchron zur französischen Fassung von Factur-X 1.0.05. Die Zusammenarbeit mit den französischen Kollegen des Forum National de la Facture Electronique et des Marchés Publics Electroniques wird derzeit nicht nur auf Ebene der E-Rechnung ausgebaut und intensiviert. Im April 2020 werden die Mitglieder des Forums E-Rechnung Deutschland über die Etablierung eines elektronischen Bestellsystems (Order-X) diskutieren und die hierzu bereits geführten initialen Gespräche fortführen.

Das Competence Center Schnittstelle Wirtschaft & Verwaltung erarbeitet eine Übersicht, die u. a. die rechtlichen und technischen Regelungen zur Umsetzung der elektronischen Rechnung in den einzelnen Bundesländern gegenüberstellt. Die Länder-Steckbriefe sollen in der ersten Jahreshälfte 2020 veröffentlicht werden. Daneben ist ein Informationsdokument zur Leitweg-ID geplant, welches die häufigsten Fragen zur Leitweg-ID verständlich aufbereitet. □

## Informationen

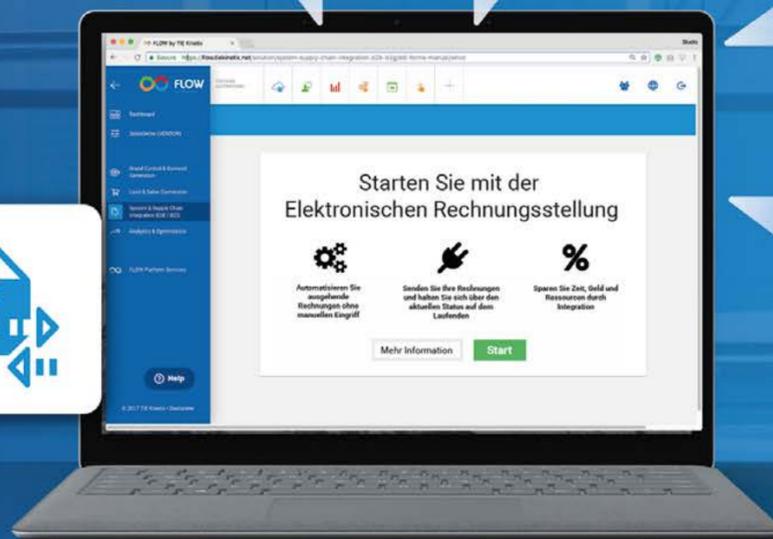
Erfahren Sie mehr über die elektronische Rechnungsstellung auf [www.TIEKinetix.com/erechnung](http://www.TIEKinetix.com/erechnung) □

Einsparung von  
2,3 Milliarden Euro pro Jahr

Zeit und  
Geld sparen

E-Invoicing mit  
ZUGFeRD, XRechnung  
und PEPPOL

E-Rechnungen einfach  
und sicher über Ihr  
eigenes ERP-System  
austauschen



# E-Rechnung in Deutschland

[www.TIEKinetix.com/erechnung](http://www.TIEKinetix.com/erechnung)

**TIE KINETIX**  
total integrated e-commerce

## Bayerisches Kabinett:

## Offensive für die Digitalisierung

Mit den Themen Blockchain-Technologie, Digitalisierung der wichtigsten Verwaltungsleistungen, digitales Unternehmenskonto, Digitalisierung des bayerischen Tourismus sowie Digitalbonus befasst sich das bayerische Kabinett in seiner Februar-Sitzung.

Der Kontakt von Bürgern und Unternehmen mit Behörden soll einfach, schnell und online funktionieren – und das 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche. Um das zu ermöglichen, wird Bayern nach einem Beschluss des Ministerrats die wichtigsten Verwaltungsleistungen bereits bis Ende 2020 digital bereitstellen. Das ist zwei Jahre schneller als vom Bund im „Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen“ gefordert.

Bund, Länder und Kommunen sind verpflichtet, bis spätestens 31. Dezember 2022 Verwaltungsleistungen auch digital anzubieten. Darunter fallen etwa 6.000 Verwaltungsleistungen in 14 Themenfeldern. Um das Ziel der Digitalisierung der Verwaltung zu erreichen, wurden folgende Bausteine beschlossen:

- Bayerische Roadmap 2020: Bayern wird die rund 55 wichtigsten Verwaltungsleistungen bereits Ende 2020 digital bereitstellen. Darunter fallen etwa Leistungen aus dem Bereich Steuern wie Einkommenssteuer, Gewerbesteuer oder Umsatzsteuer; Leistungen aus dem Bereich Familie wie Familiengeld, Geburtsurkunde und Elterngeld sowie Leistungen aus dem Bereich Unternehmen wie Unternehmensanmeldung und Gewerberegisterauszug. Derzeit sind 28 dieser rund 55 wichtigsten Verwaltungsleistungen bereits online verfügbar, 20 weitere befinden sich in der Umsetzung. So schaffen wir digitale Bürgernähe.

- Aufbau von Infrastruktur für Land und Kommunen: Der Freistaat hat zentrale Komponenten und Basisdienste wie das Bayern-Portal oder die BayernID entwickelt und stellt diese den staatlichen Behörden und Kommunen kostenfrei zur Verfügung.
- Digitale Innovationslabore: Um den Ausbau von digitalen Verwaltungsleistungen zügig voranzutreiben, pilotiert das Digitalministerium ein „Digitales Innovationslabor“. Ziel ist ein BayernStandard, um für alle Verwaltungsleistungen ein einheitliches Erscheinungsbild mit hohem Wiedererkennungseffekt zu etablieren und verbindlich vorzugeben. Dabei ist die konsequente Nutzerorientierung ein zentraler Erfolgsfaktor. Nutzer sollen von Anfang an mit am Tisch sitzen und ihre Perspektive einbringen.

Stichwort Digitales Unternehmenskonto: Unternehmen haben jedes Jahr durchschnittlich 130 Kontakte zu staatlichen Behörden. Digitale Lösungen eignen sich,

den dafür nötigen Arbeits- und Zeitaufwand zu reduzieren. Zudem können durch digitale Lösungen Abläufe standardisiert und bundeslandübergreifend überall in Deutschland einheitlich abgewickelt werden. Bayern ist es auf Bundesebene gelungen, den Weg für ein solches einheitliches digitales Unternehmenskonto zu beschleunigen. Der IT-Planungsrat beauftragt den Freistaat nun, die Technologie für alle Bundesländer auszurollen.

### Digitales Unternehmenskonto

Bayern schafft damit die technischen und praktischen Voraussetzungen für die Umsetzung des Unternehmenskontos. Basis wird die Technologie ELSTER, die in Bayern entwickelt wurde und sich seit Jahren in der Steuerverwaltung bewährt hat. Ein Vorteil: Die Unternehmen sind dort bereits angebunden. Dadurch können beispielsweise bereits bestehende Login-Verfahren genutzt werden.

Das Unternehmenskonto wird modular aufgebaut. Über das Portal sollen künftig unter anderem die Kfz-Anmeldungen und die Anträge von Gesundheitszeugnissen organisiert werden können. Für jedes Unternehmen können bis zu 200 Konten für Firmenmitarbeiter eingerichtet werden. Das Unternehmenskonto wird die Kommunikation zwischen Unternehmen und Behörden in beide Richtungen ermöglichen, also sowohl in Form von Bescheiden als auch Anträgen. Steuerformulare sind darin enthalten ebenso wie Maschinenschnittstellen für die Kommunikation zwischen Wirtschaft und Verwaltung.

Mit dem digitalen Unternehmenskonto rückt auch der „Single Point of Contact“ für Unternehmen näher. Damit können Unternehmen über eine Schnittstelle mit der Verwaltung kommunizieren. Bereits bei Bund und Ländern vorhandene Lösungen können dabei künftig in verschiedener Form an eine ELSTER-Lösung angeschlossen werden. Dafür sind etwa Schnittstellen zwischen ELSTER und Fachverfahren angedacht, die Verlinkungen von ELSTER in Landesportalen oder die Integration der ELSTER-Schnittstelle in ein vorhandenes Landeskonto. Die zentralen Funktionen des digitalen Unternehmenskontos sollen bereits 2021 zur Verfügung stehen (Phase 1). Erweiterte Funktionalitäten werden bis 2022 hinzukommen (Phase 2).

Stichwort Blockchain-Technologie:

Während vielerorts noch über theoretische Möglichkeiten von Blockchain diskutiert wird, schreitet der Freistaat auf seinem Weg für konkrete, praktische Anwendungsformen voran. Nach der ersten Initiative für fälschungssichere Ausbildungszeugnisse anhand der Blockchain-Technologie plant die Staatsregierung nun weitere Schritte innerhalb der Verwaltung.

Die Bayerische Blockchain-Strategie setzt drei Schwerpunkte:

- Bayern.Block: Bayern wird als international führender Blockchain-Standort etabliert. Dabei werden relevante Akteure der Branche vernetzt und zusammengeführt. Das Bayerische Center für Blockchain [bc]<sup>2</sup> unterstützt den Austausch und Dialog innerhalb und außerhalb des Ökosystems und steigert die internationale Sichtbarkeit des Blockchain-Standorts Bayern.

- Bayern.Chain: Bayern setzt auf Umsetzungsorientierung. Der Freistaat baut eigene Kompetenzen auf, indem konkrete Anwendungen angestoßen, gefördert oder für den staatlichen Bereich selbst entwickelt werden. Bayern.Chain umfasst unter anderem eine Maßnahme, die sich mit der Eindämmung von Umsatzsteuerbetrugsfällen im Online-Handel befasst. Auch soll geprüft werden, wie die Blockchain-basierte Verifikation auch auf Zeugnisse weiterer Einrichtungen ausgeweitet werden kann.

- Bayern.Trust: Bayern ermöglicht für die Bürger einen pragmatischen und informierten Umgang mit den Technologien und ihren Anwendungen. Das Themenfeld Blockchain soll dafür unter anderem im Informatikunterricht intensiver behandelt werden.

### Geschäftsmodelle im Tourismus

Stichwort Digitalisierung des bayerischen Tourismus: Die Hochschule Kempten hat für die Staatsregierung unterschiedliche Zukunftsszenarien zum bayerischen Tourismus entwickelt. Eine wesentliche Schlussfolgerung daraus ist, dass Digitalisierung und steigende Mediennutzung Geschäftsmodelle im Tourismus massiv verändern. Dies bietet erhebliche Potenziale für die Weiterentwicklung der touristischen Angebote in der Fläche, setzt aber Unterstützung für die digitale Flexibilität der Akteure voraus. Diese Potenziale sollen weiter gehoben werden.

Im niederbayerischen Waldkirchen wird die Kompetenzstelle Digitalisierung der Landesmarketingorganisation by.TM eingerichtet. Ziel ist, die Vermarktung Bayerns durch digitale Infrastrukturprojekte zu unterstützen und dadurch das touristische Angebot

### Neues Angebot des Verlags Bayerische Kommunalpresse:

## Intrakommuna – Die Vernetzung der Netze

Neue Zeiten erfordern neue Wege. Die GDK mbH, ein Tochterunternehmen des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH und der United Grid UG, startet mit dem neuen Produkt Intrakommuna.

Durch Covid-19 werden unsere Gewohnheiten komplett auf den Kopf gestellt, und zwar von heute auf morgen. Die kommunalen Entscheider bewältigen Dauereinsätze rund um die Uhr, bedienen einen stetigen Informationsbedarf der Partner, Kollegen und der Bürgerschaft, immer verbunden mit der Sorge um die eigene Sicherheit und die Gesundheit der Familie. Zusätzlich muss jetzt viel neugewähltes Personal eine Feuertaufe bestehen. Die bayerische Staatsregierung liefert ein gutes Beispiel an möglicher und notwendiger Kommunikation und meistert in enger Zusammenarbeit und mit dem erforderlichen Abstand die Pandemie. Auch die bayerischen Kommunen müssen sich nun in diesen Zeiten effizient verzahnen. Eine klare Kommunikation nach innen und außen ist notwendig.

Mit Hilfe von Softwarelösungen – wie der Plattform Intrakommuna – können kurzfristig und ohne großen Aufwand interne Wissensplattformen, eine Messenger App für schnelle, sichere und effiziente Kommunikation zwischen den beteiligten Stellen sowie Intranetportale für verbessertes Krisenmanagement ohne aufwändige Onboarding- und Implementierungsprozesse sofort nutzbar gemacht werden. „Die Plattform ist sofort einsatzbereit. Wir sind vorbereitet“, erklärt Digitalisierungsberater Nick Loth, Initiator und Projektleiter von Intrakommuna.

Intrakommuna ist eine SaaS-Lösung, also eine cloudbasierte Anwendung („Software-as-a-Service“). Sie hilft das „Social Distancing“, das physische Abstandhalten, zu überwinden und gleichzeitig Teamarbeit in Quarantäne-Zeiten zu optimieren. Für Kommunen, Verbände, Unternehmen und Behörden ist Intrakommuna ein hilfreiches Werkzeug.

Der Bayerische Landkreistag arbeitet schon einige Zeit mit Intrakommuna und hat so die Ba-

sis für eine enge Zusammenarbeit der bayerischen Landratsämter gelegt. Die Bayerische Gemeindezeitung nutzt das Netzwerk, um Veranstaltungen vor- und nachzubereiten und die Teilnehmer miteinander bekannt zu machen. Auch das Z.D.B. Zentrum Digitalisierung Bayern arbeitet mit derselben Software. Der große Vorteil gegenüber anderen Anbietern ist, dass Netzwerke – sofern es gewünscht ist – untereinander vernetzt werden können. So kann eine virtuelle Gemeinschaft entstehen. Z.B. kann ein User des GZ-Netzwerks, wenn eine Berechtigung gegeben ist, auch Mitglied in einem oder mehreren anderen Netzwerken sein. Innerhalb der Netzwerke gibt es aber auch geschlossene und offene Gruppen. Der Netzwerk-Eigentümer definiert für sein Netz wen er hineinlässt und wer draußen bleibt. Dass die Daten dabei immer geschützt sind, versteht sich von selbst.

Weitere Nutzungs- und Erweiterungsmöglichkeiten von Intrakommuna sind:

- Bürgernetzwerke
- Interkommunale Kommunikation: Vernetzung von Landkreisen, Städten und Gemeinden
- Wissensnetzwerke: Vermittlung von Expertenwissen gezielt an Handlungsbevollmächtigte und Entscheidungsträger
- Geschützte Kommunikationsräume für Schüler und Lehrer: Das Digitale Klassenzimmer lässt sich mit Intrakommuna – als Ergänzung zu MEBIS – ohne großen Aufwand einrichten.

Die Austauschplattform Intrakommuna ist ein nützliches Tool, das die aktuelle Krise etwas entschärft. Von der aktuellen Corona-Pandemie getrieben verändern sich die Kommunikationswege in rasantem Tempo. Die vielzitierte Digitalisierung erfährt einen ungeheuren Beschleunigungsschub. Mit Intrakommuna steht für Kommunen, Verbände, Unternehmen und Organisationen ein modernes und erprobtes Mittel zur Verfügung. Weitere Informationen können per Mail an [info@gdk-mbh.de](mailto:info@gdk-mbh.de) eingeholt werden. **FvS**

zu verbessern. Hier geht es darum, digitale Konzepte zu prüfen, auszuarbeiten und umzusetzen, die den Tourismus in Bayern stärken. Ziel ist, dass touristische Akteure den Gästen ein noch besseres Reiseerlebnis im Freistaat bieten können. Die Kompetenzstelle soll als koordinierender Ansprechpartner regional umgesetzte Projekte zu bayernweiten Lösungen skalieren. Technologiethemata wie „Augmented Reality“ oder Künstliche Intelligenz können in Waldkirchen auf ihre Anwendbarkeit für die Tourismuswirtschaft geprüft werden.

### Datendrehscheibe

Die Kompetenzstelle soll zudem der Verzahnung von Digitalisierung und Tourismusmarketing dienen. Dabei werden dem Tourismusmarketing und dem Destinationsmanagement die notwendigen Daten zur Verfügung gestellt und gemanagt. Wesentliches Instrument wird dafür die Datendrehscheibe „Bayern Cloud Tourismus“ sein. Über sie werden alle für die touristischen Leistungsträger praxisrelevanten Informationsquellen möglichst in Echtzeit verfügbar gemacht und vernetzt werden.

Die künftige Kompetenzstelle in Waldkirchen ist die bisher jüngste Maßnahme der Staatsregierung, um die Digitalisierung des Tourismus voranzutreiben. Weitere Beispiele sind unter anderem das Digitale Dorf Bayern, die Digitalisierung im Gesundheitstourismus sowie das Bayerische Zentrum für Tourismus.

Stichwort Digitalbonus: Mit diesem von der Staatsregierung ins Leben gerufenen, bundesweit einzigartigen Förderprogramm werden Unternehmen finanziell unterstützt, ihre Geschäftsmodelle und Prozesse zu digitalisieren sowie ihre IT-Sicherheit zu verbessern. Gefördert werden Entwicklung, Einführung oder Verbesserung von Produkten, Dienstleistungen und Prozessen durch entsprechende Hard- oder Software.

Die Staatsregierung will dieses erfolgreiche Konzept weiterführen. Im Rahmen der Hightech Agenda Bayern soll der Digitalbonus mit 60 Millionen Euro jährlich dauerhaft fortgeführt werden. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Maßnahmen liegen bei der Prozessdigitalisierung unter dem Stichwort Industrie 4.0, bei der Verbesserung der IT-Sicherheit mit Firewalls und Datensicherung sowie dem Ausbau digitaler Plattformen von Firmen-Internetseiten bis hin zu Webshops.

### Digitalbonus

Der Digitalbonus ist einer der wichtigsten und erfolgreichsten Fördermaßnahmen für die Digitalisierung des Mittelstands in Bayern. Zahlreiche Investitionen wurden ausgelöst: Seit dem Start im Oktober 2016 sind über 13.800 Anträge eingegangen. Be-

antrag wurden bisher Zuschüsse in Höhe von mehr als 150 Millionen Euro für Investitionen von gut 476 Millionen Euro bis zum Jahresende 2019. Mit 64 Prozent wurde der überwiegende Teil der beantragten Mittel von Unternehmen aus dem ländlichen Raum beantragt.

Profitiert haben mit mehr als einem Drittel der Mittel vor allem Betriebe aus Regionen mit besonderem Handlungsbedarf. Es ist gelungen, alle Branchen von der Industrie über Handwerk, Bauwirtschaft und Handel bis hin zum Tourismus anzusprechen. 86 Prozent der Anträge stammen von kleinen Unternehmen, 14 Prozent von mittleren Unternehmen und 40 Prozent aus dem Handwerk. Im Durchschnitt erhält jeder bewilligte Antrag 8.700 Euro an Zuwendungen. Das Antragsverfahren verläuft weitestgehend automatisiert. **DK**

### Neuer Service für Kunden der bayerischen Vermessungsämter:

## Kontaktlos zahlen in den Kundenzentren ab sofort möglich

„Ab sofort können Bürgerinnen und Bürger in allen Kundenzentren der bayerischen Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung die für Planungen und Beurkundungen notwendigen Katasterauszüge wie Lagepläne, Flurstücks- und Eigentümergegenstände bargeldlos mit Karte oder Smartphone bezahlen“, freut sich Finanz- und Heimatminister Albert Fürkacker. Kontaktlose Zahlungen sind besonders schnell und unkompliziert per Karte oder Smartphone möglich. Es werden auch alle gängigen Kreditkarten akzeptiert.

Die 51 Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (ÄDBV) mit ihren 22 Außenstellen führen und aktualisieren täglich das Liegenschaftskataster. Mit rund 30.000 Grundstücksvermessungen im Jahr legen sie Grundstücksgrenzen fest, sichern das Eigentum an Grund und Boden und liefern damit wichtige Daten für den Nachweis des Grundstückseigentums.

Rund 11 Mio. Flurstücke sind in digitaler Form im Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS) dokumentiert. Mit

den Gebäudeeinemessungen erfüllen die ÄDBV den gesetzlichen Auftrag, Neubauten und wesentliche Veränderungen am Grundriss von bestehenden Gebäuden im Liegenschaftskataster nachzuweisen. Außerdem unterstützen die ÄDBV die Kommunen beim Ausbau des schnellen Internets.

Neben dem Service und der Beratung vor Ort ist der Bezug von Auszügen aus dem Kataster auch im Internet über den Geodatenshop der Vermessungsverwaltung möglich ([www.geodatenonline.de](http://www.geodatenonline.de)). **□**



## Intrakommuna

Ihr digitales Netz für Verwaltung, Bürger, Unternehmen und Verbände:

- Sicherer Messenger
- Austausch- und Wissensplattform
- Interaktion und Dialog
- Direkt, schnell und präzise

Überzeugen Sie sich selbst:

[www.anmelden.gemeindezeitung.bayern](http://www.anmelden.gemeindezeitung.bayern)

GDK mbH | Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried  
08171 9307-0, [info@gdk-mbh.de](mailto:info@gdk-mbh.de), [www.gdk-mbh.de](http://www.gdk-mbh.de)

Ein Unternehmen des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH und United Grid UG

[www.gdk-mbh.de](http://www.gdk-mbh.de)



# Schnelles Internet für zahlreiche Kommunen

Staatsminister Füracker überreichte Breitband-Förderbescheide

Der Ausbau von schnellem Internet läuft in Bayern auf Hochtouren. Erneut konnte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker in jüngster Zeit zahlreiche Breitband-Förderbescheide an bayerische Kommunen vergeben. „Insgesamt haben damit bereits 1.803 Gemeinden, also 88 Prozent aller bayerischen Kommunen einen Förderbescheid erhalten“, freute sich Füracker. „Unsere Breitband-Strategie ist genau richtig für Bayern und ermöglicht Glasfaser bis ins Haus. Die Gemeinden entscheiden im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit wo dies geschieht.“

Aus Oberbayern erhalten neben der Stadt Ebersberg, die als eine von sechs Pilotgemeinden im Freistaat den geförderten Glasfaserausbau auch in bereits mit mindestens 30 Mbit/s versorgten Bereichen (sog. grauen NGA Flecken) umsetzen kann, weitere zwölf Gemeinden (Pleiskirchen, Stammham, Wolfrauthausen, Schneizlreuth, Olching, Eresing, Hausham, Griesstätt, Prutting, Seon-Seebruck, Traunstein, Altenstadt) insgesamt rund 7,38 Millionen Euro Förderung.

Zusätzlich profitieren 52 Einrichtungen in Oberbayern mit insgesamt über 1,47 Millionen Euro von der bayerischen Richtlinie zur Förderung von Glasfaseranschlüssen und WLAN-Infrastruktur für öffentliche Schulen, Plankrankenhäuser und Rathäuser (GWLNR). Mit 483 Gemeinden befinden sich 97 Prozent im bisherigen Förderverfahren. 429 Kommunen wurde eine Fördersumme von insgesamt über 251,13 Millionen Euro zugesagt.

## Niederbayern

Sechs Gemeinden aus Niederbayern (Pilsting, Markt Simbach, Haidmühle, Neuschönau, Stadt Simbach a. Inn, Wittibreit) erhalten insgesamt über 5,16 Millionen Euro Förderung. Zusätzlich profitieren 45 Einrichtungen in Nieder-

bayern mit insgesamt rund 1,39 Millionen Euro von der GWLNR. Es befinden sich mit 257 Gemeinden 99,6 Prozent im Förderverfahren. 253 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt über 208,7 Millionen Euro zugesprochen.

## Oberpfalz

Aus der Oberpfalz bekommen vier Gemeinden (Birgland, Freudenberg, Laaber, Tirschenreuth) insgesamt über 3,49 Millionen Euro Förderung. Zusätzlich profitieren 27 Einrichtungen in der Oberpfalz mit insgesamt 630.593 Euro von der GWLNR. Mit 223 Gemeinden befinden sich 99 Prozent im Förderverfahren. 211 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt 136,98 Millionen Euro zugesagt.

## Schwaben

Acht Gemeinden aus Schwaben (Adelzhausen, Holzheim, Kaisheim, Wemding, Gundremmingen, Grünenbach, Wertach, Wildpoldsried) werden mit insgesamt über 3,48 Millionen Euro Förderung bedacht. Zusätzlich profitieren sieben Einrichtungen in Schwaben mit insgesamt 194.731 Euro von der GWLNR. Es befinden sich mit 331 Gemeinden 97 Prozent im Förderverfahren. 276 Kommunen

wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt über 142,26 Millionen Euro zugesprochen.

Aus Mittelfranken können sich fünf Gemeinden (Roßtal, Gutenstetten, Langenaltheim, Pfofeld, Heidenheim) über insgesamt rund 3,22 Millionen Euro Förderung freuen. Zusätzlich profitieren 99 Einrichtungen in Mittelfranken mit insgesamt über 2,74 Millionen Euro von der GWLNR. Mit 206 Gemeinden befinden sich 98 Prozent im Förderverfahren. 185 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt über 95,49 Millionen Euro zugesagt.

## Oberfranken

Sechs Gemeinden aus Oberfranken (Pegnitz, Heroldsbach, Küps, Marktrodach, Teuschnitz, Kulmbach) sowie der Landkreis Bayreuth, stellvertretend für neun Gemeinden (Bad Berneck i. Fichtelgebirge, Betzenstein, Creußen, Goldkronach, Pegnitz, Prebitz, Schnabelwaid, Speichersdorf, Weidenberg), erhalten Bescheide für die Erschließung mit schnellem Internet mit einer Fördersumme von rund 4,91 Millionen Euro.

Als eine von sechs Pilotgemeinden in ganz Bayern kann die Stadt Kulmbach den geförderten Glasfaserausbau auch in bereits mit mindestens 30 Mbit/s versorgten Bereichen umsetzen. Zusätzlich profitieren 42 Schulen in Oberfranken mit insgesamt rund 1,32 Millionen Euro von der GWLNR. Es befinden sich alle 214 Gemeinden im Förderverfahren. 197 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt 150,12 Millionen Euro zugesprochen.

Vier Gemeinden aus Unterfran-

ken (Hösbach, Ramsthal, Bad Kissingen, Volkach) wurde schließlich eine Fördersumme in Höhe von insgesamt 419.147 Euro zugesprochen. Zusätzlich profitieren 46 Einrichtungen in Unterfranken mit insgesamt über 1,28 Millionen Euro von der GWLNR. Mit 304 Gemeinden befinden sich 99 Prozent im Förderverfahren. 252 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt über 105,02 Millionen Euro zugesagt.

Laut Staatsminister Füracker unterstützt Bayern seine Kommunen weiterhin kräftig, damit sie ihre zentralen Einrichtungen direkt mit Glasfaser erschließen und die WLAN-Infrastruktur ausbauen können. Mit einer gigabitfähigen digitalen Infrastruktur vor Ort ebnet der Freistaat den Weg für neue digitale Anwendungsmöglichkeiten in Bildung, Medizin und Verwaltung und sorgt für eine zeitgemäße, komfortable Umgebung für Schüler und Patienten.

Ziel sei der Ausbau von gigabitfähigen Breitbandnetzen in ganz Bayern. Dank der seit 2014 laufenden Breitbandinitiative des Freistaats hätten über 95 Prozent der bayerischen Haushalte einen Zugang zu schnellem Internet erhalten. In keinem anderen Bundesland werde mehr Glasfaser gebaut. Bei den aktuellen Projekten werden über 51.000 Kilometer Glasfaserleitungen verlegt und mehr als 770.000 Haushalte mit schnellem Internet versorgt, vor allem im ländlichen Raum. „Kein Bundesland unterstützt seine Kommunen und damit auch die Unternehmen vor Ort mehr als der Freistaat“, machte Füracker deutlich.

## 98 Prozent der Kommunen im Förderverfahren

Bayernweit sind bereits 98 Prozent (2.018 von 2.056) aller Kommunen in das bisherige bayerische Förderverfahren eingestiegen. Nach Abschluss der laufenden Baumaßnahmen werden mindestens 99 Prozent der bayerischen Haushalte mit schnellem Internet versorgt sein. Ziel der aktuellen Förderprojekte ist es, diese Flächendeckung weiter zu steigern und die Glasfaser noch weiter ins Land zu bringen, möglichst bis in die Gebäude (FTTB - Fiber to the building).

Mit der neuen bayerischen Gigabitförderung wird die Glasfaser ausschließlich in die Häuser gelegt. Bayerns ambitioniertes Ziel lautet: Gigabit bis 2025. Nach mehr als zweieinhalb Jahren intensiver Verhandlungen hat die Europäische Kommission den Antrag des Freistaats auf eine landesweite Gigabitförderung genehmigt. Zukunftsfähige Gigabitnetze können nun auch in der breiten Fläche ermöglicht werden. Die neue bayerische Gigabitrichtlinie ist im März 2020 in Kraft getreten.

DK

## M-net:

# Neue Möglichkeiten durch Glasfaserausbau

Im Endspurt der zweiten Ausbauphase des Glasfasernetzes in München befinden sich die Stadtwerke München (SWM) und Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net. Bis Mitte 2021 wollen die Partner rund 70.000 weitere Wohn- und Gewerbeeinheiten ans Glasfasernetz nehmen. Damit bieten sie künftig mehr als 600.000 Münchner Haushalten und Unternehmen einen zuverlässigen und leistungsfähigen Internetanschluss und ebnet damit rund 70 Prozent der Münchner Haushalte und mehr als 80.000 Gewerbebetriebe den Weg in die Gigabit-Gesellschaft.

Im Rahmen von Informationsveranstaltungen stellten die SWM und M-net den Ablauf der Bauarbeiten sowie die zur Verfügung stehenden Breitbandprodukte vor. Die Anbindung des Gebäudes, sprich die Bereitstellung der Infrastruktur ist für die Hauseigentümer in den Ausbaubereichen während der Ausbauphase kostenfrei. Die Nutzung von Produkten wie Internet, Telefon und Fernsehen über den Anschluss ist freiwillig. „Das jährlich wachsende Interesse an unseren Veranstaltungen zeigt, dass schnelles Internet für die Menschen heute zu den bedeutendsten Standortkriterien gehört – und das nicht nur in der Innenstadt“, hob Dr. Florian Bieberbach, Vorsitzender der SWM Geschäftsführung, hervor. „Deshalb arbeiten wir mit M-net weiter daran, die Stadt flächendeckend mit Breitband zu versorgen.“

Laut Nelson Killius, Sprecher der Geschäftsführung bei M-net, „erstreckt sich unser Münchner Glasfasernetz nach zehn Jahren über den größten Teil der Landeshauptstadt. Wir sind stolz darauf, dass diese Infrastruktur aktuell in Europa zu den modernsten ihrer Art gehört. Für München ist das ein klarer Standortvorteil im Vergleich zu Städten wie Frankfurt oder Berlin, von dem vor allem die ansässigen Unternehmen der Industrie und Wirtschaft spürbar profitieren.“

Im Jahr 2010 startete die erste Phase des Münchner Glasfaserausbaus durch die SWM und M-net. Innerhalb von fünf Jahren wurde die komplette Innenstadt innerhalb des Mittleren Rings mit rund 400.000 Haushalten erschlossen. Die Anwohner haben seitdem Zugang zu schnellen und stabilen Internetanschlüssen von M-net. Die zweite Stufe des Ausbaus läuft seit 2016, in deren Rahmen auch viele Stadtteile außerhalb des Mittleren Rings erreicht werden. Insgesamt wurden dabei allein in den vergangenen drei Jahren über 150.000 zusätzliche Haushalte ans Glasfasernetz angeschlossen. Zum Abschluss des Projekts 2021 kommen noch einmal rund 70.000 weitere hinzu. Für den Ausbau haben SWM und M-net bislang einen mittleren dreistelligen Millionenbetrag in das Münchner Glasfasernetz investiert.

Bei Bestandsbauten ist eine Er-

schließung per FTTB in der Regel die wirtschaftlich beste Lösung. Dabei setzt M-net auf zukunftsweisende Technologien wie das Übertragungsverfahren G.fast, um Kundenanschlüsse mit hohen und stabilen Bandbreiten zu ermöglichen. Künftig soll auch zunehmend die Erschließung per FTTH (Fiber To The Home), bei der die Glasfaser bis in die einzelne Wohnung oder Gewerbeimmobilie verlegt wird, in den Mittelpunkt der Ausbaumaßnahmen rücken.

Bereits ans Netz genommen hat M-net den Ortsteil Weißenbach in der Gemeinde Neunkirchen am Sand. Ab sofort profitiert Weißenbach von schnellem Internet mit Bandbreiten bis zu 300 Mbit/s. Der Ausbau wurde mit Mitteln im Rahmen des bayerischen Förderprogramms unterstützt.

Das neue Netz führt mit Glasfaserleitungen direkt bis in die Häuser (Fiber-to-the-Building / FTTB), bzw. in die Wohnungen (Fiber-to-the-Home / FTTH) und ist dadurch besonders schnell, sicher und klimaschonend. Dafür hat M-net insgesamt 11 Kilometer Glasfaser verlegt und im Ortsteil Weißenbach 20 Zugänge für insgesamt 28 private und acht gewerbliche Einheiten realisiert. Das Projekt startete mit der Vertragsunterschrift im August 2018, die technischen Arbeiten waren Mitte Dezember 2019 abgeschlossen.

Bei der Realisierung des Ausbaus wirkte auch die Gemeindeverwaltung Neunkirchen am Sand engagiert mit. „Zusammen mit M-net haben wir die derzeit fortschrittlichste kommerzielle Datenversorgung zu unseren Bürgerinnen und Bürgern in den Ort gebracht“, erläuterte Bürgermeisterin Martina Baumann. Alle seien stolz auf diese großartige Teamleistung.

„Wir freuen uns, den Kunden vor Ort schnelles Internet, Telefon und Fernsehen anbieten zu können“, ergänzte Dr. Oliver Baumann, Abteilungsleiter Expansions- und Kooperationsmanagement von M-net. Die hohe verfügbare Bandbreite per Glasfaser eröffnet insbesondere den Unternehmen und Gewerbebetrieben vor Ort ganz neue Möglichkeiten. Zudem seien einer höheren Leistung mit der FTTH-Glasfasertechnik auch künftig kaum Grenzen gesetzt.

DK

# Wie smart sind Deutschlands Kommunen?

Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Deutschlandweit treiben Kommunen den digitalen Wandel voran und machen klare Fortschritte bei der Digitalisierung. Häufig stehen sie jedoch vor Herausforderungen bei der Umsetzung ihrer Digitalisierungsstrategien und benötigen Unterstützung bei der erfolgreichen Realisierung ihrer Vorhaben. Zu diesem Ergebnis kommt die neueste Kommunalstudie 2019 der Initiative Stadt.Land.Digital. im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie und in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden.

Wie die Studie aufzeigt, befinden sich fast acht von zehn Kommunen in der Strategiekonzeption oder -umsetzung. Damit hat sich ihr Anteil seit dem Jahr 2015 fast verdoppelt. Vor allem größere Kommunen sind aktiv: So hat nahezu jede zweite Stadt mit mehr als 20.000 Einwohnern bereits eine fertige Strategie, unter den Kommunen mit weniger als 20.000 Einwohnern dagegen noch nicht einmal jede fünfte.

Auch an der Notwendigkeit einer Digitalisierungsstrategie gibt es kaum noch Zweifel: Neun von zehn Kommunen halten sie für sinnvoll. Bei der Umsetzung zeigen sich allerdings Defizite. So befinden sich weniger als 20 Prozent der Städte und Gemeinden in der Umsetzungsphase, nur in jeder zehnten Kommune ist sie schon weit fortgeschritten. Sechs von zehn Kommunen arbeiten erst an einer Strategie oder planen, dies zu tun. Die große Mehrheit steht bei der Transformation also noch ganz am Anfang.

Zwar haben von den Kommunen in der Konzeptions-1 oder Umsetzungsphase fast alle bereits erste Projekte auf den Weg gebracht, jedoch liegt der Schwerpunkt bisher auf sektorenübergreifenden digitalen Infrastrukturen. Anwendungsfelder wie Energie, Umwelt oder Gesundheit spielen allenfalls eine untergeordnete Rolle. Pro-

jekte in diesen Bereichen werden von weniger als jeder dritten Kommune realisiert.

Außerdem ist eine große Diskrepanz zwischen der strategischen Relevanz und dem Grad der Umsetzung von technisch anspruchsvollen Themen festzustellen, etwa bei Datenplattformen. Zwar hat die Mehrheit der Städte und Gemeinden erkannt, dass Datenplattformen und Cloud-Infrastrukturen zu den kritischen Erfolgsfaktoren der Digitalisierung zählen, weil sie die Chance bieten, Daten zu bündeln und neue Lösungen zu entwickeln. Trotzdem werden diese bislang erst von jeweils weniger als einem Drittel der Kommunen genutzt.

## Optimierungspotenzial bei Cloud-Lösungen

Die Zuständigkeit für den Aufbau von Datenplattformen wird vor allem bei den Bundesländern oder regionalen Zusammenschlüssen gesehen. Wichtigste Kriterien für die Nutzung öffentlich initiierten Cloud-Lösungen sind einfache Handhabung und zeitnahe Verfügbarkeit. In beiden Punkten gibt es noch Optimierungspotenzial.

Für eine erfolgreiche Digitalisierung benötigen Städte und Gemeinden nach eigenen Angaben vor allem mehr Hilfestellung.

Dabei erwarten sie in erster Linie Unterstützung vom Bund, den Bundesländern und den kommunalen Spitzenverbänden. Vor dem Hintergrund der noch lückenhaften Umsetzung der digitalen Transformation in den Kommunen verwundert es kaum, dass sich fast alle mehr Unterstützung insbesondere zur Projektförderung sowie mehr Informationen zu bestehenden Angeboten wünschen.

Um die Umsetzung der digitalen Transformation in die Fläche zu bringen und zu beschleunigen, bedarf es laut Studie eines am digitalen Reifegrad der Kommunen orientierten Fünf-Punkte-Plans. So sollten Städte und Gemeinden, die sich derzeit in der Konzeption ihrer Digitalisierungsstrategie befinden – das ist die Mehrheit –, durch Angebote wie Leitfäden und Checklisten besser unterstützt werden. Die führenden 20 Prozent der Kommunen, die bereits in der Umsetzung sind, benötigen dagegen Hilfe in Form beispielhafter Umsetzungslösungen sowie bei der Planung und Finanzierung ihrer Projekte. „Nachzügler“-Kommunen, die bei der Digitalisierung noch ganz am Anfang stehen, sollten durch anschauliche „best cases“ aktiviert werden.

Bestehende Angebote und vorhandenes Wissen können über eine zentrale Informationsplattform allen Kommunen und relevanten Akteuren bereitgestellt werden. Zudem bilden zielgerichtete Angebote zur Nutzung von Datenplattformen und Cloud-Lösungen die Grundlage einer erfolgreichen Transformation im kommunalen Umfeld.

DK

**M** ein neuer Heimvorteil

Auch auf dem Land mit Highspeed im Internet unterwegs.

[breitbandausbau@m-net.de](mailto:breitbandausbau@m-net.de)

**M-net**  
Mein Netz

# „Wir sind auf dem Weg in die Gigabit-Gesellschaft“

Branchentreff bei Langmatz: 9. Breitband-Symposium erlebt neuen Besucherrekord

Das Breitband-Symposium + Open House hat nun bereits zum 9. Mal in Garmisch-Partenkirchen stattgefunden – erneut mit einer überwältigend positiven Resonanz. So wurde mit 540 Teilnehmern aus dem In- und Ausland sowie 31 beteiligten Partnerfirmen erneut ein absoluter Besucherrekord aufgestellt.

„Auch wenn Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Verbänden, teils zu Recht, das schleppende Tempo des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen kritisieren, wir sind auf dem Weg in die Gigabit-Gesellschaft“, erklärte Stephan Wulf, Vorsitzender der Geschäftsführung von Langmatz, und setzte damit in seiner Begrüßung den Tenor des diesjährigen Branchentreffs.

## Bewegende Reise

Ein besonderes Highlight war der Vortrag von Karl-Heinz Land, der die Zuhörer auf eine bewegende Reise in die Zukunft entführte. Die nächsten Jahrzehnte werden seiner Ansicht nach mit dramatischeren Veränderungen unserer Lebenswelt einhergehen, als die letzten 250 Jahre. Der bekannte Keynote-Speaker und Autor schilderte, wie die digitale Transformation bereits heute die Dematerialisierung in all unseren Lebensbereichen vorantreibt und was das für die gesamte Wertschöpfungskette bedeutet – wenn beispielsweise das Bahn- oder Flugticket nur noch ein QR-Code ist.

Der wichtigste Grund, warum dies aktuell passiert, liegt im Phänomen der Exponentialität der Entwicklung. So hat heute ein Smart Phone die acht- bis zehnfache Rechnerleistung des NASA-Computers, der 1970 die Apollo 13 auf den Mond brachte, 15 Tonnen wog und eine halbe Milliarde Dollar kostete. Seine drei Kernthesen lauten: 1. Alles was digitalisiert werden kann, wird digital werden. 2. Alles was vernetzt werden kann, wird vernetzt werden. 3. Alles was automatisiert werden kann, wird automatisiert werden.

Diese Regel laufe immer nur in dieser Reihenfolge ab, wie das Beispiel des selbstfahrenden Autos zeige. Als Folge des technologischen Fortschritts und der damit einhergehenden Dematerialisierung werden heutige Berufsbilder und Produkte verschwinden, die Arbeitszeiten sich dramatisch verkürzen. Aber nicht alles werde digital, so Land, die digitale und die physische Welt seien untrennbar miteinander verbunden.

Das Internet ist nach Meinung Lands die Infrastruktur unseres zukünftigen Wohlstands. Nach Schätzungen werden auf Grund der weltweiten Vernetzung von Dingen bis 2025 elf Billionen Dollar an neuer Wertschöpfung entstehen, davon 80 Prozent durch Software und Services. Die digitale Welt verändert mit Smart Grids, Wassermanagement, Smart Home, Smart Retail, E-Mobilität etc. auch unsere Städte, die nach Lands Prognose in Zukunft sehr viel grüner werden. Die Digitalisierung sei der Hebel zu mehr Nachhaltigkeit, betonte er.

## Quartiere werden smart

Warum die Straßenbeleuchtung zur Vernetzung verschiedener innovativer Technologien eine ideale Infrastruktur darstellen kann, erläuterte Dr.-Ing. Michael Diekerhof von innogy SE. In Deutschland gebe es 9,5 Millionen Straßenlaternen, die sich aus drei Gründen zur Digitalisierung von Stadtquartieren eignen, argumentierte er in seinem Vortrag: Sie sind überall, sie sind ans Stromnetz, teilweise auch an Da-

tenetze angeschlossen, und sie sind heute und morgen unentbehrlicher Bestandteil der Städte. So können Laternen mit Sensoren versehen werden und als „Smart Poles“ für Konnektivität (WiFi), Mobilität (eMobility), Kommunikation (Werbung), Sicherheit (Intelligente Kamera, Notruf) und Nachhaltigkeit (Messung von Luftqualität) dienen.

„Was wäre, wenn Laternen nicht nur Licht spenden, sondern Menschen verbinden und den öffentlichen Raum sicherer machen“, schlug Diekerhof den Bogen zum Thema Sicherheit. Unsere Lebensqualität hänge zunehmend davon ab, wie sicher wir uns an öffentlichen Orten fühlen. Für diesen Anwendungsfall hat das Startup aus dem innogy Konzern gemeinsam mit Langmatz einen speziellen IoT-Notrufknopf entwickelt. Dieser ist an jeder Laterne leicht nachrüstbar, Vandalismus geschützt und besitzt eine bidirektionale IP-Schnittstelle, die eine automatische Anpassung der Lautstärke an die Umgebung vornimmt. Beim Betätigen des Notrufs landet ein Hilfesuchender so unmittelbar in einer Leitstelle, mit der er kommunizieren kann.

## Grabenlos statt offen

Mit welchen Methoden man schnell und effektiv einen Hausanschluss erstellt, zeigte Markus Spatz, Geschäftsführer der Botec Hupertz GmbH, an einer Reihe von Praxisbeispielen. Für die grabenlose Verlegung stellte er unterschiedliche Verfahren mit Maschinen der Firma Tracto-Technik vor. Darunter den Einsatz einer Erdrakete, die vom Keller heraus zur Grube am Gehweg (oder vice versa) eingesetzt wird.

Nachteil dieses auf dem Prinzip der Bodenverdrängung basierenden Verfahrens ist es, dass es ungesteuert läuft und eine maximale Reichweite von 25 Metern hat. Mini-Spülbohrsysteme bzw. Mini-Bohranlagen bieten dagegen den Vorteil, dass sie steuer- und ortbar sowie für die Bohrung längerer Distanzen (max. 100 Meter) von der Grube zum Keller geeignet sind. Eine weitere Methode, die Spatz präsentierte, ist die so genannte Keyhole-Technik, bei der ein Saugbagger notwendig sei und die sehr kostenintensiv ist. Welches System auch angewandt werde, „auf den Punkt kommen, ist das entscheidende“, erklärte Spatz mit einem Augenzwinkern.

Joergen Janson, Sales Manager der Corning Optical Communications GmbH & Co. KG, schilderte in seinem Vortrag die typischen Problemstellungen während der Verlegung von Glasfasern innerhalb von Gebäuden. Während bei Neubauten in der Regel flexible Rohre zum Einschleiben oder Einblasen von Kabeln vorhanden sind, sowie Verbundrohre in Wartungsschächten oder Steigbereichen, liege der Fall bei Bestandswohnungen ganz anders. „Hier fängt das herzhafte Spiel an“, sagte Janson. Wie eine Verkabelung von Innenräumen ohne vorhandene Rohre und ohne Schlitzstemma oder Aufputz funktionieren kann, präsentierte Janson mit Clear Track.

Diese neuartige, praktisch unsichtbare Lösung, besteht aus durchsichtigen Glasfaserkanälen mit einer selbstklebenden Rückseite. Janson erklärte, dass das Produkt auf 90 Prozent aller

Oberflächen hält, sei es Beton, Trockenbau, Mauerwerk oder Tapete. Auch gibt es im gleichen Programm, neben einer selbstklebenden Eingangsbox für den Flurbereich, flache Aufputzhöhle und geschützte Patch Cords für die Verbindung zum Router. Vorteile: Eine schnelle und saubere Glasfaser-Verkabelung, insbesondere bei Alt- und Plattenbauten sowie denkmalgeschützten Gebäuden.

## Konvergenter Netzplan als Grundlage der digitalen Stadt der Zukunft

„Es ist festzustellen, dass wir heute noch stark über die allgegenwärtigen Apps agieren“, sagte Wolfgang Weiß, Geschäftsführer des ZDE (Zentrum für Digitale Entwicklung GmbH), zum aktuellen Stand der Digitalisierung in Gemeinden. Weiß erläuterte, dass zu seinem Kundenkreis Stadtwerke, Kommunen sowie kommunale Gesellschaften zählen. Bei diesen stünden derzeit viele starke Veränderungsprozesse an, noch spreche man beim Fest- und Funknetz vielfach noch von 4G, von Sensordaten dage-

## Beistellungsmodell:

# Der schnellste Weg zum Glasfaser-Anschluss

Alle sind sich einig. Alle Haushalte in Deutschland sollen so schnell wie möglich mit einem Glasfaser-Anschluss versorgt werden. Gerade für ein Flächenland wie Bayern mit einem hohen Zersiedlungsgrad, stellt dieses Ziel eine große Herausforderung dar.

Bisher wurde der Ausbau von zwei Modellen bestimmt: Dem Deckungslückenmodell und dem Betreibermodell. Wenn es nach Josef Scherl geht, muss das nicht so bleiben. Scherl ist der neue Konzernbevollmächtigte der Deutschen Telekom in Bayern. Er soll in Zukunft die zentrale Anlaufstelle für Kommunen zu allen Fragen des Breitbandausbaus sein – Mobilfunk und Festnetz.



Josef Scherl, Konzernbevollmächtigter Süd der Telekom Deutschland GmbH.

„Der Breitbandausbau in Bayern und dem Rest der Republik hat uns und unsere Partnerfirmen an die Grenzen unserer Kapazität geführt“, sagt Scherl. „Unser In-blaue-Rohre zum Einschleiben oder Einblasen von Kabeln vorhanden sind, sowie Verbundrohre in Wartungsschächten oder Steigbereichen, liege der Fall bei Bestandswohnungen ganz anders. „Hier fängt das herzhafte Spiel an“, sagte Janson. Wie eine Verkabelung von Innenräumen ohne vorhandene Rohre und ohne Schlitzstemma oder Aufputz funktionieren kann, präsentierte Janson mit Clear Track.

Diese neuartige, praktisch unsichtbare Lösung, besteht aus durchsichtigen Glasfaserkanälen mit einer selbstklebenden Rückseite. Janson erklärte, dass das Produkt auf 90 Prozent aller

gen noch eher wenig. Kurzfristig werde sich das aber signifikant ändern.

So wird es in naher Zukunft 5G-Netze sowie alle Arten von Sensordatennetzen wie etwa LoRaWAN geben. Sicher sei, dass wir ein Fest- und ein Funknetz in der Konvergenz haben werden sowie definitiv mehr Teilnehmer in den Netzen, betonte Weiß. Im Zuge der weiteren Digitalisierung und des Breitbandausbaus werde es künftig auch eine Vielzahl von Plattformen geben, die sich vernetzen, sowie Anwendungen, die dann wertschöpfend genutzt werden können.

Am zweiten Tag präsentierten Partnerfirmen im Olympia-Skistadion ihre Neuheiten zum Aufbau und Betrieb von Glasfasernetzen. Auch Langmatz selbst stellte dort aktuelle Entwicklungen wie den neuen Glasfaser-Netzverteiler sowie die neue Glasfaser-Mauerdurchführung und Teilnehmeranschlussdose vor, mit denen ein Netzausbau modular und wirtschaftlich erfolgen kann. Das bewährte Workshop-Programm ermöglichte den Teilnehmern, aktuelle Informationen rund um die Themen Glasfaserkonfektionierung, Glasfasermuffen, deren Applikation sowie die Verlegung von Kabelschutzrohren und Rohrverbänden zu gewinnen. Führungen durch das Langmatz Werk in Oberau gaben detaillierte Einblicke in die Entstehung der Glasfaserprodukte. □

## OZG-Förderprogramm:

# „Besser jetzt sofort anfangen!“

Die ersten Kommunen in Bayern haben die Bewilligung zum Förderprogramm „Digitales Rathaus“ des Freistaats erhalten und in diesem Zusammenhang ein förderfähiges, maßgeschneidertes OZG-Online-Dienste-Bundle der AKDB bestellt. Robert Mayr, Kämmerer und EDV-Beauftragter der Gemeinde Bischofswiesen, erläuterte welche Dienste wichtig sind und was in Zukunft ansteht.

Herr Mayr, was bedeutet das OZG aus Ihrer Perspektive? Wie gehen Sie mit dem Thema um?

Wir nehmen die Umsetzung des OZG sehr ernst. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir Dienstleister für unsere Bürger sind. Man sollte ihnen deshalb auch moderne Werkzeuge an die Hand geben. Zum Glück haben wir da die Unterstützung unseres Bürgermeisters.

Warum haben Sie sich so schnell für die Beantragung des Förderprogramms entschieden?

Es war die Überlegung: Bayern will Vorreiter sein bei der Umsetzung des OZG. Wir haben also am 13. Dezember 2019 den Antrag auf Fördergeld gestellt. Und den vorzeitigen Maßnahmenbeginn bereits am 16. Dezember gewährt bekommen. Wir haben 23 Dienste über das Förderprogramm bestellt.

Wie sieht die OZG-Umsetzungsstrategie in Ihrer Kommune aus?

Bisher haben wir nur einige Dienste des Bürgerservice-Portals im Einsatz wie die „Beantragung von Briefwahlunterlagen“ und „Wasserzählerablesung“. Jetzt stocken wir unser Angebot auf.

Welche Dienste sind für Ihre Kommune künftig wichtig?

Wir erwarten, dass alle Dienste, die mit dem Bürgerbüro zu tun haben, häufig genutzt werden und zwar 24 Stunden am Tag. Welche Erwartungshaltung haben Ihre Bürgerinnen und Bürger heute an digitale Online-Services?

Konkrete Forderungen haben unsere Bürger bisher nicht an uns gerichtet. Wir verspüren deshalb auch keinen Druck aus der Bevölkerung. Vielleicht liegt das daran, dass wir eine Gemeinde mit nur ca. 7.500 Einwohnern sind. Aber trotzdem, wir wollen proaktiv sein und uns für die Zukunft aufstellen.

Was steht als Nächstes an in puncto Digitalisierung?

Seit dem vergangenen Jahr nutzen wir die digitale Akte (komXwork). Eventuell steht als nächstes die Einführung der digitalen Personalakte an. Ansonsten fühlen wir uns gut aufgestellt und haben sehr viele Lösungen der AKDB.

Was würden Sie Ihren Kollegen in anderen Kommunen beim Thema OZG und Digitalisierung raten?

Verweigert Euch nicht dem Thema Digitalisierung! Das würde ich sagen. Wir sind schließlich Dienstleister unserer Bürger und müssen deshalb mit der Zeit gehen und für alle Neuerungen ein offenes Ohr haben. Es muss nicht sofort sein, aber verliert das Ziel nicht aus den Augen! □

## Deutscher Städtetag:

# Diskussionspapier zu kommunalen Daten

Der Deutsche Städtetag hat ein Diskussionspapier „Kommunale Daten“ veröffentlicht. Der Verband will einen breiten öffentlichen Diskurs anstoßen, um bessere Grundlagen für die Nutzung von Daten zu erreichen und dadurch die Digitalisierung in den Städten zu stärken.

In der Publikation gibt der Deutsche Städtetag einen Überblick über die Erhebung und Nutzung digitaler Daten und eine Diskussionsgrundlage für die kommunale Praxis. Im weiteren Vorgehen sollten die Städte in diesem Prozess kommunale Selbstverwaltung neu denken, Rollen in der Stadt klären, Abläufe auf den Prüfstand stellen, Künstliche Intelligenz angemessen einsetzen und ethische Prinzipien definieren.

## Fundament der digitalen Stadt

Wie der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, betont, „sind Daten das Fundament der digitalen Stadt. Die Stadtverwaltungen erheben, speichern und verarbeiten die Daten. Und sie vernetzen die verschiedenen Datenbestände in urbanen Datenplattformen, um digitale Anwendungen und Services für die Bürgerinnen und Bürger anzubieten.“

lich werden die Gemeinden bei diesem Modell nicht zuletzt durch den Anbieter entsprechend unterstützt.

„Das Beistellungsmodell ist eine Chance, in Bayern alle Kräfte für den Glasfaserausbau zu mobilisieren“, sagt Scherl. „Lassen Sie uns gemeinsam an dem Ziel arbeiten Glasfaser in jedes Haus zu bringen.“

Wichtig: Das Beistellungsmodell ist mit den gültigen Richtlinien kompatibel. Es kann also sofort umgesetzt werden. □

Das Potenzial kommunaler Daten müsse genutzt werden, um die Lebensqualität der Menschen in den Städten zu steigern, Verwaltungsabläufe zu optimieren und neue Geschäftsmodelle zu entwickeln, so Dedy. Ziel sei es, kommunale Daten schnell, einfach, sicher und anwendungsbezogen bereitzustellen. Dabei habe der Schutz persönlicher Daten oberste Priorität. Ein Element für den Schutz von Daten sei die IT-Sicherheit. Es müsse sichergestellt sein, dass staatlich erhobene Daten auch beim Staat bleiben.

## Förderdschungel

Der Bund habe die Förderwürdigkeit der Digitalisierung von Kommunen erkannt. Dies sei erfreulich, denn die Städte benötigten diese Unterstützung bei der Digitalisierung. Dedy mahnt in diesem Zusammenhang jedoch „eine klare Förderstruktur“ an. Die bisher aufgelegten Förderprogramme stammten aus fünf Bundesministerien, hinzu kämen die Programme der Länder. Problematisch sei die fehlende Abstimmung.

„Weder die Städte noch der Bund selbst durchschauen den Förderdschungel. Die Programme müssen abgestimmt und miteinander verzahnt werden. Dabei geht es nicht nur ums Geld. Es braucht auch Koordination, damit offene Standards und der fachliche Wissenstransfer den Städten zu Gute kommen. Hierfür sind die Städte auch bereit, Standardisierungen auf Länder-, Bundes- oder europäischer Ebene anzuwenden“, unterstreicht der Hauptgeschäftsführer. **DK**

Leistungsfähige Breitbandnetze:

## Wichtiger Beitrag zur Digitalisierung und Krisenbewältigung

Von Dr.-Ing. Rainer Bauer, Ministerialdirigent  
im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Der Arbeitsplatz ersetzt das Büro im Unternehmen, Unterrichtsmaterial wird über Lernplattformen an Schülerinnen und Schüler verteilt und manch früherer Gang zum Amt erübrigt sich durch digitale Verwaltungsdienstleistungen. Diese Möglichkeiten, die sonst den Alltag erleichtern sollen, tragen derzeit zur Krisenbewältigung bei und stärken die Durchhaltefähigkeit der Wirtschaft, des Bildungswesens und der öffentlichen Verwaltung.

Während der Datendurchsatz pro Sekunde am Internetknoten DE-CIX in Frankfurt im Jahr 2019 durchschnittlich zwischen 4 und 5,5 Terabit pro Sekunde betrug, stieg im März 2020 der durchschnittliche Datendurchsatz auf über 6 Terabit pro Sekunde, in der Spitze sogar auf über 9 Terabit pro Sekunde – bis dahin der höchste Datendurchsatz aller Zeiten. Das Rückgrat für diesen massiven Datenaustausch bilden leistungsfähige Glasfasernetze, die hohe Bandbreiten zuverlässig ermöglichen.

Im Freistaat Bayern wird der Breitbandausbau seit 2014 massiv in der Fläche vorangetrieben. Die Datenerhebung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (Stand Mitte 2019) macht den Fortschritt deutlich: Inzwischen sind 95,3 % der bayerischen Haushalte mit mind. 30 Mbit/s versorgt, Ende 2013 waren es lediglich 61,0 %. Neben dem eigenwirtschaftlichen Ausbau durch die Telekommunikationsunternehmen haben über 2.900 Projekte im Rahmen

der bayerischen Breitbandförderung insbesondere im ländlichen Raum zur Verbesserung der Versorgung beigetragen: Hier stieg



Dr.-Ing. Rainer Bauer.

der Anteil der mit 30 Mbit/s versorgten Haushalte von 27,1 % auf 88,7 % – eine Verbesserung um über 61 Prozentpunkte.

Der Ausbau der Netze erfordert hohes finanzielles Engage-

ment. Allein für die seit 2013 mit dem bayerischen Förderprogramm angestrebten Projekte stellt der Freistaat 1,08 Mrd. Euro zur Verfügung. Hinzu kommt ein Anteil der bayerischen Gemeinden in Höhe von über 304 Mio. Euro. Parallel nehmen über 200 Gemeinden das Förderprogramm des Bundes zur Unterstützung des Breitbandausbaus in Anspruch. Auf diesem Weg werden zusätzlich Bundes-, Landes- und kommunale Mittel in Höhe von voraussichtlich über 520 Mio. Euro in den Ausbau der bayerischen Netze fließen.

### Erweiterte Förderung

Mit Blick auf digitale Unterrichtsformen, Telemedizin und E-Government steht die Anbindung von öffentlichen Schulen, Plankrankenhäusern und Rathäusern im besonderen Fokus staatlichen Handelns. Im September 2019 wurde die seit Juni 2018 existierende Förderung von Glasfaseranschlüssen für öffentliche Schulen und Plankrankenhäuser um Rathäuser erweitert.

Über 4.100 Einrichtungen haben Interesse an der Förderung angemeldet. 1.367 Einrichtungen haben bis Ende März 2020 Förderbescheide über insgesamt rund 40 Mio. Euro erhalten. Besonders erfreulich ist, dass rund

1.200 Einrichtungen auf anderem Wege in den vergangenen Jahren einen Glasfaseranschluss realisieren konnten.

Die Vielfalt und der Umfang digitaler Anwendungen nimmt kontinuierlich zu. Damit steigen die Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der Netze stetig. Ziel der bayerischen Staatsregierung ist daher der Ausbau flächendeckender Gigabitnetze. In einem liberalisierten Telekommunikationsmarkt stehen hierbei zu allererst die Netzbetreiber in der Verantwortung, ihre Netze zukunfts- fest aufzurüsten und zu erweitern.

Fest steht aber auch, dass gerade im ländlichen Raum der Ausbau nur mit Förderung angestoßen werden kann. Mit der am 2. März 2020 in Kraft getretenen bayerischen Gigabitrichtlinie stellt der Freistaat ein Förderinstrument für die nächste Stufe der Breitbandförderung bereit.

Unser Gigabitförderprogramm ist das erste, das auch eine Förderung in sog. Grauen Flecken erlaubt. In den Verhandlungen mit der EU-Kommission waren daher grundsätzliche Fragen zu klären. Staatsminister Albert Füracker konnte in einem Gespräch mit der Kommission in Brüssel schließlich den Weg freimachen.

### Werkzeugkasten für den Gigabitausbau

Die Gemeinden können nun – übrigens als eine der ersten in der Europäischen Union – den Glasfaserausbau auch in Gebieten vorantreiben, die zwar bereits mit mind. 30 Mbit/s versorgt sind, aber noch nicht über eine gigabitfähige Infrastruktur verfügen. Mit dem Gigabitförderprogramm, dem Programm zur Förderung von Glasfaseranschlüssen für öffentliche Schulen, Plankrankenhäuser und Rathäuser, sowie der Kofinanzierung des Breitbandförderprogramms des Bundes und den unterschiedlichen Umsetzungsmöglichkeiten (Förderung der Wirtschaftlichkeitslücke oder Betreibermodell) steht ein „Werkzeugkasten“ zur Verfügung, der sehr flexible Fördermöglichkeiten für den Gigabitausbau bereitstellt.

Nur durch eine gemeinsame Anstrengung aller Beteiligten – Telekommunikationsunternehmen, Bund, Freistaat und Gemeinden – kann das ambitionierte Gigabitziel erreicht werden. Die sich derzeit offenbarende Bedeutung digitaler Infrastruktur wird die Umsetzung voraussichtlich weiter forcieren.

## Kaniber startet Online-Plattform „Lokal-Helden“

Wo gibt es jetzt noch schmackhaftes Essen, wie man es aus dem Wohnzimmer oder der Restaurantküche kennt? Bayernweit entwickeln Wirte kreative Strategien, um ihre Betriebe trotz der geltenden Ausgangsbeschränkungen aufrecht zu erhalten. Denn Essensangebote zum Mitnehmen oder per Lieferservice sind weiterhin möglich. Das Landwirtschaftsministerium bündelt jetzt diese Angebote übersichtlich auf der Online-Plattform „Lokal-Helden“ ([www.lokalhelden.bayern](http://www.lokalhelden.bayern)).

„Die beste Möglichkeit, uns und unsere Mitmenschen zu schützen, ist Abstand zu halten. Das heißt aber nicht, dass wir daheim auf Angebote unserer regionalen Küche verzichten müssen. Die Lokal-Helden-Initiative hilft allen: Die Land- und Ernährungswirtschaft kann ihre Produkte weiterhin absetzen, die Gastronomie läuft unter neuen Vorzeichen weiter und die Verbraucher werden bestens versorgt“, sagte Ernährungsministerin Michaela Kaniber. Partner des Projekts der Genussakademie Bayern am Kompetenzzentrum für Ernährung sind der Bayerischen Rundfunk und der bayerische Hotel- und Gaststättenverband.

Aktuellen Schätzungen zufolge sind 50 Prozent der bayerischen gastronomischen Betriebe durch die Corona-Krise in ihrer

Existenz bedroht. Viele Wirtschaftser suchen deshalb nach neuen Geschäftsmodellen. „Lokal-Helden“ vereint sämtliche Angebote in Bayern. Sie werden auf der Website auf einer Landkarte angezeigt. Neben Kontaktdaten und Beschreibung der Wirtshäuser sind die Angebote nach „Lieferservice“ und „Speisen zum Abholen“ kategorisiert.

### Teilnahme erwünscht

Alle gastronomischen Betriebe sind aufgerufen, teilzunehmen. Insbesondere kleine, heimische Wirtshäuser mit Klassifizierungen wie „Ausgezeichnete Bayerische Küche“, „Wirt sucht Bauer“, „Bauernhofgastronomie“ und „Kulinarisches Erbe Bayern“ sollen mit der Plattform unterstützt werden.

## Die Vielfalt der Förderlandschaft

Bestmögliche Nutzung und Kombination  
der bereitstehenden Verfahren  
Von Dipl.-Ing. Roland Werb, Corwese

Mit der Veröffentlichung der neuen bayerischen Gigabitrichtlinie hat der bayerische Staat europaweit einen Quantensprung bei der Förderung des Ausbaus schneller Breitbandnetze erreicht. Während bisher nur „weiße Flecken“ (Bereiche ohne ein 30 Mbit/s-Netz) förderfähig waren, erstreckt sich die Förderung nunmehr auch auf „Graue Flecken“, d.h. auf Bereiche mit nur einem 30 Mbit/s-Netz.

Was heißt das nun für ein Beratungsunternehmen in der Praxis? Entscheidend ist Genauigkeit; es geht schließlich um die Förderung von FTTB-Netzen (Glasfaser bis in die Häuser) und da muss individuell wirklich jeder Anschluss bereits zu Verfahrensbeginn betrachtet werden, damit das Verfahren sauber durchläuft und die Kommunen und Bürger den größtmöglichen Nutzen ziehen können. Welche Bitraten liegen heute schon an den betrachteten Anschlüssen an, handelt es sich um privat oder gewerblich genutzte Anschlüsse, welche Netzbetreiber sind vorhanden? Der Aufwand für einen Einstieg in das Förderverfahren liegt zu einem großen Teil vor Verfahrensstart.

### Markterkundung

Dazu bekommen die Kommunen von den jeweiligen Vermessungsämtern vorgefertigte Adresslisten, die sie bzw. deren Berater zu befüllen haben. Nach ersten Erfahrungen ist dies ein sehr praktikabler Weg. Wir als Berater überprüfen dann, ob die in den Listen gelieferten Angaben stimmen, treffen in Abstimmung mit der Kommune Aussagen zu privater oder gewerblicher Nutzung, legen die „schwarzen Flecken“ fest, die für eine Förderung ausscheiden und starten dann in die Markterkundung.

Fundamentale Basis dieser Markterkundung ist eine hausgenaue Adressliste, die mit sehr viel Sorgfalt von allen Seiten zu erstellen ist – schließlich darf weder ein Anschluss übersehen werden, noch einer zu viel aufgeführt sein, was unter Umständen zur Verletzung der Förderbedingungen führt.

### Standardbeispiel

Wie komplex das Thema ist, sei an einem einfachen Standardbeispiel erläutert: Häufig liegt in einer Gemeinde eine Versorgung der Vodafone/Kabel Deutschland sowie eine Versorgung über die Telekom oder eines vergleichbaren Anbieters vor. Letztere ist überwiegend als Verteilerlösung realisiert worden (Glas bis zu den Verteilern, letzte Meile zum Endverbraucher über Kupfer). Beide Bereiche überlappen sich. In erster Näherung ist förderfähig all das, wo nicht Kabel Deutschland versorgt. Abzüglich natürlich Bereiche, in denen schon FTTB-Netze ausgebaut sind.

Nun kommt aber noch die Unterscheidung private/gewerbliche Nutzung ins Spiel. Die mit diesen Filterungen beaufschlagte Adresslisten gehen schließlich in die Markterkundung, die wie immer zwei Aufgaben hat:

- Prüfung der Korrektheit der Angaben der Kommune/des Beraters
- Aufzeigen von eigenwirtschaftlichen Ausbauplänen, die die Anforderungen der Richtlinie erfüllen.

Nach Auswertung der Antworten zur Markterkundung kann sich daher das förderfähige Gebiet weiter verkleinern, wenn beispielsweise ein Anbieter einen Eigenausbau geltend macht. Dies kann auch durch Einsatz der sog. Supervectoring-Technik

erfolgen. Nach Klärung all dieser Themen geht es dann erst in die eigentliche Ausschreibung.

Neu ist, dass in Bayern nunmehr auch Betreibermodelle zugelassen sind. Als Laie meint man, dass dies für eine Kommune uninteressant sei, es gibt aber genügend Fälle, in denen ein Betreibermodell durchaus ein interessanter Ansatz ist. Wir, die Corwese GmbH beraten Sie dazu sehr gerne.

### Komplexe Auswahl

Die bayerische Gigabit-Richtlinie stellt für gewerbliche Anwendungen richtigerweise höhere Ansprüche als bei reiner Privatnutzung. Diese Unterscheidung nach gewerblicher und privater Nutzung macht die Auswahl des richtigen Förderverfahrens aber noch etwas komplexer.

So kann es beispielsweise vorkommen, dass im Rahmen der Gigabitförderung ein Gewerbeanschluss förderfähig ist, der in einem für Privatnutzung nicht förderfähigen Gebiet liegt. Umgekehrt fällt beispielsweise ein Gewerbeanschluss aus der Förderfähigkeit heraus, wenn dieser in einem Vodafone/Kabel Deutschland – Gebiet liegt. Gleiches kann für Schulen und Rathäuser gelten.

### Sonderauftrag Gewerbe

Hier ist nun die optimale Kombination der diversen Förderverfahren gefragt. So gibt es zum Beispiel vom Bund den Sonderauftrag Gewerbe. Hier gilt von Haus aus eine andere Aufgreifschwelle. Nach Auffassung des Bundes gilt ein Anschluss nur dann als versorgt, wenn die Zahl seiner internetverbundenen Arbeitsplätze multipliziert mit 30 Mbit/s gegeben ist, ansonsten kann ein solcher Anschluss über den Bund gefördert werden. Auch hier muss also fallweise sehr genau hingeschaut werden.

Voraussetzung für die Förderfähigkeit ist aber hier wiederum die Tatsache, dass es sich um einen zusammenhängenden, offiziell als Gewerbegebiet ausgewiesenen Bereich handelt. Getrennt betrachtet werden müssen auch die Anschlussmöglichkeiten von Schulen und Rathäusern nach der WLAN-Richtlinie des Freistaates.

### Erfahrung und Ideenreichtum

Eine Beschränkung der Anwendbarkeit des neuen bayerischen Verfahrens kann auch in der Überschreitung der vorgegebenen Förderhöchstsätze liegen. In diesem Falle wäre wiederum die Anwendung des Bundesförderverfahrens geboten, damit der für die Gemeinde optimale Eigenanteil zum Tragen kommt.

Fazit: Der Freistaat Bayern hat mit seiner neuen Richtlinie ein Superprogramm aufgelegt. Um ein für die Kommune optimales Preis-Leistungsverhältnis zu erreichen, ist die optimale Kombination aller möglichen Förderverfahren geboten. Dazu braucht es praktische Erfahrung und den notwendigen Ideenreichtum.

Wir, die Corwese GmbH, stehen Ihnen gerne zur Seite. □

## Die Bayerische Gemeindeordnung, die Digitalisierung und ein update

Mit Blick auf den Schutz vor weiterer Verbreitung des Corona-Virus hat das Bayerische Innenministerium in einem Schreiben an Landratsämter, Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und Bezirke Empfehlungen zur Vorgehensweise bei öffentlichen Sitzungen dieser kommunalen Gremien gegeben. Vorangegangen waren ein Schreiben des CSU-Fraktionsvorsitzenden im Landshuter Stadtrat Rudolf Schnur sowie eine Anfrage von KPV-Landesvorsitzendem Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries).

Laut Mitteilung des Bayerischen Innenministeriums werden die Gremien gebeten, „Sitzungen dieser kommunalen Gremien bis auf weiteres auf ein Mindestmaß zu beschränken und den rechtlichen Rahmen, den Gemeindeordnung, Landkreisordnung und Bezirksordnung bieten, zu nutzen, um in der derzeitigen Situation entsprechend der örtlichen Gegebenheiten und der weiteren Entwicklung der Lage flexibel entscheiden zu können“.

Den Städten und Gemeinden wird empfohlen, bis zum Ende der Wahlperiode am 30.04.2020 kurzfristig einen Ferienausschuss einzusetzen bzw. die Ferienzeiten eines bestehenden Ferienausschusses hieran anzupassen. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Situation sei dies auch analog für Kreistage anzuwenden.

Für diesen Fall hält es das Innenministerium – ungeachtet des für Sitzungen geltenden Öffentlichkeitsgrundsatzes – ausnahmsweise für zulässig, Umlaufbeschlüsse im schriftlichen oder elektronischen Verfahren zu fassen. Ein Umlaufbeschlussverfahren könnte freilich allenfalls von den Gesundheitsbehörden aus infektionsschutzrechtlichen Gründen angeordnet werden.

Der CSU-Fraktionvorsitzende im Landshuter Stadtrat, Rudolf Schnur, hatte sich im Vorfeld wie folgt geäußert: „Wenn es zu einer Krisensituation kommt, müssen ehrenamtliche Gemeinde- und Stadträte feststellen, dass die Gemeindeordnung seit Jahrzehnten hinsichtlich moderner Sitzungsformen stillsteht.“ Dabei seien Telefon- und Videokonferenzen, zumindest Abstimmungen im Um-

laufverfahren durch Telekommunikationsgeräte wie Telefax oder E-Mail, fester Bestandteil im Wirtschaftsleben und zum Teil auch schon in der öffentlichen Verwaltung.

Sicheres Online-Banking ist Schnur zufolge millionenfaches Tagesgeschäft und Standard. Für Entscheidungen in Gemeinde- und Stadträten sei das freilich alles kein Thema. Hier bestehe persönliche Anwesenheitspflicht. Von Übertragung der Stimme mittels Datenleitungen keine Spur.

„Jetzt in Zeiten des Coronavirus entfallen Sitzungen aus Vorsichtsgründen, da die meisten Sitzungen öffentlich durchgeführt werden sollen“, so der Fraktionschef. Sein Appell: „Höchste Zeit für den Ministerpräsidenten, seinen Innenminister und den bayerischen Landtag, der Gemeindeordnung ein update zukommen zu lassen und der modernen Technik Geltung zu verschaffen!“

### Kommunale Handlungsfähigkeit aufrechterhalten

In einem Schreiben an Kommunalminister Joachim Herrmann hatte der KPV-Landesvorsitzende, Landrat Stefan Rößle, darauf verwiesen, dass „gerade wir als politische Entscheider in der Verantwortung stehen, der Gesundheit der Bevölkerung, aber auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Ämtern höchste Priorität einzuräumen“. Deshalb würden derzeit vielerorts alle kommunalen Gremiensitzungen abgesagt.

Leider würden dadurch auch essenzielle Beschlüsse wie Haushaltsverabschiedungen, die ent-

scheidend für die kommunale Arbeitsfähigkeit sind, lange hinausgezögert, betonte Rößle. Wichtige Projekte könnten so nicht weiterverfolgt bzw. dieses Jahr noch umgesetzt werden.

Aus diesem Grund hatte der Landrat Minister Herrmann gebeten, prüfen zu lassen, ob in Ausnahmefällen eine Beschlussfassung der kommunalen Gremien im Umlaufverfahren ggf. über eine Gesetzesänderung ermöglicht werden könnte. Damit sei die Handlungsfähigkeit der Kommunen in diesen schwierigen Zeiten noch wirksamer aufrechtzuerhalten.

DK

Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes:

## Lob und Kritik

Reaktionen von DStGB, bvse, VKU und NABU

Das Bundeskabinett hat den Gesetzesentwurf zur Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes auf den Weg gebracht. Damit will die Bundesregierung die Abfallvermeidung verbessern und das Recycling verstärken. Das EU-Kreislaufwirtschaftspaket wurde im Juni 2018 von der Europäischen Union verabschiedet. Bis 5. Juli 2020 muss es in nationales Recht umgesetzt werden.

In einer Stellungnahme hat der DStGB darauf hingewiesen, dass er von der KrWG-Novelle eine Stärkung der kommunalen Steuerungsverantwortung im Bereich der Abfallentsorgung erwartet. Zusätzlich fordert er einen Ausbau der Herstellerverantwortung. Die kommunale Steuerungsverantwortung garantiert aus Sicht des Verbandes eine langfristig gesicherte Entsorgung auf hohem ökologischen Niveau und zugleich einen attraktiven Service für die Bürgerschaft zu kostendeckenden Gebühren. Dass die deutsche Entsorgungswirtschaft insbesondere wegen hoher Verwertungsquoten international Maßstäbe setzt, sei ein Verdienst der Städte und Gemeinden.

### Rolle der kommunalen Entsorgungsträger stärken

„Nachdrücklich zu kritisieren ist, dass der Entwurf des Kreislaufwirtschaftsgesetzes kein Klagegerecht der kommunalen Entsorgungsträger bei gewerblichen Sammlungen mehr vorsieht. Das ist im Vergleich zum Referentenentwurf ein Rückschritt und wird dem hohen Anspruch, den auch die Bürgerschaft mit Recht an eine kommunal verantwortete Abfallentsorgung stellt, nicht gerecht“, stellte DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg klar. „Wenn wir den Ressourcen- und Umweltschutz ernsthaft stärken wollen, muss die Rolle der kommunalen Entsorgungsträger gestärkt und nicht geschwächt werden.“

Die Novelle des KrWG müsse darüber hinaus eine noch stärkere Einbindung von Herstellern und Vertreibern von Einwegkunststoffprodukten vorsehen, fuhr Landsberg fort. Den Kommunen und damit auch den Gebührenzahlern seien in den vergangenen Jahren durch eine zunehmende Vermüllung des öffentlichen Raums (Littering) immer höhere Kosten für die Beseitigung der Abfälle und die Reinigung der öffentlichen Räume entstanden. Dem müsse wirksam begegnet werden. Dafür sei es notwendig, dass alle „litteringintensiven“ Produkte in die Herstellerverantwortung einbezogen werden. Hier müsse das Verursacherprinzip voll zur Anwendung kommen.

Wesentliche Voraussetzung ist es Landsberg zufolge, dass die Hersteller schon bei der Produktion von Waren auf die Ressourceneffizienz, Recyclingfähigkeit und Um-

weltverträglichkeit achten. Demzufolge müsse eine Nichtbeachtung für die Hersteller und Verreiber finanziell spürbar sein.

Grundsätzlich begrüßt wird die Novelle des KrWG vom bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung, bringe sie doch durchaus Fortschritte für das Ziel hin zu einer modernen Kreislaufwirtschaft durch eine Stärkung des Recyclings von Abfällen. Allerdings bleibe die Novelle teilweise sehr deutlich hinter ihren Möglichkeiten zurück, so der bvse.

Positiv wertet der Verband, dass der neue Entwurf eine kommunale Klagebefugnis im Anzeigeverfahren für gewerbliche Sammlungen nicht mehr vorsieht. Ein Festhalten an dem ursprünglichen Vorhaben hätte private Sammlungsstrukturen zugunsten der Kommunen weiter geschwächt, weil das gesetzlich vorgesehene Anzeigeverfahren „faktisch“ zu einem Genehmigungsverfahren umfunktioniert worden wäre, das sich über etliche Monate oder gar Jahre hätte hinziehen können.

### Gefährdete Sammelstrukturen

Nachdem die kommunale Klagebefugnis im neuen Gesetzesentwurf gestrichen worden ist, drohe der gewerblichen Sammlung jedoch an anderer Stelle ein neues Problem. Der neue Gesetzesentwurf sieht nicht nur vor, dass die Herstellerverantwortung nicht nur die freiwillige Rücknahme von selbst in den Verkehr gebrachten Produkten beinhaltet, sondern wird auch auf Produkte anderer Hersteller erweitert. „Die Erweiterung auf Produkte anderer Hersteller birgt allerdings enorme Risiken. Diese kann künftig bereits dann möglich sein, wenn die Rücknahme und Verwertung mindestens gleichwertig zu dem des öffentlichen rechtlichen Entsorgungsträgers sind. Die gut etablierten Sammelstrukturen, zum Beispiel im Alttextilbereich, würden dadurch gefährdet werden, denn es ist zu erwarten, dass die Hersteller bei der freiwilligen Rücknahme ihren Fokus auf die hochwertigen Materialien legen“, kritisierte bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock.

Noch einmal deutlich verschlechtert hat sich nach Meinung des bvse jedoch § 45 „Pflichten der öffentlichen Hand“. Diese Regelung soll eigentlich dazu dienen, dem Markt der Recyclingprodukte

einen deutlichen und nachhaltigen Impuls zu geben. Laut Rehbock entpuppt sich diese Regelung jedoch inzwischen als „eine Art Mogelpackung“. Nachdem bereits im ersten Entwurf Mitte 2019 eine eher halbherzige Regelung ohne Sanktionsandrohung oder zumindest Nachweisverpflichtung auf Kritik des bvse stieß, wurde die Pflicht zur Bevorzugung nun noch weiter abgeschwächt. Der Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung mahnt deshalb an, hier deutlich nachzubessern. Zumindest müsse eine jährliche Berichtspflicht eingeführt werden, um transparent zu machen, ob die angestrebte Bevorzugung von Recyclingprodukten tatsächlich umgesetzt wird.

„Im Hinblick auf die ökologischen Ziele der EU-Abfallrahmenrichtlinie hat das Bundesumweltministerium einen guten Entwurf erarbeitet“, erklärte VKU-Vizepräsident Patrick Hasenkamp. Sorge bereite allerdings die mögliche Schwächung kommunaler Erfassungsstrukturen. Die Kommunen seien das Rückgrat der hochentwickelten deutschen Kreislaufwirtschaft. Ihre Position dürfe – auch im Sinne der ökologischen Ziele – nicht geschwächt werden.

„Wir begrüßen, dass das Bundeskabinett eine Obhutspflicht für den Versandhandel einführen möchte, der die Vernichtung von Retouren unterbinden soll. Auch in anderen Bereichen bewirkt der Online-Handel leider ökologische Rückschritte: Die wachsende Menge an Kartons belastet die kommunale Altpapiersammlung und die eigentlich vorgeschriebene Rücknahme von Elektrogeräten funktioniert kaum“, machte Hasenkamp deutlich. Hier müsse dringend gegengesteuert und der Online-Handel an seine ökologische Verantwortung erinnert werden.

### Recyclingquoten werden schöngerechnet

Seit Jahren werden aus Sicht des VKU europaweit Recyclingquoten schöngerechnet. Die Methode: Nicht das, was als Sekundärrohstoff aus einer Recyclinganlage rauskommt, fließt in die Quote mit ein, sondern das, was in die Anlage hineingegeben wird, inklusive nicht recycelbarer Fremdstoffe. Die Folge: Die ausgewiesenen Quoten sind höher als die tatsächlich recycelten Mengen.

Damit soll nun Schluss sein, unterstrich Hasenkamp: „Gut, dass dieser Missstand angegangen wird. Die Branche braucht endlich aussagekräftige Quoten. Klar ist aber auch, dass dies die deutsche Entsorgungswirtschaft vor erhebliche Herausforderungen stellt. Die Quoten werden erst einmal nied-

riger ausfallen als bisher – die Anforderungen bleiben. Umso wichtiger ist es, die kommunale Getrennterfassung zu stärken – eine der wichtigsten Voraussetzungen für hochwertiges Recycling. Die neuen Getrenntsammlungspflichten der Kommunen, die sich erstmals auch auf Alttextilien erstrecken, werden von den kommunalen Entsorgungsunternehmen zuverlässig umgesetzt werden.“

Als hoch problematisch betrachtet der VKU-Vizepräsident die erweiterte Zulassung von freiwilligen Rücknahmen von Produktabfällen durch Hersteller und Verreiber. Hersteller sollen in Zukunft Abfälle aus eigenen Produkten sowie auch aus Fremdprodukten annehmen können. „Naturgemäß werden Hersteller und Verreiber nur solche Produktabfälle zurücknehmen, mit denen sich Geld verdienen lässt, wie z. B. Alttextilien oder Metallabfälle. Für die Kommunen bleiben dann im schlimmsten Fall nur noch Rest- und Sonderabfälle übrig. Die Politik muss die Frage beantworten, wie in Deutschland ein gut ausgebautes Netz von Wertstoffhöfen funktionsfähig erhalten werden soll, wenn sich zugleich jede Supermarktfiliale zum Wertstoffentsorger erklären kann.“ Nach Überzeugung des VKU können freiwillige Rücknahmen von herstellereigenen Produktabfällen nur dann zugelassen werden, wenn damit ein nachgewiesener Vorteil für die Kreislaufwirtschaft verbunden ist.

### Kommunale Klagebefugnis

Sorge bereitet dem VKU auch, dass öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger wohl nicht wie erwartet gegen gewerbliche Sammler von Haushaltsabfällen klagen dürfen, wenn die gewerbliche Sammlung der kommunalen Sammlung Wertstoffe entzieht und so die kommunale Entsorgung beeinträchtigt. „Eine Klagebefugnis der Kommunen ist dringend erforderlich, um gleiche Bedingungen herzustellen. Da sich gewerbliche Sammler gegen behördliche Verfügungen gerichtlich wehren können, muss auch der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger klagen können, wenn die Behörde eine angezeigte gewerbliche Sammlung einfach durchwinkt“, so Hasenkamp.

Lob und Kritik kam auch vom Naturschutzbund Deutschland. Begrüßt werden zahlreiche Neuerungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, insbesondere weitergehende Anforderungen an die Abfallvermeidung, die Produktverantwortung sowie an die Abfallberatung. Der aktuelle Entwurf werde somit eher dem Anspruch gerecht, die Abfallhierarchie umzusetzen.

### Übergeordneter Plan fehlt

Gleichzeitig bedauert der NABU, „dass ein übergeordneter Plan zum Übergang von einer linearen zu einer Kreislaufwirtschaft zu fehlen scheint. Der Gesetzgeber hat die Aufgabe, unseren Lebensstandard zu verbessern und dabei gleichzeitig unseren Ressourcenverbrauch nicht nur zu entkoppeln, sondern auf ein technisch machbares Minimum zu senken. Für diese Transformation unseres wirtschaftlichen Handelns hat der zukünftige Umgang mit unseren Abfällen eine zentrale Bedeutung.“

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, klare und verbindliche Abfallvermeidungsziele in das Gesetz zu übernehmen, die (Vorbereitung zur) Wiederverwendung und insbesondere ReUse- und Reparaturbetriebe sowie -Netzwerke stärker zu fördern, und die Verpflichtung zum Recycling von Siedlungsabfällen bis 2035 auf 90 Prozent zu erhöhen. Zudem müsse die Biotonne verpflichtend in ganz Deutschland eingeführt und die Produzentenverantwortung rechtssicher gestaltet werden. Auch seien die Pflichten bei Abfallvermeidung, -beratung und beim Vollzug des Kreislaufwirtschaftsgesetz strikter zu fassen. DK

Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen:

## Vom richtigen Umgang mit Bioabfall und Batterien

Die kürzlich vorgelegte erste Bilanz der Biotonne-Einführung im Landkreis Berchtesgadener Land betrachtet der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen als Bestätigung seiner Forderung, eine Biotonne für jeden bayerischen Haushalt anzubieten. Erstmals wurden im April 2019 mit ihrer Einführung die Bioabfälle im Landkreis Berchtesgadener Land getrennt erfasst.

Wie die Bilanz ausweist, wurden aus den Bioabfällen (Erfassung über die Biotonne) etwa 625.000 kWh Strom erzeugt, was einem jährlichen Strombedarf von ca. 110 Vier-Personen-Haushalten entspricht. Darüber hinaus wurden noch etwa 750.000 kWh Wärme produziert, die zu 50 Prozent für die Beheizung von Produktion, Büro, Werkstatt und Häusern sinnvoll genutzt wurde. Somit konnten ca. 37.500 Liter Heizöl eingespart werden. Neben Strom und Wärme wurden im zweiten Schritt nach Durchlaufen der Biogasanlage etwa 1.800 Tonnen Kompost erzeugt. Dadurch konnten ca. 1.200 m<sup>3</sup> Torf eingespart werden, was einer jährlichen, nicht abgebauten Torffläche von ungefähr vier Hektar entspricht.

### Einsatz für flächendeckende Biotonne

Die mittelständisch geprägten bayerischen privaten Entsorgungsunternehmen sehen diese beeindruckenden Zahlen als Bestätigung ihres Einsatzes für die flächendeckende Biotonne: Abfälle getrennt zu erfassen, ist laut VBS-Geschäftsführer Rüdiger Weiß die Voraussetzung für hochwertiges Recycling. Gerade Bioabfälle ließen sich besonders gut verwerten. Doch ausgerechnet hierbei stellten sich einige Kommunen und Landkreise im Freistaat immer noch quer. Die seit Januar 2015 bestehende Verpflichtung, Bioabfälle getrennt zu erfassen, werde oft nicht konsequent umgesetzt bzw. gezielt umgangen.

„Wenn beispielsweise verlangt wird, dass die Bürger ihren Bioabfall zu zentralen Sammelpunkten bringen, dann ist das nichts anderes als der Versuch, die geltende Gesetzeslage zu umgehen. Kein Mensch fährt seinen Biomüll zum Wertstoffhof! Daher landet er

viel zu häufig in den kommunalen Verbrennungsanlagen“, betonte Weiß. Er appellierte deshalb an die Verantwortlichen, das Kreislaufwirtschaftsgesetz im Sinne des Klima- und Ressourcenschutzes endlich ernst zu nehmen und jedem Bürger in Bayern direkten Zugang zu einer Biotonne zu ermöglichen.

Zum Vergleich: In Schleswig-Holstein und Hessen werden jeweils über 90 Kilogramm je Einwohner und Jahr über die Biotonne erfasst, während dieser Wert in Bayern nur bei 56 Kilogramm liegt. Ein wesentlicher Grund hierfür ist die nahezu flächendeckende Einführung der Biotonne in diesen beiden Bundesländern.

Erneuert wurde vom VBS auch die Forderung nach Pfandpflicht für Batterien. Beim traditionellen Nassabfalltreffen der Firma Hans Schmidt GmbH & Co. KG in Fürth, in dessen Zentrum gefährliche Abfälle, u.a. auch der richtige Umgang mit Lithium-Batterien, standen, sprach VBS-Präsident Otto Heinz von einer sich zuspitzenden Situation. Es vergehe keine Woche, in der es nicht irgendwo in Deutschland in Entsorgungsfahrzeugen, Betriebshöfen oder Sortieranlagen brennt, weil Lithium-Batterien nicht richtig entsorgt wurden.

„Mit einem Pfand ab 9 Volt Spannung hätten wir die Chance, den Akkus einen Wert zuzuschreiben und könnten so einen fachgerechten Umgang bei der Entsorgung erreichen“, hob Heinz hervor. Aus Sicht des Verbandes wäre es außerdem notwendig, dass Batterien und Akkumulatoren ausbaubar sind, und die Mindestsammelquote im Batteriesetz von bislang 45 auf 80 Prozent erhöht wird. Auch sei eine einheitliche Kennzeichnung von Geräten mit hochenergetischen Akkumulatoren durch die Hersteller verpflichtend einzuführen. DK

## Bestandsaufnahme über den Zustand der Umwelt

Landesamt für Umwelt veröffentlichte Umweltbericht Bayern 2019

Der Primärenergieverbrauch geht zurück, der Ausbau erneuerbarer Energien schreitet voran, die Ressourcennutzung wird immer effizienter, und der Ökolandbau nimmt zu. „Das bestätigt der aktuelle Umweltbericht Bayern 2019. Darin erfassen und bewerten wir anhand von Umweltindikatoren den Zustand der Umwelt in Bayern umfassend und objektiv“, teilte Claus Kumutat, Präsident des LfU, in Augsburg mit.

Der Bericht befasst sich auf insgesamt 100 Seiten unter anderem mit den Themen Flächenverbrauch, Artenvielfalt und Schutz der Lebensräume. Auch die Auswirkungen von Landwirtschaft und Verkehr werden analysiert.

Beim Klimaschutz kommt der Bericht zu dem Ergebnis, dass die energiebedingten Kohlendioxidemissionen im Zehn-Jahres-Trend rückläufig sind und jetzt bei 6,1 Tonnen je Einwohner und Jahr und damit unter dem Durchschnitt für Deutschland (9,0 Tonnen) liegen. Dazu trägt laut Bericht der insgesamt rückläufige Verbrauch an Primärenergie bei, der im aktuellen Bewertungszeitraum (2008 bis 2017) erstmals zu beobachten war. Gleichzeitig wächst der Anteil der erneuerbaren Energien daran stetig.

Handlungsbedarf sieht der Umweltbericht beim Thema Lärm durch den Straßenverkehr sowie beim Arten- und Lebensraumschutz. Im Bereich der Landwirtschaft hat der Ökolandbau in den

letzten Jahren einen starken Zuwachs erfahren, sein Anteil liegt inzwischen bei 11 Prozent. Immer mehr ökologisch wirtschaftende Landwirtschaftsbetriebe leisten auf ihren Flächen einen wichtigen Beitrag zum Boden- und Naturschutz.

Den aktuellen Zustand der Umwelt in Bayern bewertet das Bayerische Landesamt für Umwelt im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz bereits zum vierten Mal nach 2007, 2011 und 2015. Insgesamt wurden dafür Daten aus über 40 Messprogrammen mit rund 9.000 Mess- und Beobachtungsstellen herangezogen. Der Umweltbericht ist mehr als reine Statistik: Er liefert Denkanstöße und zeigt, was jede und jeder Einzelne zum Umweltschutz beitragen kann. Rund um die Themen Wasser, Boden, Luft und Natur finden Politik, Wissenschaft und die interessierte Öffentlichkeit eine Fülle an Informationen. □

## Wurst Dosen kontra Verpackungsmüll

Landkreis Amberg-Weilburg, ZEN und Metzgerinnung stellen wiederverwendbare Wurst Dosen vor

Beim Einkauf in der Metzgerei fällt jedes Mal Verpackungsmüll an. Das können sich die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Amberg-Weilburg künftig sparen. Mit wiederverwendbaren Wurst Dosen bringt der Landkreis in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit (ZEN) in Ensdorf und der Metzgerinnung Amberg-Weilburg ein innovatives und nachhaltiges Projekt auf den Weg.

„Unser Ziel ist es, den Klimaschutz im Landkreis immer weiter zu entwickeln“, erklärt Landrat Richard Reisinger, der das Thema „Nachhaltigkeit“ im Rahmen des Leitbildes „Deine Zukunft 2030. Amberg-Weilburg“ führt. „Wieder verwendbare Wurst Dosen passen hervorragend in diese Strategie und unterstützen die Metzgereien und Verbraucher dabei, Müll zu vermeiden und Ressourcen zu sparen.“

39 Betriebe der Metzgerinnung im Landkreis Amberg-Weilburg beteiligen sich. Sie können ihren Kunden die Wurst Dosen als Pfand zur Verfügung stellen. Beim Einkauf legt der Kunde die Dose

auf ein Tablett auf der Theke und lässt sie vom Servicepersonal mit den gewünschten Wurst- oder Fleischwaren befüllen. Alle Hygienrichtlinien werden somit erfüllt.

Zwei Kilogramm fasst eine Wurstdose. „Das spart mit der Zeit viel Verpackungsmaterial, das sonst im Müll landen würde“, betont Metzgerinnungsmeister Daniel Hirsch. Die Innung unterstützt das Ziel eines klimaneutralen Landkreises. „Deshalb leisten wir gerne unseren Beitrag dazu“, betont Hirsch. 1700 Wurst Dosen verteilen die Innungsbetriebe demnächst an ihre Kunden. Wenn die Verbraucher das Angebot annehmen, wird nachbestückt. □

Das Material entspricht allen relevanten Lebensmittel- und Hygienevorschriften. Ein alternatives Verpackungsprodukt aus nachwachsenden Rohstoffen konnte dies leider nicht gewährleisten. Für Joachim Scheid, Klimaschutzkoordinator des Landkreises Amberg-Weilburg, sind die Wurst Dosen eine weitere beispielgebende Initiative, die die Nachhaltigkeitsstrategie des Landkreises voranbringt.

Diese ist im Leitbild des Landkreises Amberg-Weilburg „Deine Zukunft 2030. Amberg-Weilburg“ fest verankert. Projekte wie die Wurst Dosen werden mit bis zu 80 Prozent der Kosten und maximal 1.000 Euro gefördert. Projektvorschläge können an das Landratsamt Amberg-Weilburg gestellt werden. Bewerbungsformulare sind auf [www.deinezukunft-as.de](http://www.deinezukunft-as.de) unter „Kontakt“ abrufbar. □

Veitshöchheimer Baumschultag:

## Dem Klimawandel begegnen

Beim 25. Veitshöchheimer Baumschultag standen die globalen Megathemen Wasserknappheit, Klimawandel und Artenschwund auf dem Programm. Neben aktuellen Ergebnissen aus der Forschungsarbeit der Bayerischen Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau (LWG) wurden auch konkrete Lösungsansätze für die Praxis diskutiert – denn jeder gepflanzte Baum zählt.

Wie LWG-Präsident Dr. Hermann Kolesch betonte, benötigt die Gesellschaft geforderte ökologische und nachhaltige Umdenken das konkrete Handeln jedes Einzelnen. Kolesch würdigte hier die Rolle der bayerischen Baumschulen als wichtiger Vermittler zwischen Planern, Kommunen und Städten sowie den Verbrauchern: „Treten Sie in Dialog mit den Kunden und seien Sie mutig und gleichzeitig stolz, dass Sie die Herausforderungen im Bereich Klimawandel und Biodiversität angehen“, so sein Appell. Denn gerade die Zusammenarbeit mit allen Bereichen des Gartenbaus, der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft sei eine wichtige Voraussetzung, um langfristig aus einer Bewegung für Nachhaltigkeit und Ökologisierung einen Bewusstseinswandel bei Erzeugern und Verbrauchern zu generieren.

### Bäume pflanzen, Bäume pflanzen, Bäume pflanzen!

„Bäume pflanzen, Bäume pflanzen und nochmals Bäume pflanzen!“ ist laut Michael Kutter, Vorsitzender des Landesverbandes Bayern des Bundes deutscher Baumschulen e. V. (BdB) die richtige Antwort auf die Frage, wie dem Klimawandel zu begegnen sei. Besonders im Neubau des Thüngersheimer Versuchsbetriebes sieht er ein klares Zeichen für die Stärkung der bayerischen Baumschulwirtschaft.

Welche Bäume werden dem Klimawandel in Bayern trotz den Städten in Zukunft als wichtige, grüne Lunge dienen können? Ginkgo, Magnolie,

Schnurbaum – oder besser Hainbuche, Erle und Silberlinde? Dieser Frage geht das großangelegte Projekt „Stadtgrün 2021“ der LWG nach. Die Biologin Dr. Susanne Böll stellte es erstmals den knapp 300 anwesenden Baumschulern, Landespflegern, Gärtnern und kommunalen Mitarbeitern vor.

### Wissenschaftlicher Versuch

Im Rahmen dieses wissenschaftlichen Versuchs werden noch dieses Jahr 20 verschiedene Baumarten jeweils acht Mal in den Städten Würzburg, Hof und Kempten aufgepflanzt. In den kommenden zehn Jahren werde sich an der Entwicklung der insgesamt 480 Bäume abzeichnen, welche im feindlichen Stadtklima den Klimawandel überleben könnten, erklärten die LWG Experten Klaus Körber und Susanne Böll.

### Artenspektrum erweitern

Dass die bisher beobachteten neuen Krankheiten und Schäden an Esche, Ahorn, Linde, Platane, Apfeldorn und Kastanie zum Teil auf den Klimawandel zurückgeführt werden können, machte Dr. Rolf Kehr, Professor für Arboristik an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Göttingen, deutlich. Durch Trockenheit und Hitze geschwächte Bäume seien vor allem in der Stadt anfälliger für Pilzkrankheiten.

Kehr empfahl, das heimische Artenspektrum durch Exoten zu erweitern, um die Risiken künftig zu streuen. Allerdings solle man nicht nur auf ausländi-



Der Blick auf Mainufer und Weinberge wird freigelegt: Oberbürgermeister Christian Schuchardt bei einer Besprechung gemeinsam mit Gartenamtsleiter Dr. Helge Bert Grob, Alexander Hamberger von H&M Gartengestaltung in Maidbrunn und Landschaftsgärtner Thorsten Stauder.

Bild: Georg Wagenbrenner

### „Städtebauliche“ Aufwertung:

## Vom Lagerplatz zur grünen Oase am Main

Gartenamt gestaltet Grundstücke in der Seilerstraße/Heidingsfeld in eine Grünanlage um

Seit Anfang der 60er Jahre wurde die ca. 3.300m<sup>2</sup> große Fläche von mehreren Firmen als Lagerfläche für Baustoffe genutzt. 2002 folgte schließlich ein Gebrauchtwagenhandel, der die Fläche auch als Abstellfläche für ausrangierte PKW nutzte. Zeitweilig sah das Areal wie ein Autoschrottplatz aus. Zudem verbuchten die Randbereiche immer mehr. Der auf der Nordostseite unmittelbar vorbeifließende Main war nicht mehr wahrnehmbar.

Dieser unbefriedigende Zustand war der Eigentümerin der Fläche – Elisabeth Ehlers – zunehmend ein Dorn im Auge. Ihr schwebte eine Natur- und Erholungsfläche mit einem klaren Be-

sche Baumarten setzen, gebe es doch auch in deren Heimatländern „eine Reihe von Krankheiten und Schädlingsen, die ihrem Wirt nachwandern“ könnten, erklärte Kehr. Tatsache sei: „Was wir heute pflanzen, muss unter den Bedingungen der Zukunft in 30 bis 40 Jahren funktionieren.“ Das Projekt „Stadtgrün 2021“ sei ein Schritt in die richtige Richtung. DK

währleistet wird“. In der Konsequenz würden Wertstoffe und vereinzelt auch Bioabfälle zunehmend über die Restmüllbehälter entsorgt, was zu überquellenden Mülltonnen und damit zu unhygienischen Zuständen führen kann.

### Appell an Entsorgungsträger

„Deshalb appelliere ich in diesem Zusammenhang erneut ausdrücklich an die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, dass ausreichend Möglichkeiten für die Abgabe oder Abholung von Glas, Papier und Kunststoffen über die bisherigen Entsorgungswege zur Verfügung gestellt und diese Wege auch weiter bedient werden. Die Entsorgungsträger leisten damit ihren solidarischen Beitrag zu einer weiter funktionierenden, hygienischen Entsorgung des Abfalls und damit auch zur Eindämmung der Corona-Krise“, so Kratzer.

### Kommunalaufsichtliche Maßnahmen

Die Regierungen werden gebeten, bei den entsorgungspflichtigen Körperschaften in ihrem Zuständigkeitsbereich darauf hinzuwirken, diese Empfehlungen umzusetzen und die nachgeordneten Behörden entsprechend zu informieren. „Ist die Entsorgungssicherheit vor Ort gefährdet, sind von Seiten der Regierung auch kommunalaufsichtliche Maßnahmen zu prüfen.“

Die kommunalen Spitzenverbände in Bayern erhalten ein inhaltsgleiches Schreiben mit der Bitte, auf ihre Mitglieder entsprechend einzuwirken. □

chern und Sitzmöglichkeiten auszustatten. Oberbürgermeister Christian Schuchardt besuchte nun die Baustelle. Aus dem aktuell durch massive Erdbewegungen noch sehr durchfurchten Gelände wird ein grüner Main-Zugang für den Stadtteil Heidingsfeld. Schuchardt brachte seinen Dank zum Ausdruck, dass diese „städttebauliche“ Aufwertung erst durch die außergewöhnliche Wohltat einer einzelnen Bürgerin ermöglicht wurde.

### Der Main wird wieder erlebbar

Der große Reiz der Fläche ist, so Dr. Helge Bert Grob, Leiter des Gartenamtes, die zentrale Lage der Fläche zwischen der Altstadt von Heidingsfeld und dem Main. Daher sieht die Planung des Gartenamtes die Schaffung von zwei zentralen Sichtbeziehungen vor: zum einen der Blick von der Stadtbefestigung in Richtung Südosten, über das Areal und den Main hinweg bis zu den Weinbergen in Randersacker und zum anderen der Blick aus dem Areal über den Main bis zu den Weinbergen zu Füßen der Sieboldshöhe. Zur Freilegung dieser Sichtbeziehungen hat das Gartenamt bereits im letzten Jahr den Aufwuchs entlang des Uferweges gerodet. Nun wird dieser Bereich noch auf das Niveau des Uferweges abgesenkt. Der Main wird wieder erlebbar! Gleichzeitig entsteht durch die Absenkung des Geländes ca. 400m<sup>3</sup> zusätzlicher Retentionsraum für den Main.

Der Erschließung dient ein das Areal diagonal querender Weg mit Bänken. Die Gestaltung ist bewusst zurückhaltend. Die Fläche liegt im naturschutzfachlich hochinteressanten ehemaligen

Auwaldbereich des Mains. Daher erfolgte eine intensive Abstimmung mit der Fachabteilung Naturschutz und Landschaftspflege (Untere Naturschutzbehörde) sowie dem Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg.

### Eine neue Heimat für selten gewordene Arten

Die weitere Planung des Gartenamtes sieht eine extensive Begrünung mit einer blütenreichen Wiese vor. Sie soll selten gewordenen Arten eine Heimat bieten. Die räumliche Fassung zu den angrenzenden Privatgrundstücken und der Wohnbebauung bilden üppige naturnahe Heckenstrukturen, beispielsweise mit Haselnuss, Hartriegel, Schlehe, Holunder und Heckenrosen. Der bestehende Gehölzstreifen entlang der Seilerstraße wird mit zusätzlichen Sträuchern und einer Benjeshecke ergänzt. Zudem ist die Einbringung von Totholz-Stämmen geplant.

### Standortgerechte Baumpflanzungen

Das Grundgerüst der Anlage bilden jedoch die zahlreichen standortgerechten Baumpflanzungen, u.a. mit Erle, Silber-Weide, Zitter-Pappel, Ulme, Silber-Linde, Zerr-Eiche, Feld-Ahorn, Walnuss und Speierling. Umweltreferent Wolfgang Kleiner: „Mit der Grünanlage Seilerstraße schafft das Gartenamt eine grüne Oase am Main für Mensch und Tier.“

Die beauftragte Baufirma hat am 20. Januar mit den Arbeiten begonnen. Insgesamt investiert die Stadt Würzburg ca. 260.000€ in die Grünanlage Seilerstraße. Die Fertigstellung ist nach Dr. Grob im Juni geplant. □

### Bevölkerung sensibilisieren:

## Abfallentsorgung in der Corona-Krise

Aktuell wird das gesamte öffentliche und private Leben durch die Corona-Krise vor ganz besondere Herausforderungen gestellt, die es zu bewältigen gilt. Die Abfallwirtschaft leistet dabei einen sehr wichtigen Beitrag zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Eine geordnete Abfallentsorgung ist insbesondere aus hygienischen, derzeit gar seuchenhygienischen Gründen ein wesentlicher Faktor für das Funktionieren unserer Infrastruktur.

Da sich mehr Menschen länger als sonst zuhause aufhalten, fällt dort auch mehr Abfall an. Es gilt, die Bevölkerung speziell für die immer bedeutender werdende Thematik der Entsorgung zu sensibilisieren. Das Bundesumweltministerium (BMU) hat entsprechende Hinweise veröffentlicht, die sich an den Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts orientieren.

### Hygieneregeln einhalten

Die Länder haben sich auf ein vergleichbares Vorgehen verständigt, wobei Abweichungen im Detail möglich sind. In Übereinstimmung mit dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz ruft das BMU alle Bürgerinnen und Bürger auf, die Restabfalltonnen nicht überquellend zu lassen und Hygieneregeln einzuhalten. Dies kann jedoch nur funktionieren, wenn von den dafür verantwortlichen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern und dualen Systemen auch die Strukturen zur getrennten Entsorgung aller Abfallströme weiter vorgehalten werden.

Nach den BMU-Hinweisen sol-

len in privaten Haushalten, in denen infizierte Personen oder begründete Verdachtsfälle von COVID-19 in häuslicher Quarantäne leben, neben Restmüll ausnahmsweise auch Verpackungsabfälle (gelber Sack), Altpapier und Biomüll über die Restmülltonne entsorgt werden. Für alle anderen privaten Haushalte in Deutschland, in denen keine infizierten Personen oder begründete Verdachtsfälle von COVID-19 leben, gilt weiterhin uneingeschränkt das Gebot der Abfalltrennung. Für sie ändert sich bei der gewohnten Abfallentsorgung nichts.

### Wertstoffhöfe sollen offen bleiben

Laut bayerischem Umweltministerium ist die Bedeutung der Aufrechterhaltung aller einzelnen Entsorgungswege für eine funktionierende Abfallwirtschaft essenziell. Ministerialdirigentin Dr. Monika Kratzer zufolge „wurde uns im Lauf der letzten Woche jedoch zugetragen, dass in einzelnen Entsorgungsgebieten Bayerns die Entsorgung von Abfällen über Wertstoffhöfe und Wertstoffinseln nicht mehr ge-



Die vielseitige und kompakte X-Reihe von Holder.

BayWa

## Leistungsstark zu jeder Jahreszeit.

Kommunal- und Gewerbeteknik auf grünen, grauen und weißen Flächen.

Bei Ihrer täglichen Arbeit im Frühling, Sommer, Herbst oder Winter unterstützen wir Sie durch individuelle Beratung, Vertrieb und nachgelagerten Service von:

- Traktoren
- Kommunalfahrzeugen
- Lastkraftwagen
- Transportern
- Anbaugeräten
- Anhängern



Lassen Sie sich von den Vorteilen der kompakten X-Reihe von Holder überzeugen:

- Die größte Kabine Ihrer Klasse
- Stärkste und schnellste Maschine im Segment
- Intuitive Bedienung
- Für Gehwege und Tiefgaragen geeignet
- Hohe Flexibilität durch Geräteschnellwechsel

BayWa AG  
Technik

Arabellastraße 4  
81925 München

www.baywa.de/kommunkatalog

Landratsamt München:

## Treibhausgas-Controlling für den gesamten Landkreis

Bericht bildet die Grundlage für die Evaluation der Klima- und Energieinitiative 29++

Mit der 29++ Klima. Energie. Initiative. haben sich die 29 Städte und Gemeinden im Landkreis München zusammen mit der Kreisverwaltung 2016 das Ziel gesteckt, die 2010 ermittelten jährlichen Pro-Kopf-Emissionen von rund 13 Tonnen CO<sub>2</sub> bis ins Jahr 2030 um 54 Prozent auf sechs Tonnen zu reduzieren. Eine zentrale Säule des vom Kreistag im Dezember 2016 verabschiedeten Handlungsprogramms zu 29++ war dabei die Implementierung eines Energiecontrollings für den gesamten Landkreis.

Im März 2020 hat die Kreisverwaltung unter Zuarbeit der 29 Kommunen nun einen ersten Treibhausgasbericht für den Landkreis München vorgelegt. Er bildet die Grundlage für die Evaluation der Klima- und Energieinitiative.

### Standortbestimmung als Basis für weiteres Handeln

Mit diesem Bericht zum Treibhausgas-Controlling soll erstmals seit Beginn der Initiative eine Standortbestimmung für den gesamten Landkreis München ermöglicht werden. Ziel des Berichts ist es insbesondere, eine Grundlage für ein wirksames Monitoring der Bemühungen des Landkreises und seiner Kommunen im Rahmen der 29++ Klima. Energie. Initiative. zu schaffen. So soll es künftig möglich sein, das Handeln im Landkreis regelmäßig zu überprüfen, zu hinterfragen und gegebenenfalls nachzusteuern. Der Basisbericht enthält Zahlen aus den Jahren 2010 und 2014 sowie aus 2016, dem Jahr der Einführung der Initiative 29++. Diese zeigen: Der Landkreis ist auf einem guten Weg, sein mittelfristiges Ziel der jährlichen pro-Kopf-Emissionen von sechs Tonnen zu erreichen. 2016 betrug die THG-Emissionen pro Kopf im Landkreis München 9,5 Tonnen. Dennoch ist weiterhin in-

tensive Arbeit von Landkreis und Kommunen notwendig.

### Was kann der Treibhausgas-Bericht leisten?

„Wichtigstes Ziel des Berichts ist es, kommunalen Entscheidern, aber auch der interessierten Öffentlichkeit möglichst reale und belastbare Verbrauchsdaten vorzulegen und die Datentransparenz und -genauigkeit über den Energieverbrauch und die Energieflüsse vor Ort in den Kommunen zu verbessern“, erläutert Dr. Christian Wolf, Leiter des Sachgebiets Energie und Klimaschutz im Landratsamt München.

Auf diese Weise soll der Bericht dazu beitragen, bereits begonnene Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit zu prüfen und neue, passgenaue Klimaschutzaktivitäten speziell für die jeweilige Gemeinde zu entwickeln. Der Bericht trägt damit einem zentralen Wunsch aus den Kreisgremien Rechnung, den diese bei der Verabschiedung der 29++ Klima. Energie. Initiative. im Jahr 2016 nachdrücklich geäußert hatten.

Statt einfach die bundesdeutschen Emissionen über alle Bundes- und damit auch Landkreisbürger herunterzubrechen, wurden die auf der kommunalen Ebene verfügbaren absoluten Energieverbrauchsdaten nach dem Bottom-Up-Prinzip detail-

liert erhoben. Dadurch wird es beispielsweise möglich zu erkennen, welche emissionsreduzierenden Effekte der Aufbau eines Wärmenetzes oder eines Biomasse-Blockheizkraftwerks hat.

Ein Vergleich der Kommunen untereinander und auch der Vergleich mit bundesweiten Durchschnittswerten für die Treibhausgas-Emissionen sind auf Basis des vorliegenden Berichts aber nur bedingt möglich. Auch lässt sich aus den Werten einzelner Kommunen nicht allumfassend Rückschluss auf die Zielerreichung der Klima- und Energieinitiative 29++ ziehen. Dies liegt an den völlig unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen in den einzelnen Städten und Gemeinden sowie auch an den Klimaschutzbemühungen, die über den Umbau der Energieversorgung hinausgehen (z. B. Klimabildung für Kinder und Jugendliche).

### Unterschiede in den einzelnen Kommunen

„Die Kommunen im Landkreis München weisen beispielsweise einen sehr unterschiedlichen Umfang von Gewerbeansiedlungen auf, sie haben aufgrund ihrer Lage im Landkreis oft sehr verschiedene Anteile an wichtigen Verkehrswegen oder bringen unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen für die Nutzung erneuerbarer Energien mit. Dadurch unterscheiden sich natürlich in der Folge auch die ermittelten Treibhausgas-Emissionen sehr stark“, erklärt Franz Reichert, der das Projekt im Landratsamt München leitet.

Hinzu kommt, dass in diesem

Bericht nur die energiebedingten Emissionen erfasst werden konnten und nichtenergetische Emissionen aus Ernährung, Landwirtschaft, Landnutzung, Landnutzungsänderung, Abfallentsorgung und Abwasser sowie alle extraterritorialen Emissionen wie der Import von Konsumgütern oder durch Reisen (insbesondere Flugreisen) nicht erfasst werden konnten. Diese sind im Bundesdurchschnitt mit größeren Anteilen enthalten – allerdings auch dort nicht in ihrer Gesamtheit. Leser sollten sich deshalb bewusst sein, dass zusätzlich zu den im Bericht dargestellten Treibhausgasemissionen pro Einwohner jeweils noch ein individueller Anteil aus Ernährung, Konsum und Reisetätigkeiten hinzuzurechnen ist.

### Bericht für Fachpublikum und Öffentlichkeit

Knapp 160 Seiten umfasst der erste Bericht zum Treibhausgas-Controlling im Landkreis München, aufgeteilt in zwei separate Teile. „Unser Anspruch war es, einen Bericht zu erarbeiten, der nicht nur in einem kleinen Kreis Interesse findet. Gleichzeitig war uns jedoch wichtig, dass der Bericht auch den Kommunen und Fachexperten als Arbeitsgrundlage dienen kann. Er enthält deshalb im ersten Teil informative und abwechselnde Infografiken zu jeder Kommune sowie für den Landkreis insgesamt. Für einen tiefergehenden Vergleich sind in einem abschließenden Zahlenteil dann noch einmal sämtliche Daten für jede Stadt, Gemeinde und den Landkreis aufbereitet“, erläutert Christian Wolf.

### Werkzeug für neue Stellschrauben

„Mit dem Bericht zum Treibhausgas-Controlling haben wir ein Werkzeug geschaffen, das es uns nicht nur ermöglicht, immer wieder einen Schulerblick auf das bereits Bewerkstelligte zu werfen, sondern vor allem regelmäßig unseren Weg zu überprüfen und dort nach zu justieren, wo wir neue Stellschrauben sehen, um unser mittelfristiges Ziel, die Reduzierung der jährli-

## IAA findet ab 2021 in München statt

Aiwanger: „Ein Turbolader für das Autoland Bayern, wir sind sehr glücklich und bekennen uns zum Auto!“

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger kommentiert die Vergabe der IAA ab 2021 nach München: „Das ist ein Turbolader für das Autoland Bayern und eine große Chance für unsere Arbeitsplätze. Damit werden wir die Trendwende einleiten, um unsere Leitindustrie Auto wieder in positive Schlagzeilen zu bekommen und zukunftsfähig aufzustellen. Wir sind sehr glücklich über diese Entscheidung und stehen zum Auto. Es soll dabei nicht nur um glänzenden Lack gehen, sondern um nachhaltige Verkehrskonzepte und alternative Antriebe, wobei ich sehr stark auf den Durchbruch von Wasserstoff und Brennstoffzelle in den kommenden Jahren setze.“

Die Messe München habe ein hervorragendes Gesamtkonzept für eine moderne Mobilitäts-Show eingereicht. „Die Staatsregierung hat sich vollumfänglich hinter die Bewerbung gestellt und wird Zukunftsprojekte wie beispielsweise eine Elektroinfrastruktur und innerstädtische Teststrecken für autonomes Fahren mit 15 Millionen Euro fördern“, sagte Bayerns Wirtschaftsminister.

Aiwanger weiter: „Der Freistaat Bayern investiert in den nächsten Jahren 300 Millionen Euro, um die Transformation der Auto-Industrie in Richtung emissionsarme Antriebe zu unterstützen. Der Automobilverband hat gespürt, dass München und Bayern die IAA unbedingt wollen und sich die Veranstaltung hier zu einer globalen Leitmesse für moderne Mobilität entwickeln wird. Das ist ein Glückstag für die Automobil-Arbeitsplätze in Bayern und Deutschland!“

chen Pro-Kopf-Emissionen auf 6 Tonnen, zu erreichen“, zeigte sich Göbel bei der Vorstellung des Berichts erfreut. „Ich bin überzeugt, dass wir uns mit 29++ auf dem richtigen Weg befinden, um unsere selbst gesteckten, aber auch die Landkreis übergeordneten nationalen und internationalen Klimaziele zu erreichen. In einigen Bereichen werden wir schneller vorankommen, an anderer Stelle müssen wir langen Atem beweisen. Einige Maßnahmen werden kurzfristig messbare Ergebnisse liefern, andere Ideen tragen nachhaltig zur Bewusstseins- und Verhaltensänderung bei, sind aber nicht in nackten Zahlen zu überprüfen. Am Ende sind aber alle diese Teile wichtige und unverzichtbare Bausteine, die dazu beitragen, die Zukunft des Landkreises München auf ein sicheres und tragfähiges Fundament zu stellen“, so Göbel weiter. Künftig soll der Bericht im Abstand von zwei Jahren erscheinen. □

## Bauern lassen Bayern aufblühen

15.000 Hektar zusätzlich für heimische Blumen und Kräuter

Die Flächen, die heimischen Blumen und Kräutern vorbehalten sind, wachsen rasant. Die Landwirte sorgen mit außergewöhnlich starkem Engagement dafür, dass Bayern erblüht. Sie legen in diesem Jahr deutlich mehr hochwertige Blühflächen an. So wurden Neuverpflichtungen für knapp 3.000 Hektar einjährige Blühmischungen sowie für knapp 12.000 Hektar fünfjährige Blühflächen abgeschlossen. Insgesamt bestehen damit im Kulturlandschaftsprogramm Verpflichtungen von knapp 4.000 Hektar einjährigen und über 19.300 Hektar mehrjährigen Blühflächen.

„Ich begrüße dieses Engagement unserer Landwirte ausdrücklich. Sie zeigen wie verantwortungsbewusst sie für mehr Artenvielfalt sorgen“, sagte Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber. Die sogenannten KULAP-Qualitätsblühmischungen liefern Nektar und Pollen für Blüten suchende Insekten. Blühwiesen bieten Wildtieren Deckung und Nahrung. Blühmischungen erfüllen besonders hohe Qualitätskriterien. Der Schwerpunkt liegt auf Arten, die im ökologischen Kreislauf eine bedeutende Rolle spielen und aus der Region stammen. Deshalb ist die Erzeugung dieses Saatguts besonders anspruchsvoll.

Während das Saatgut für die einjährigen Blühmischungen reichen dürfte, ist am Markt für fünfjährige Blühmischungen nur ein Teil des benötigten Qualitätsaatguts vorhanden. Die Ministerin hat nun alle Marktbeteiligten aufgefordert, pragmatische Lösungen zu entwickeln. „Alle Landwirte, die die ökologisch besonders wertvollen fünfjährigen Qualitätsblühmischungen im Rahmen des Kulturlandschaftsprogramms anlegen wollen, sollen auch im Jahr 2020 in dieses Förderprogramm einsteigen können“, sagte Kaniber.

In Zusammenarbeit mit der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) und den Nutzern der „Qualitätsblühmischungen Bayern“ (QBB) ist es gelungen, zu den bisherigen QBB-Blühmischungen zwei spezielle Sondermischungen zu entwickeln. Beide sind für mehrjährig zur Verfügung stehende Flächen im Offenland oder an Waldrändern konzipiert. Die Mischungen sind ab sofort bestellbar. □

Pflanzungen von knapp 14.000 Setzlingen beginnen:

## Ökologischer Waldumbau auf Uniper-Grundstücken

Teilumbau 2020 des Nadelholzwaldes in klimarobusten Mischwald  
Waldumbauprojekt dauert rund drei Jahre und kostet über 300.000 Euro

Der von Uniper auf drei Jahre angelegte Umbau der Nadelholz-Monokulturen in einen ökologisch wertvollen, dem Klimawandel trotztenden Mischwald liegt voll im Zeitplan. In enger Zusammenarbeit mit Fachleuten der Forstwirtschaft wurden für dieses Jahr auf gut 28.000 m<sup>2</sup> Waldfläche rund 750 Festmeter Fichten- und Kiefernholz entnommen. Für die Holzentnahmen und die künftige Pflege der Flächen wurde auch das Waldwegenetz für die weitere Bewirtschaftung strukturiert und befestigt sowie Holzlagerplätze angelegt. Das Häckselgut wurde soweit wie möglich zur Verbesserung der Nährstoffe im Boden vor Ort belassen. Die Baumstämme sind an die Holzverarbeitende Industrie gegangen. Diese „Vor“-Arbeiten konnten bis Ende Februar beendet werden.

Jetzt beginnen rechtzeitig vor dem Frühlingserwachen der Vegetationsperiode die Neupflanzungen zur Schaffung eines artenreichen, ökologisch wertvollen Mischwaldlebensraumes für Insekten, Vögel und Pflanzen.

In den kommenden gut zwei Wochen werden rund 4.400 Rotbuchen, 6.800 Eichen und 1.700 Hainbuchen als Bäume erster Ordnung (Wuchs höher als 20 Meter) händisch gepflanzt. Eichen und Hainbuchen wechseln sich im Verhältnis 4:1 ab, das heißt, dass nach vier Eichen eine Hainbuche folgt. Eichen und Hainbuchen ersetzen den komplett gerodeten Fichtenbestand, während die Rotbuchen in den ausgelichteten Kiefernwald gepflanzt werden.

Speziell für Insekten, vor allem Bienen und Schmetterlinge, lässt Uniper zusätzlich entlang der Forstwege in Neunergruppen Blühsträucherreihen und dahinter Baumarten zweiter Ordnung (Wuchshöhe zwischen 10 und 20 Meter) pflanzen. Die rund 900 Setzlinge bestehen aus 450 Sträuchern wie Roter Hartriegel,

Weißdorn, Gemeiner Schneeball, Schwarzer Holunder, Pfaffenhütchen und Heckenrose sowie 450 Bäumen zweiter Ordnung wie Feldahorn, Vogelkirsche, Wildbirne, Wildapfel, Purpurweide und Vogelbeere. Zum Schutz der Neupflanzungen werden für die ersten Jahre (bis zu einer Aufwuchshöhe von 1,30 Meter) entsprechende Wildverbisschutzzäune errichtet.

### 55.000 Quadratmeter Umgestaltungsflächen

Den Insekten und Amphibien aber auch bestimmten Vogelarten und sonstigem Getier werden zudem pro Hektar im neuen Ökowald zahlreiche „Neubauwohnungen“ angeboten. Dafür bleiben in den beiden Waldflächen auf vier bis sechs Meter gekappte Baumstämme (Torsobäume) stehen und es werden Totholzhaufen aufgeschichtet sowie im Zuge des anstehenden Waldwegebbaus Wurzelstockinseln auf den Flächen etabliert.

Über 300.000 Euro investiert Uniper in das auf drei Jahre an-

gelegte Waldumbauprojekt zwischen dem Rekultivierungsgelände Westfeld und der A 93. Die nördliche Grenze der insgesamt etwa 55.000 Quadratmeter Umgestaltungsflächen bildet der Wasserzulaufgraben zur Naturschutz-Ausgleichsfläche, dem sogenannten BBI-Becken. Die südliche Begrenzung ist ein Waldweg zwischen der Industriestraße und der A 93. Das Projekt unterstützt das Waldumbauprogramm der Bayerischen Staatsregierung zur Schaffung gesunder, standorttypischer und klimawandelresistenter Laub- und Mischwaldflächen und ist detailliert mit dem Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten abgesprochen.

Uniper hatte zugesichert, im Rahmen der Rekultivierung des Westfeldes und der damit verbundenen ökologischen Verbesserungsmaßnahmen die Nadelwaldmonokulturen auf der Flur des Steinberger Ortsteils Oder umzubauen und ökologisch aufzuwerten. Ein erster Waldumbau erfolgte mit sichtbarem Erfolg vor etwa sieben Jahren nordwestlich des zweiten Feuchtbiosphären, das auch als Regenrückhaltebecken fungiert.

Auch wurde 2012 die Wiedervernässung und Erweiterung von rund 10.000 Quadratmeter Moorwaldflächen rund um das besagte BBI-Becken und entlang dessen Wasserzulaufs erfolgreich abgeschlossen. Zwei weitere Waldbereiche folgen in den kommenden beiden Jahren. □

Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber:

## Tatkräftige Hilfe nötig

Innenminister Joachim Herrmann: Ausländerbehörden sollen Asylbewerbern Erntehelfer-Job nach Möglichkeit erlauben

Ausländerbehörden sind angehalten, Asylbewerbern eine Erntehelfertätigkeit nach Möglichkeit ab sofort zu erlauben. Da die Gewinnung von Erntehelfern im öffentlichen Interesse steht, sollen die Ausländerbehörden ihre gesetzlichen Spielräume nutzen und notwendige Beschäftigungserlaubnisse offensiv erteilen. Darauf hat das bayerische Innenministerium die Behörden in einem aktuellen Schreiben hingewiesen.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann reagiert damit auf die von Landwirten geäußerte Sorge, dass wegen der aktuellen Corona-Krise nicht genügend ausländische Erntehelfer nach Bayern kommen könnten. „Mit dieser Sorge dürfen wir unsere Landwirte nicht alleine lassen“, machte der Innenminister deutlich. Von den Vorgaben profitieren laut Herrmann alle Beteiligten: „Unsere Landwirte bekommen ihre Ernte von den Feldern. Das hilft, die Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Und Asylbewerber haben die Chance auf einen Job und ein Stück weit finanzielle Selbstständigkeit.“

Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber unterstützt den Appell an die Ausländerbehörden. „In der gegenwärtigen Krisensituation können Bayerns landwirtschaftliche Betriebe jede tatkräftige Unterstützung gebrauchen. Die bayerische Land- und Ernährungswirtschaft ist gut aufgestellt, die aktuelle Situation zu meistern. Es zeigt sich jetzt, wie wichtig eine regionale Lebensmittelversorgung ist. Jeder ist herzlich eingeladen, hier mit anzupacken.“ Man müsse jetzt alle Kräfte mobilisieren, damit der absehbare Mangel an Saisonarbeitskräften ausgeglichen werde.

Die Hinweise des Innenministeriums gelten für Asylbewerber im laufenden Verfahren ebenso wie für bereits abgelehnte Asylbewerber. Entsprechende Aufenthaltserlaubnisse werden allerdings – auch darauf wies Herrmann ausdrücklich hin – nur zeitlich beschränkt für die Zeit der Erntehelferarbeit erteilt werden. Sein Ministerium habe die Ausländerbehörden außerdem gebeten, Aufenthaltstitel und Beschäftigungserlaubnisse für Ausländer, die im Bereich der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Waren des täglichen Bedarfs tätig sind, zur Sicherstellung der Grundversorgung der Bevölkerung prioritär zu behandeln und zu verlängern.

Infos: [www.stmelf.bayern.de](http://www.stmelf.bayern.de) und [www.stmi.bayern.de](http://www.stmi.bayern.de) □



Der neue Lintrac 115 LS.

Bild: Lindner

## „Das kann ruhig ins Kompostwerk“

LfU: Straßenbegleitgrün entlang von Bundesstraßen ist kein Sondermüll

Mitunter wird zur Vorsicht geraten: Es sei besser, Straßenbegleitgrün quasi als Sondermüll zu entsorgen. Diese Ansicht teilt Wolfgang Berger von der Pressestelle im Landesamt für Umwelt (LfU) nicht. „Natürlich könnte man auf den Gedanken kommen, dass Straßenbegleitgrün Sondermüll ist, weil man weiß, dass Pflanzen Schwermetalle aufnehmen“, sagt er. Laut einer Untersuchung der Gartenbauexperten Simone Seling und Peter Fischer sei eine Einordnung als Sondermüll jedoch unnötig.

Straßenbegleitgrün sollte im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgrundsatzes zurück in den Naturkreislauf gelangen; die in der Bioabfall-Verordnung genannten Schwermetallgehalte im Böschungsmähgut werden nicht überschritten. In der Analyse wurde die Belastung des straßen nahen Grünschnitts auf Cadmium, Chrom, Kupfer, Quecksilber, Nickel, Blei, Platin und Zink untersucht. Von Relevanz war auch die jeweilige Verkehrsdichte. Bei 420 ermittelten Schwermetallgehalten wurde der Grenzwert nur 16 Mal, damit lediglich in knapp vier Prozent aller Fälle, überschritten.

Durch die Studie haben es Skeptiker laut Wolfgang Berger schwarz auf weiß, dass die generelle Einordnung von Grünschnitt als Sondermüll selbst auf viel befahrenen Straßen nicht notwendig ist. Eine Kompostierung ist den Autoren der Studie zufolge sowohl nach der Bioabfall- als auch nach der Düngemittel-Verordnung möglich. Auftraggeber der Untersuchung war das damalige Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen. Am Institut für Bodenkunde und Pflanzenernährung in Weihenstephan wurde Mähgut von Straßenbegleitgrün und Falllaub von Straßen im Landkreis Freising sowie Autobahnen im Großraum München auf Schwermetalle untersucht.

Im Jahr 2003 publizierten die Autoren ihre Studie. Deren Analysen zufolge gab es bei Cadmium nur zwei Mal bei einer Herbstmäh eine Überschreitung der Grenzwerte. Das Schwermetall gelangte durch Reifenabrieb und Diesellabgase in die Umwelt. Keine einzige untersuchte Sommermäh zeigte zu hohe Werte. Der Chromgrenzwert wurde nur in 3,3 Prozent der Fälle über-

schritten. Chrom gelangt durch Reifenabrieb, Lackreste, Korrosion und Altöl in die Umwelt. Der Quecksilber-Grenzwert wurde nie auch nur annähernd erreicht.

Obwohl die Proben zum Teil belastet waren, spricht nichts dagegen, das Mähgut als Ausgangsmaterial für die Kompostherstellung zu verwenden. Interessant ist, dass es laut der Studie einen Unterschied in der Belastung gibt, je nachdem, mit welchem Verfahren das Mähgut gewonnen wurde. „Das Mähverfahren beeinflusst die Schwermetallgehalte“, heißt es in der Analyse. Wurden die Proben mit dem Rechen statt mittels Absaugung gewonnen, waren sie geringer belastet.

Auch wenn es grundsätzlich okay ist, Straßenbegleitgrün zu kompostieren, ist dies nicht überall möglich, schränkt Wolfgang Berger ein: „Jedes Kompostwerk entscheidet, welches Material es annimmt.“ In Bayern gibt es mehrere Anlagen, die Straßenbegleitgrün akzeptieren. Im Landkreis Erlangen-Höchstadt ist das zum Beispiel die Kompostier-Betriebs GmbH in Medbach, in Main-Spessart das in Gemünden etablierte Humuswerk. Im Kreis Amberg-Weilheim sind gleich drei Firmen bereit, Straßenbegleitgrün anzunehmen. Viele andere Kompostwerke allerdings akzeptieren lediglich Abfälle aus der Biotonne sowie Grüngut.

Mit Blick auf den Umweltschutz sollte der Grünschnitt am besten vor Ort verbleiben. Berger: „Da kann er sich dann über den Winter organisch zersetzen.“ Problematisch wird es dort, wo der Grünschnitt verweht zu werden droht. Dann wird es schwierig, mit Grünschnitt zu mulchen. Müssen ganze Bäume und Sträucher herausgenommen werden, werden diese Pflanzenabfälle

## Lindner präsentiert neue Lintracs

Lintrac 95 LS und Lintrac 115 LS punkten mit neuen Perkins-Syncro-Motoren / Lastschaltgetriebe und Hochleistungs-Hydraulik

Der Tiroler Traktoren- und Transporterhersteller Lindner erweitert seine Lintrac-Serie. Nach den stufenlosen Modellen Lintrac 90, 110 und 130 präsentiert Lindner jetzt die ersten Lintracs mit Lastschaltgetriebe. „Damit kombinieren wir die Vorteile des ZF-Schaltgetriebes aus Steyr mit den Stärken der Lintrac-Serie. Dazu zählen die Wendigkeit, der hohe Fahrkomfort und die leistungsstarke Hydraulik mit Verstellpumpe“, sagt Geschäftsführer Hermann Lindner.

Die neuen Modelle Lintrac 95 LS und Lintrac 115 LS sind die Nachfolger des Geotrac 94 ep bzw. des Geotrac 104 ep. Zum Einsatz kommen die neuen Perkins-Syncro-Motoren der Stufe 5. Die sind nicht nur besonders sauber, sondern auch sehr drehmomentstark. „Das ist gerade im steileren Gelände wichtig“, betont Lindner. Mit den LS-Modellen bietet Lindner Allroundtraktoren für Mischbetriebe in der alpinen Landwirtschaft an. Dank der guten Übersichtlichkeit eignen sie sich auch optimal für Frontladerarbeiten.

### Der Lintrac 95 LS im Detail

In den Lintrac 95 LS baut Lindner einen 4-Zylinder-Perkins-Syncro-Turbodiesel ein, der 102 PS (75 kW) leistet. Das Drehmoment beträgt 430 Nm bei 1500U/min. Das 16/8-Gang-ZF-Lastschaltgetriebe aus Steyr verfügt über ei-

ne Zweifach-Lastschaltung. Die BOSCH-Rexroth-Hochleistungs-Hydraulik mit Axialkolbenpumpe fördert 80 Liter / min. und punktet wie alle Lindner-Modelle mit getrenntem Ölhaushalt. Die Komfortkabine ist mit mechanischer Kabinenfederung ausgestattet.

### Der neue Lintrac 115 LS

Der Perkins-Syncro-Motor im Lintrac 115 LS bringt es auf 112 PS (82 kW) und auf ein Drehmoment von 450 Nm bei 1500U/min. Auch beim Lintrac 115 LS setzt Lindner auf ein 16/8-Gang-ZF-Lastschaltgetriebe mit Zweifach-Lastschaltung. Besonderen Fahrkomfort gewährleistet die TraLink-Kabine mit mechanischer Federung und dem Komfortsitz mit Luftfederung.

Bei beiden Traktoren hat Lindner eine 4fach-Zapfwelle im Programm. Die sorgt dafür, dass die optimale Zapfwellenumdrehung schon bei niedriger Motordreh-

zahl erreicht wird und die Traktoren auch für das Mähladen geeignet ist. Die Elektronische Hubwerksregelung (EHR) verfügt

über eine automatische Zugkraft- und Lageregelung (AHC), die z.B. gleichmäßiges Pflügen erleichtert.

meist einer energetischen Verwertung zugeführt. Bayerische Kommunen erklären auf Nachfrage, dass „Straßenbegleitgrün“ für sie ein Thema von eher untergeordneter Bedeutung ist. „Nach unseren Erkenntnissen wird der überwiegende Teil der Grünabfälle von Privatpersonen aus Haus- oder Kleingärten zu den Grünabfallsammelstellen gebracht.“, sagt Juliane von Roenne-Styra, Pressesprecherin der Stadt Regensburg. Außerdem liefern Dienstleister Grünabfälle aus der Freiflächenpflege von Wohnanlagen an die Grünabfallsammelstellen oder direkt ans Regensburger Kompostwerk.

Ob die Bioabfälle belastet sind, wird im Vorfeld der Kompostierung nicht überprüft. „Schadstoffanalysen durchzuführen, wäre bei unbewachten Sammelstellen und der Vielzahl der Anlieferer nicht realisierbar“, sagt von Roenne-Styra. Bei der Vermarktung des fertigen Komposts würden im Regelfall allerdings Gütebestimmungen, zum Beispiel jene der Bundesgütegemeinschaft Kompost, eingehalten: „Hierfür werden auch Analysen durchgeführt, denn ein schad- oder stoffbelasteter Kompost wäre kaum vermarktbar.“ Zudem seien die Vorschriften der Bioabfallverordnung zu beachten.

Womöglich sind Anlieferungen durch Pflanzenschutzmittel oder Streusalz teils mit Schadstoffen belastet, so die Pressesprecherin. Bisher allerdings sei nicht bekannt, dass Probleme für einen Verwerter aufgetreten wären. Nach Auskunft des Kompostplatzes Regensburg sowie nach eigenen Erkenntnissen der Stadt wird der überwiegende Grünschnitt an den Autobahnen und Bundesstraßen derzeit gemulcht: „Das heißt, beim Mähen bleibt das Gras liegen.“ Holz aus der Gehölzpflege wird zu Hackschnitzeln verarbeitet.

Es sei nicht sehr wahrscheinlich, weiß man auch in Regensburg, dass Straßenbegleitgrün allzu stark belastet ist. Roenne-Styra: „Es sind zwar erhöhte Werte an Salz vorhanden, allerdings immer weit unter den zulässigen Werten.“ Bei der Kompostierung würden die Materialien vermischt, mögliche Schadstoffe dadurch stark „verdünnt“. „Und der fertige Kompost wird ja immer güteüberwacht und analysiert.“

Pat Christ

## Unimog-Service weiter gewährleistet

GZ-Umfrage unter bayerischen Generalvertretungen

Gerade in schwierigen Situationen müssen sich die Kommunalverwaltungen auf die Einsatzfähigkeit ihres Fuhrparks verlassen können. Die GZ fragte deshalb bei den bayerischen Unimog-Generalvertretungen nach, ob deren Service weiterhin gewährleistet ist. Die Antworten bei Carl Beuthauser, Henne Nutzfahrzeuge, Ing. Kurt Herold, KLMV und Wilhelm Mayer sind identisch.

„Wir möchten unsere Kunden wissen lassen, dass wir für sie da sind und weiterhin den bestmöglichen Service bieten. Egal ob Verkauf, Service oder unser Ersatzteilbereich – alle Teams sind im Einsatz. Natürlich steht die Gesundheit und Sicherheit unserer Mitarbeiter, deren Familien, unserer Kunden sowie Lieferanten dabei immer im Vordergrund,“ darin sind sich die Unimog-Vertretungen einig.

### Ist der Unimog Kundenservice weiterhin verfügbar?

Ja, derzeit sind alle Geschäftsbereiche uneingeschränkt verfügbar. Dazu gehören der Neu- und Gebrauchtverkauf sowie die Mietparks. Natürlich sind auch Service- und Ersatzteilteams weiterhin im Einsatz. Zum Teil ist auch der Vor-Ort-Verkauf von Ersatzteilen unmittelbar an den Standorten unter Wahrung der Sicherheitsvorkehrungen für Kunden und Personal möglich. Aktionen wie Hol- & Bringservice sollen die Situation zusätzlich erleichtern. Detaillierte Informationen gibt es bei der jeweiligen Unimog-Generalvertretung.

### Ist die Ersatzteilversorgung gewährleistet?

Ja, aktuell sind keinerlei Engpässe bei den Herstellern und Lieferanten bekannt. Wir können weiterhin wie gewohnt liefern und haben unsere Erreichbarkeit sogar noch erweitert.

### Wie sieht es mit Veranstaltungen aus?

Alle kommenden Veranstaltungen sind abgesagt oder verschoben. Die IFAT 2020 ist vorerst verschoben auf den 07. bis 11. September 2020. Tickets behalten ihre Gültigkeit. □

zahl erreicht wird und die Traktoren auch für das Mähladen geeignet ist. Die Elektronische Hubwerksregelung (EHR) verfügt



## Saubere Leistung.

Der Unimog hat auf zahlreiche Reinigungsanforderungen die passende Antwort. Mit dem Unimog Geräteträger lassen sich öffentlicher Raum und Betriebsflächen schnell und einfach säubern. Frontkehrbesen halten beispielsweise Baustellenbereiche sauber, Hochdruckreinigungsbalken entfernen Staub und Schmutz flächendeckend und Spezialgeräte wie Tunnelwasch-

geräte ersetzen eine ganze Flotte an Spezialfahrzeugen. Mit der ab Werk lieferbaren Vorrüstung für Aufbaukehrmaschinen ist selbst ein Kehraufbau in kurzer Zeit auf- und wieder abgebaut. Der schnelle Gerätewechsel ermöglicht, dass in einer Arbeitsschicht gleich mehrere Geräte eingesetzt werden können. Mehr unter [mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal](https://mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal)

## Mercedes-Benz

Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: [heimstetten@henne-unimog.de](mailto:heimstetten@henne-unimog.de), Internet: [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: [info@kurt-herold.de](mailto:info@kurt-herold.de), Internet: [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: [info@klmv.de](mailto:info@klmv.de), Internet: [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: [nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com](mailto:nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com), Internet: [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)



### Mit Bindemittel und Frontkehrwalze in den Einsatz

Ab sofort geht ein neuer Mercedes-Benz Unimog 530 im Straßenbau in den Einsatz. Das „Universal-Motor-Gerät“ macht dabei seinem Namen alle Ehre! Der U 530 ist mit einem Tankaufbau und einer Frontkehrwalze ausgestattet. Der Tank fasst insgesamt 4500 Liter. Das Bindemittel wird mit einem speziellen Spritzbalken auf den Asphalt gebracht. Dieser ist teleskopierbar und erreicht eine Gesamtbreite von bis zu 4,60 Metern.

Bild: Henne Nutzfahrzeuge

Mit dem Inkubator ist das ZDI-Trio am Würzburger Hubland komplett:

## Passgenaue Räume für Firmengründer

Der Inkubator ist als dritter und somit letzter Baustein des Zentrums für Digitale Innovationen Mainfranken (ZDI) am Hubland an den Start gegangen. Das dreiteilige Gründerzentrum, das vor allem für Unternehmerinnen und Unternehmer in der Vorgründungsphase zuständig ist, zielt auf Start-Ups, die bei Einzug nicht älter als fünf Jahre sind.

Bei der Eröffnungsfeier im Skyline Hill Center lobte Oberbürgermeister Christian Schuchardt das Tempo in der Umsetzung. Der Inkubator ist nach der Eröffnung des Gründerlabors im Mai 2018 und der Tower-Einweihung im Juli 2018 nun der letzte Entwicklungsschritt den das ZDI vollzieht. Alle „Stufen“ des ZDI entstanden laut Schuchardt nach der Ausschreibung des Freistaates Bayern im Frühjahr 2016 in Rekordzeit in einer dynamischen und attraktiven Nachbarschaft. Ausschreibung, Planung, Bau, Baurecht, Bau und Inbetriebnahme erfolgten jeweils in kurzer Abfolge: „Wahrzeichen dieser rasanten Entwicklung ist – mehr noch als der Inkubator – der Cube. Der markante Würfel im Herzen des

Hublands entstand in nur elf Monaten Bauzeit. An diesen Baustein knüpfen wir nun an und runden das Konzept ab.“

Wenn man davon ausgeht, dass eine junge Firma idealtypischer Weise alle drei Komponenten des ZDI durchläuft, wurde die letzte Stufe gerade „just in time“ fertig, um die ersten „Absolventen“ des Cubes mit ihren Prototypen aufnehmen zu können. Schuchardt zollte dem Team um Klaus Walther vom Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Standortmarketing großen Respekt, die Mission erfolgreich beendet zu haben.

Schuchardt machte deutlich, dass das ZDI in der guten Tradition der Würzburger Gründerzentren IGZ und TGZ stünde, der

Zusatz „Mainfranken“ aber die Dependancen und Partner in Schweinfurt, Bad Kissingen und Lohr unterstreiche. Die Bedeutung für die gesamte Region ließ sich auch an der Gästeliste nachvollziehen. Alle Partner des ZDI konnten aufgrund der hohen Zahl schon bei der Veranstaltung nicht namentlich genannt, sondern nur auf einer Logowand eingeleitet werden. Unter: [www.zdi-mainfranken.de](http://www.zdi-mainfranken.de) findet sich das stetig wachsende Netzwerk.

### Inhaltliche Arbeit im Fokus

Mit dem fertig gestellten Inkubator kann nun nach Jahren der intensiven baulichen Tätigkeit wieder die inhaltliche Arbeit im Fokus stehen. Es wird auf rund 900 Quadratmetern im Skyline Hill Center der IMG/WVV 30 Büros geben, die meisten mit einer Grundfläche von rund 20 qm für 400 Euro warm. Im Preis inkludiert sind W-LAN, Teeküche Lounge und Besprechungsräume. Zwölf Co-Working-Arbeitsplätze gibt es ebenfalls: Nebenkosten all inclusive für je 170 Euro. Stand heute ist bereits die Hälfte der Kapazität ausgebucht.

Projektleiter Klaus Walther und Dr. Christian Andersen, der Netzwerkmanager am ZDI, betonten, dass es aber nicht nur um adäquate Räume und technische Infrastruktur gehe, das ZDI-Umfeld biete auch unterschiedlichste Beratungs- und Vernetzungsangebote. Zentral ist die Methode des Design Thinking, die hier von Experten vermittelt und weiterentwickelt wird. Hat eine Idee eine gewisse Reife, vielleicht aber noch nicht Marktreife, erreicht, stünden im Firmennetzwerk Partner für Experteninterviews bereit und auch die Mitstreiter am Hubland können stets zu Rate ge-

schenen Bauakte und der elektronischen Fachstellenbeteiligung an. Für die Testfälle wurden Verantwortliche aus dem Bauamt ausgewählt, an deren Arbeitsplätze entsprechend große Bildschirme aufgestellt und ein spezieller Scanner angeschafft, der die Digitalisierung von großen Bauplänen bis zum Papierformat DIN A0 ermöglicht.

### Beschleunigte Verfahren

Zu einer Verkürzung der Verfahrensdauer trägt nun die parallel laufende Fachstellenbeteiligung bei. „Besonders bei Bauanträgen, bei denen wir mehrere landratsamtinterne (z.B. Naturschutz, Umweltschutz, Wasserrecht) aber auch viele externe Fachstellen (z.B. Staatliches Bauamt, Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Landesamt für Denkmalpflege, Gewerbeaufsichtsamt, Wasserwirtschaftsamt) beteiligen müssen, kann das die Verfahren beschleunigen“, so Markus Baumgartner, stellvertretender Leiter des Sachgebiets Bauleitplanung und Bauordnung. Denn Anhörungen mit dem kompletten Bauantrag werden jetzt nicht mehr in Papierform nacheinander an die einzelnen Fachstellen verschickt, sondern stehen in einem Onlineportal des Landratsamts zur Verfügung. Die zu beteiligenden Fachstellen können so ihre Stellungnahmen nun gleichzeitig bearbeiten.

Voraussetzung für ein zügiges Genehmigungsverfahren sei aber

weiterhin, so die Mitarbeiter des Bauamts, dass der Antragsteller alle notwendigen Unterlagen bereits zu Beginn vollständig einreicht.

## Projekt Denkwelt Oberpfalz

Auf Einladung von Albert Rupprecht, MdB, besuchte Marco Wanderwitz, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und frisch ernannter Ostbeauftragter der Bundesregierung, die Lars und Christian Engel (LUCE) Stiftung in Weiherhammer.

Der Staatssekretär informierte sich über das Projekt Denkwelt Oberpfalz (DWO), das die LUCE Stiftung gemeinsam mit der OTH Amberg-Weiden und der Stadt Weiden in Halmesricht auf einer Fläche von 20 Hektar bis 2024 entwickeln wird.

### Innovativ und vernetzt

Projektleiter Severin Hirmer stellte die DWO als einen innovativen, vernetzten Ort vor, in dem das Forschen, Arbeiten, Lernen und Leben in der digitalen Zukunft modellhaft gestaltet werden soll.

Mit der Digitalisierung der Bauverwaltung sind derzeit auch viele andere Landratsämter beschäftigt. Vertreter anderer Kreisverwaltungsbehörden kommen deshalb demnächst nach Passau, um sich vor Ort einen ersten Eindruck zu verschaffen.

Landrat Meyer ist erfreut über die Verbesserungen und den gesteigerten Bürgerservice. „Sie haben damit in den letzten Monaten ein großes Stück Zukunft in unsere Verwaltung gebracht“, sagte Meyer mit Blick auf die beteiligten Mitarbeiter und dankte für deren Engagement und Zusammenarbeit.

zogen werden. Man könne über die Jahre auch die Seite wechseln – vom Geförderten zum Förderer, nannte Walther ein markantes Beispiel: Infosist ist heute ein international agierendes IT-Unternehmen mit Hauptsitz in Würzburg. Diese Firmenerfolgsgeschichte begleitete in den ersten Jahren das IGZ, heute unterstützt das Unternehmen das ZDI.

Das Gesamtprojekt ZDI hat ein Volumen von 7,5 Millionen Euro, von denen 5,2 Millionen vom Freistaat Bayern gefördert werden. Staatssekretär Roland Weigert vertrat Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger bei der Eröffnung und erklärte das Konzept hinter diesem Gründerzentrum. Insgesamt sehe die Staatsregierung mit einer konsequenten Start-Up-Förderung dezentral im Flächenstaat eine gute Möglichkeit den Mittelstand und damit der gesamten Volkswirtschaft eine Frischzellenkur zu verpassen.

Weigert machte z. B. an der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen fest, dass die Spreizung zwischen Metropole und Peripherie in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen sei. Gründerzentren, nicht nur digitalen, komme hierbei eine Schlüsselrolle zu.

### Kooperation mit Bad Kissingen

In einem Video-Grußwort freute sich auch Staatsministerin Dorothee Bär über einen „Guten Tag für die Region“. Aus ihrer Sicht besonders erfreulich ist die Kooperation mit Bad Kissingen und der Gesundheitsregion.

In die spezielle ZDI-Ausstattung der Räumlichkeiten im Skyline Hill Center flossen rund 190.000 Euro Förderung. Noch wichtiger dürften aus Sicht der Start-Ups aber die günstigen Mietkonditionen sein, die im Rahmen des ZDI langfristig und somit planungssicher gewährt werden. Die maximale Mietdauer beträgt fünf Jahre pro Firmengründung. Hier sind für die nächsten 15 Jahre rund 2,2 Millionen Euro Förderung veranschlagt.

Marco Wanderwitz war von den Plänen sehr beeindruckt – gerade auch aus bundespolitischer Perspektive: „Innovative Impulse wie die DENKWELT sind unbedingt auch von Seiten des Bundes proaktiv zu begleiten. Wir brauchen im Rahmen der digitalen Transformation neue Denkansätze und Umgebungen – auch außerhalb der Metropolen –, in denen diese modellhaft umgesetzt werden können.“

Künftig soll die DWO auf Ministerialebene begleitet und es sollen gemeinsame Anknüpfungspunkte fixiert werden. Prof. Dr. Erich Bauer, Vorstandsvorsitzender der LUCE Stiftung, stellte abschließend fest: „Wir warten nicht, wir gehen in Vorleistung“, und verwies auf den Science Parks C4 der LUCE Stiftung in Weiherhammer, in dem die Themen der DENKWELT Oberpfalz bereits vorbereitet werden.

mit einem insgesamt schnelleren Baugenehmigungsverfahren zu rechnen.“

Mit der Digitalisierung der Bauverwaltung sind derzeit auch viele andere Landratsämter beschäftigt. Vertreter anderer Kreisverwaltungsbehörden kommen deshalb demnächst nach Passau, um sich vor Ort einen ersten Eindruck zu verschaffen.

Landrat Meyer ist erfreut über die Verbesserungen und den gesteigerten Bürgerservice. „Sie haben damit in den letzten Monaten ein großes Stück Zukunft in unsere Verwaltung gebracht“, sagte Meyer mit Blick auf die beteiligten Mitarbeiter und dankte für deren Engagement und Zusammenarbeit.



Digitalisierung. V.l.: Regierungspräsident Dr. Eugen Ehmann, Staatssekretär Roland Weigert, Projektleiter Klaus Walther vom Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Standortmarketing der Stadt Würzburg und Oberbürgermeister Christian Schuchardt. Bild: Georg Wagenbrenner

### Bezirk Oberbayern:

## Schutzschirm für Einrichtungen der Behindertenhilfe

Der Bezirk Oberbayern hat mit den Trägern der Einrichtungen und Dienste der Behindertenhilfe großzügige Vereinbarungen getroffen, um die Corona-Krise finanziell zu überbrücken. „Wir spannen einen Schutzschirm über unseren Partnern auf“, sagte Bezirkstagspräsident Josef Mederer. „Keine Einrichtung darf jetzt in existenzielle Nöte geraten. Damit haben unsere Partner den Kopf frei, die Herausforderungen engagiert und kreativ zu meistern.“

Gleichzeitig habe der Bezirk Oberbayern damit die Weichen gestellt, so der Bezirkstagspräsident weiter, „dass jetzt niemand seinen Job verliert und nach dieser Ausnahmesituation alle in der gewohnten und bewährten Weise weiterarbeiten können. Wir werden weiterhin schnell, entschlossen und verantwortungsbewusst handeln, um die Ansteckung mit dem Corona-Virus einzudämmen. Dafür setzen wir im Bezirk Oberbayern all unsere Energien und Ressourcen ein.“

### Notangebote ermöglichen

Gemäß einer Verordnung des Bayerischen Gesundheitsministeriums wurden alle Werk- und Förderstätten für Menschen mit Behinderungen vorerst bis zum 19. April geschlossen. Die Einschränkungen gelten auch für Kindertagesstätten und weitere Einrichtungen der Behindertenhilfe. In dem Erlass ist auch geregelt, dass die Einrichtungen Notangebote offenhalten können, damit beispielsweise Kinder des medizinischen Fachpersonals weiter betreut werden können. Soweit es die derzeitigen Umstände erlauben, versucht der Bezirk Oberbayern deshalb gemeinsam mit den Trägerverbänden Notangebote etwa in Heilpädagogischen Tagesstätten sowie Werk- und Förderstätten zu ermöglichen.

### Kompetente Beratung

Auch viele Beratungsstellen wie die Sozialpsychiatrischen Dienste und Suchtberatungen können nicht mehr wie gewohnt arbeiten. Hier werden vielfach vor Ort alternative Beratungsmöglichkeiten etwa per Telefon oder E-Mail ausprobiert und angeboten. Auch die Leitstelle des vom Bezirk Oberbayern finanzierten Krisendienstes Psychiatrie ist wie gewohnt unter 0180/655 3000 erreichbar. „Durch diese Krise geraten viele Menschen in seelische Extremsituationen“, sagte der Bezirkstagspräsident. „Beim Krisendienst haben sie hochkompetente Ansprechpersonen, um über ihre Sorgen und Ängste zu sprechen.“

Des Weiteren unterstütze der Bezirk Oberbayern auch die Träger von Wohnangeboten für Menschen mit Behinderungen, „damit sie vor Ort die noch kommenden Herausforderungen zusammen mit uns meistern können“. Mederer erklärte: „Gemeinsam mit den Trägern aller Einrichtungen und Dienste müssen wir die Lage jeden Tag neu

bewerten. Unser Ziel ist es, die Mitarbeitenden sowie die Besucherinnen und Besucher umfassend zu schützen. Deshalb kann es zu weiteren Einschränkungen kommen, für die ich alle um ihr Verständnis bitte.“

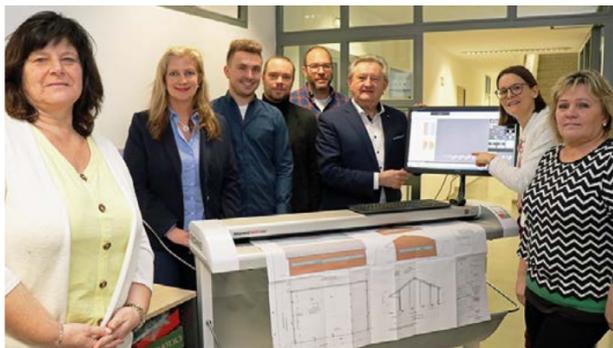
### GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045  
Fachblatt der KPV in Bayern  
Herausgeber:  
Landrat Stefan Rößle  
Redaktion:  
Constanze von Hassel (verantwortlich)  
Doris Kirchner, Chessel vom Dienst  
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel  
Telefon 08171 / 9307-11  
Ständige Mitarbeiter:  
Jörg Kunstmann (KPV)  
Peter Müller  
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.  
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.  
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
Anzeigen- und Vertrieb:  
Monika Steer (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-13  
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020  
Anzeigenschlusstermine:  
siehe Erscheinungs- und Themenplan  
Veranstaltungen:  
Theresa von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-10  
Erscheinungsweise:  
22 Ausgaben jährlich  
(mit zwei Doppelausgaben)  
Jahresbezugspreis Inland:  
€ 76,10 zzgl. MWSt.  
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:  
(Abrechnung über eine Adresse)  
€ 38,25 zzgl. MWSt.  
Sammelabo ab 10 Zeitungen:  
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.  
Kündigung:  
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag  
Verlags- und Geschäftsleitung:  
Anne-Marie von Hassel  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel  
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:  
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH  
Postanschrift:  
Postfach 825, 82533 Geretsried  
Paketanschrift:  
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried  
Telefon 08171 / 9307-11  
Telefax 08171 / 9307-22  
eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)  
Internet: [www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)  
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:  
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:  
Anne-Marie von Hassel  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel  
Druck und Auslieferung:  
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG  
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg  
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

### Pilotkunde Landratsamt

„Wir haben uns dabei von den Spezialisten unseres Softwareanbieters unterstützen lassen“, berichtete Resch-Fürst. „Der Anbieter hat die Software genau nach unseren Anforderungen immer wieder angepasst.“ Denn das Landratsamt Passau war Pilot-Kunde der Firma im Bundesland Bayern.

Als nächstes stand die schrittweise Einführung der elektroni-



Landrat Franz Meyer (3.v.r) ließ sich von den verantwortlichen Bediensteten Brigitte Irlinger (v.l.), Margarethe Resch-Fürst, Ernst Geiselberger, Markus Baumgartner, Reinhold Altmann, Christine Hilgart und Beate Lorenz über den Umstellungsprozess informieren.

Frauen in die Parlamente:

## „Nach der Wahl ist vor der Wahl!“

Dieses Motto von Barbara Stamm, ehemaliger Landtagspräsidentin in Bayern, gilt auch nach der Kommunalwahl 2020 in Bayerns Kommunen. Der Anteil an Frauen im Bürgermeisteramt steigt weder in Bayern noch bundesweit signifikant an, obwohl das Thema „Mehr Frauen in Führung“ seit Jahren nicht nur in der Politik, sondern auch in Verwaltung, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft in aller Munde ist. Das Buch „Bürgermeisterin werden – Fahrplan ins Amt. Praxistipps und Coachingtools“ (Richard Boorberg Verlag Stuttgart 2019) von Dr. Hanne Weisensee gibt Impulse und zeigt Wege auf, wie Frauen ihren „Weg ins Rathaus“ überlegt und fokussiert angehen können. Die Autorin hat mit Barbara Stamm über Erfahrungen, Strategien und Gestaltungsmacht als Frau in der Politik gesprochen.

**Was am Oberbürgermeisteramt hat Sie besonders gereizt, als Sie 1990 in Würzburg angetreten sind?**

Mir hat generell die Stadtratsarbeit vor Ort viel Freude bereitet: Nah am Geschehen, in der direkten Begegnung mit den Menschen und in der Übersichtlichkeit und Intensität der konkreten Themen. Eine Stadt mit den Menschen gemeinsam zu gestalten und zu entwickeln – dazu ein Rathaus mitten in der Stadt –, das hat mich sehr gereizt. Ich schätze die Nähe zu den Menschen und habe sie in allen meinen Ämtern und Funktionen immer gesucht. Tagsüber Gespräche, die Akten dann in den Abendstunden.

**Was sagen Sie zu Frauen, die überlegen anzutreten?**

Durchatmen und antreten! Frauen müssen sich bemerkbarer machen. Sie müssen zeigen, wir sind da! Mit viel Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein an Politik heran gehen. Und Macht anstreben: Macht im Sinne von Verantwortung den anderen gegenüber, ausgehend von der Würde des Menschen. Aber ohne Macht geht eben nichts. Macht im guten Sinne ist ein Instrument, um verantwortungsvoll zu arbeiten. Davon dürfen Frauen nicht zurückschrecken.

**Denken Sie, dass Frauen im (Ober)Bürgermeisteramt andere Akzente setzen als Männer? Wieso brauchen wir überhaupt mehr als 10 % (Ober-)Bürgermeisterinnen?**

Ich erlebe, dass Frauen noch mal andere Akzente setzen. Das heißt nicht, dass sie alles besser machen. Aber sie ergänzen Politik und die Gestaltung der Kommunen um ihre Erfahrungen und Lebenswirklichkeiten. Die Bandbreite der Themen wächst und es gibt eine andere Akzentuierung. Beispiel Pflege: Wenn ich selbst Angehörige pflege oder gepflegt habe, blicke ich anders auf das, was Beschäftigte in Pflegeberufen tun und benötigen. Ich bringe zusätzliche Aspekte in die politischen Entscheidungsprozesse ein. Ich weiß aber auch konkret aus Erfahrung, was Ältere oder Kranke Menschen in meiner Stadt brauchen, um dort gut leben zu können und gut versorgt zu sein. Das bereichert.

**An einen Runden Tisch gehören alle Betroffenen.**

Auch der Stil und Umgang in Politik und Kommune kann sich ändern. Frauen sagt man eine spezifische Kommunikationsfähigkeit nach. So habe ich schon immer zu Runden Tischen eingeladen und diese moderiert: Alle, wirklich alle, die von einem Thema tangiert waren, mussten dabei sein. So konnten die Schnittstellen bei strittigen Themen herausgearbeitet und Kompromisse gefunden werden. Mein Motto war immer: „Wir sind hier beieinander, um auszuloten, was geht. Und nicht um darüber zu sprechen, was alles nicht geht. Das ist im Vorfeld schon ausreichend geschehen.“ So konnte ich viele Probleme lösen. Solche Fähigkeiten können Frauen in Spitzenfunktionen gut einbringen.

**Wie kann erreicht werden, dass mehr Frauen kandidieren?**

Es ist grundsätzlich wichtig, dass Menschen für politische Äm-

ter kandidieren und ihre Fähigkeiten, ihr Wissen und ihre Vielfalt einbringen. Das gilt für Frauen und Männer gleichermaßen. Heute müssen wir als Verantwortliche in Parteien und Kommunen uns stärker bemühen, genauer hinschauen und mögliche Kandidat\*innen umfassender ansprechen. Gerade Frauen müssen ermutigt werden. Ein zentrales Mittel ist Mentoring: Erfahrungen weiterzugeben, mit Rat zu unterstützen, Hintergrundwissen zu vermitteln – das stärkt interessierte Frauen. Ich habe und hatte immer Mentees, die ich ein Stück



Barbara Stamm. Bild: Hipp

begleitet habe. Im Landtag habe ich mich kontinuierlich für Praktikant\*innen bei den Abgeordneten und in der Landtagsverwaltung eingesetzt. Diese Aufgabe fällt in der Kommune dem Oberbürgermeister oder der Oberbürgermeisterin zu. Das muss von oben gewollt und gestaltet werden. Da liegt die Verantwortung. Wir müssen den Frauen Lust auf politische Gestaltung machen. Und ihnen ihre Verantwortung bewusst machen. Darüber hinaus benötigen wir generell eine bessere und umfassendere politische Bildung: Grundkenntnisse über Demokratie, die Bayerische Verfassung und wie ein Parlament konkret arbeitet.

**Was müssen Parteien, politische Vereinigungen, Städte-, Gemeinde- und Landkreistage oder Parlamente auf allen Ebenen dafür anders machen als bisher?**

Das Sichtbarmachen von Frauen in politischen Spitzenämtern ist eine Kernaufgabe. Bei der Besetzung von Gremien, Listen und Podien müssen die Verantwortlichen – Frauen wie Männer – darauf achten, dass nicht nur eine oder wenige Alibifrauen zu sehen sind, sondern dass das vorhandene Potenzial voll ausgeschöpft wird. Wir müssen diejenigen unterstützen, bei denen wir sehen, die tun der Kommune gut und schauen, wo wir jemanden Herausragenden haben. Frauen finden wir oft im vorpolitischen Feld. Sie müssen wir ansprechen und gewinnen.

**Verantwortung der kommunalen Spitzenverbände**

Wir in den Spitzenfunktionen müssen darauf aufmerksam machen, wenn zu wenige Frauen vorgeschlagen oder sichtbar werden. Wir können Veranstaltungen mit reinen Männerpodien boykottieren oder Vorschlagslisten mit nur wenigen Frauen

ablehnen. Journalistinnen sollten keine Podien mehr moderieren, auf denen nur eine Frau vorkommt. Es sind heute genügend gute Frauen vorhanden. Und die engagierten Frauen müssen das auch wollen: Sichtbar sein und sich öffentlich darstellen. Vorbild sein für Frauen, die Rollenbilder suchen. Und hier sehe ich eine Verantwortung des Städte-, Gemeinde- und Landkreistages: Die Gruppe der (Ober-)Bürgermeisterinnen in Bayern sichtbar zu machen. Als Berufsgruppe, aber auch in ihrer Vielfalt – und damit das Bürgermeisteramt als reelle Berufsoption für engagierte Frauen aufzuzeigen. Die Amtsinhaberinnen müssen sich gut vernetzen. Am besten über die politischen Ebenen hinweg – und mit den Männern, die eine angemessene Beteiligung von Frauen an Kommunalpolitik für selbstverständlich halten.

**Was sollten Frauen anders machen als bisher?**

Weniger kritisch mit sich selbst und anderen Frauen umgehen. Sich Ämter und Machtgestaltung zutrauen. Man muss nicht schon alles können und mitbringen, bevor man kandidiert. Man kann und darf in ein Amt auch hineinwachsen. Mit dem Zögern und dem hohen Anspruch an sich selbst, stehen sich Frauen auch im Weg. Und ganz wichtig: Sich vernetzen. Lobbyarbeit in Sachen „Mehr Frauen in Führung“. Der Austausch untereinander stärkt. Und die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Frauen und Männern.

**Wie muss das (Ober-)Bürgermeisteramt der Zukunft ausgestaltet sein, um überhaupt noch qualifizierten und ausreichend Nachwuchs zu gewinnen?**

Darüber muss gesprochen werden. Sitzungszeiten und Sitzungskultur in der Politik schrecken Frauen durchaus ab. Auch die umfassende Verfügbarkeit und die Arbeitszeiten rund um die Uhr werden als Belastung angesehen – nicht nur von Frauen. Alle in der Politik sollten anfangen, offen damit umzugehen, wenn Termine im privaten Bereich anstehen: Nicht mehr als Floskel sagen „ich habe noch andere Verpflichtungen“. Sondern benennen, wenn es um Termine mit der Familie oder dem Freundeskreis geht. Einfach, um sichtbar zu machen, dass auch Menschen in der Politik Menschen sind, die ein Recht auf ein Privatleben haben. Das wäre schon ein erster großer Schritt.

Zudem Job-Sharing auf allen Führungsebenen nicht nur zu diskutieren, sondern es als Chef\*in zuzulassen und zu fördern. Ich war und bin der Auffassung, man muss Dinge probieren und praktizieren statt zu erklären, was alles angeblich nicht geht. Unsere Gesetze lassen hier bereits genügend Spielraum, der aber von den Verantwortlichen oft nicht zugestanden oder genutzt wird.

**Was ist Ihr Fazit zu der Frage, wie wir mehr Frauen in politische Führungsfunktionen bekommen?**

Mein Fazit aus meiner politischen Laufbahn als Frau in Führungsämtern hat zwei Botschaften. Die eine Botschaft lautet: „Man darf nicht müde werden“. Köpfe und Kultur in der Politik müssen sich bewegen, Frauen müssen sich trauen und Macht einfordern. Die andere Botschaft lautet: „Geduld haben wir genug gehabt!“. Wir als Gesellschaft müssen nun endlich verstehen, dass wir Frauen gleichberechtigt einbinden und ihr Potenzial nutzen müssen. Wir brauchen dringend ihre Erfahrungen, ihr Können und ihr Wissen. Wir können darauf nicht verzichten. Darum an alle: „Hört auf zu lamentieren, nutzt eure Chance!“ □

GZ

GESTERN  
hat mein Chef gesagt ...

„Unglaublich, wie sich unser Leben gewandelt hat. Wie leicht es ist, sich auf eine neue Arbeitswelt umzustellen und wie schwer es ist, auf alltägliche Begegnungen zu verzichten. Nichts ersetzt den Ratsch am Kaffeautomaten im Büro!“ Mein Chef, der Bürgermeister, meldet sich regelmäßig per Video oder Telefonkonferenz bei uns.

Er musste sich nicht in Quarantäne begeben, aber er hat die Devise ausgegeben, dass jeder, der von zuhause aus arbeiten kann, dies auch machen soll. So vermeidet man nicht nur den Kontakt im Büro, sondern auch in Bussen und Bahnen. Deshalb werden die Geschehnisse der Stadt derzeit aus den Wohnzimmern, Küchen, improvisierten Arbeitszimmern in Fluren und Kellern des Bürgermeisters, der Amtsleiter und eigentlich der

schirm, hackt auf seine Tastatur ein oder telefoniert. Kein kurzer Abstecher zum Kollegen, um ihm was zu bringen oder etwas abzuholen, kein Außentermin, kein schnelles Treffen mit einer Freundin in der Mittagspause. Stattdessen reduziert sich das Leben auf die Wege vom Arbeitsplatz zur Küche oder mal kurz vor die Tür zum einsamen Luftschnappen.

Das bringt uns zum zweiten Problem: Gewichtszunahme. Der Kühlschrank ist ja voll und erreichbar. Der Trick, in die Arbeit einfach keine Schokolade oder Chips mitzunehmen, funktioniert zuhause nicht, weil beides ja zum Fernsehabend oder zur Bestechung der Kinder im Hause sein muss. Und weil mir kochen nach dem Homeoffice genauso auf den Wecker geht wie nach einem stressigen Tag im Rathaus, gibts abends was Gelieftes, statt mittags ein Schlüsselchen von der Salatbar der Kantine.

Und dann Problem Nummer drei: Partner und Kinder. Sowohl die Arbeitswelt, also auch die Schule wurden ja geschaffen, damit Menschen, die sich lieben, zwischen fünf und zehn Stunden an fünf Tagen der Woche sich nicht auf der Naht liegen. Ist dies nicht mehr gegeben, gibt es Reibereien. Kinder kann man noch mit Lernen dahoam etwas ablenken. Der Bayerische Rundfunk hat mit seinem Bildungsprogramm in diesen Tagen einen Verdienstorden und höhere Gebührenanteile ohne Gemecker verdient. Youtube macht nicht nur dumm, sondern kann auch schlau machen, wenn man richtig suchen kann und mebis hilft dabei, den Kindern Alltagsgeschichte nahezubringen. Wer seinen Kindern erklären will, wie lange es früher gedauert hat, bis man sich mittels Modem ins Internet eingewählt hat, wie lange Seiten gebraucht haben, um sich aufzubauen und wie oft Windows früher aus heiterem Himmel abstürzt ist, der setzt die Kids einfach vor mebis.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist schon weiter. Er hofft auf eine Rückkehr ins Büro nach Ostern. Natürlich mit Schutzmaske. Dann heißt es wohl mit dem Schriftsteller Otto Erich Hartleben: „An der Maske, die wir uns verbinden, erkennt man uns“.

Allen, die die Stichwahl am Sonntag siegreich überstanden haben, gratuliere ich herzlich.

*the  
Sabriul*

## Vom Zwang, Gewohnheiten zu ändern

Mehrzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelenkt. Denn Publikumsverkehr haben wir ja so gut wie keinen mehr. Und Stadtratssitzungen sollten eh keine mehr bis zur Konstituierung des neuen Stadtrates stattfinden.

Man merkt allerdings schon, dass der Job eines Kommunalpolitikers zu einem Großteil aus Kommunikation besteht, die ja jetzt in Zeiten der Corona nicht wie üblich stattfinden kann. Keine Bürgersprechstunde, keine Ortsbesichtigungen, keine Gremiensitzungen – der Termin kalender des Bürgermeisters ist wie leergefegt. Dafür immer mehr Telefontermine, Videochats und umfangreiches E-Mail-Ping-Pong, wenn es nicht gelingt, mit dem benötigten Gesprächspartner auf andere Weise in Kontakt zu kommen.

Wider Erwarten sind sowohl die häuslichen WLAN-Verbindungen als auch die mobilen Daten bisher noch nicht zusammengebrochen und halten dem Ansturm der vielen zu übertragenden Gespräche ebenso Stand wie den gefühlten Millionen von Memos, Videoclips, Audiobottschaften und was noch alles, das die Leute aus der Isolation über Messenger- oder andere soziale Netzwerke in die Community schicken.

Eigentlich gibt es beim ganzen Homeoffice nur drei Probleme. Erstens der Mangel an Bewegung. Man sitzt ja andauernd vor dem Bild-

## Beratungsangebote für psychisch kranke Menschen

Notfallversorgung wird auch während der Ausgangsbeschränkung aufrechterhalten

Die Corona Krise stellt unsere Gesellschaft vor viele neue Herausforderungen. Gerade in krisenhaften Zeiten, wie wir sie momentan erleben, drohen besonders psychisch labile Personen in eine seelische Notlage zu geraten. Deshalb ist es wichtig, dass die Beratungsangebote der Sozialpsychiatrischen (SpDi) und Gerontopsychiatrischen (GpDi) Dienste, die psychosozialen Suchtberatungsstellen (PSB), aber auch die Tagesstätten für psychisch kranke Menschen, und andere wichtige Unterstützungsangebote für die Betroffenen und gegebenenfalls deren Angehörige erreichbar bleiben.

Das Bayerische Sozialministerium teilt diese Auffassung aus fachlicher Sicht. In besonders dringenden Fällen sollte auch weiterhin eine Einzelberatung bei entsprechender Einholung von Hygienevorschriften ermöglicht werden, dazu gehört auch Abstandhalten. Eine Idee, die uns berichtet wurde, ist, mit der Klientin bzw. dem Klienten während des Gesprächs im Freien spazieren zu gehen. Das Bayerische Sozialministerium hat um maßvolles Handeln gebeten. Um die Inanspruchnahme der Leistungen auf dringend erforderliche Fälle zu beschränken, muss stets vor Ort eine individuelle Abwägung getroffen werden. In allen Fällen ist zunächst zu prüfen, ob eine Leistung auch telefonisch oder online erbracht werden kann.

Gruppenangebote sollen auf das allernötigste Maß heruntergefahren oder wenn möglich ganz abgesagt werden. Deswegen ist zum Beispiel bei Kontakt- und Begegnungststätten und Ta-

gesstätten jeweils situativ in Abstimmung mit dem Bezirk und gegebenenfalls mit dem zuständigen Gesundheitsamt zu entscheiden, welche Angebote aufrechterhalten werden können und welche nicht. Dadurch freierwerdende Personalressourcen können dann für die individuelle Beratung per Telefon oder E-Mail eingesetzt werden.

**Videoangebot**

Die Dienste sollten auch den Aufbau eines Videoangebots überlegen. Gerade für neue Klienten, zu denen noch kein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden konnte, kann es hilfreich sein, die beratende Person zusehen. Die Klienten benötigen lediglich ein Smartphone. Auf Beraterseite ist ein EDV-Arbeitsplatz mit Kamera erforderlich. Gegenwärtig bieten viele Firmen günstige Software für Videokonferenzen an. Auch in Krisenzeiten sollte beim Videoangebot der Datenschutz beachtet werden.

Wir empfehlen, die für den Bereich niedergelassener Ärztinnen und Ärzte zertifizierten Angebote vorrangig in den Blick zu nehmen. Als hilfreich haben sich die Informationen auf der Seite des healthinnovation hub des Bundesministeriums für Gesundheit erwiesen. Diese sind unter [www.hih-2025.de/coronaabruflbar](http://www.hih-2025.de/coronaabruflbar).

Die Beratungstätigkeit der SpDi und PSB, insbesondere für die betreute Kernklientel, sowie Angebote zur Krisenversorgung müssen unbedingt aufrechterhalten werden – sie sind vielleicht im Moment sogar wichtiger denn je. Wir freuen uns über jede kreative Lösung, die hier gefunden wird, und regen an, sich darüber in den regionalen Netzwerken auszutauschen.

Der Krisendienst Mittelfranken hat zwar seine direkten Kontakte eingestellt, für Telefon- und Onlineangebote bestehen die bisherigen Öffnungszeiten und Angebotszeiten (täglich von 9 bis 24 Uhr) aber unverändert weiter. Das türkisch- und russischsprachige Angebot konnte auf diese Weise ebenfalls aufrechterhalten werden.

Der Krisendienst Psychiatrie Oberbayern bietet weiterhin die Rund-um-die-Uhr erreichbare telefonische Beratung und in besonders dringenden Fällen auch die vor Ort aufsuchenden Dienste an. Hier wird aber versucht, die persönliche Beratung vor Ort entweder in den Räumen eines Sozialpsychiatrischen Dienstes durchzuführen, oder die Einsatzkräfte treffen sich mit dem Betroffenen im Freien.

**Celia Wenk-Wolff**  
Referentin BayerischerBezirketag

Sozialausschuss des Bezirks Niederbayern:

# Neue Vorschriften, steigende Kosten

Neue Vorschriften und die Folgen für das Personal in Heilpädagogischen Tagesstätten und Kinderwohnheimen, die Versorgung von Geflüchteten sowie die Förderung von Werkstätten für behinderte Menschen standen u.a. auf der Agenda der jüngsten Sitzung des Sozialausschusses des Bezirks Niederbayern in Landshut.

Unter dem Vorsitz von Bezirksstagspräsident Dr. Olaf Heinrich wurde der Ausschuss über den aktuellen Sachstand in Kenntnis gesetzt. Es zeichnet sich ein deutlicher Zuwachs an Planstellen im Gruppen- und Fachdienst ab. Damit verbunden ist ein drastischer Kostenanstieg.

Das Beispiel einer Heilpädagogischen Tagesstätte mit 160 Kindern veranschaulicht dies ganz konkret: Bis dato refinanzierte der Bezirk Niederbayern 18,8 Planstellen im Gruppen- und Fachdienst für 140 Kinder mit jährlich rund 1,2 Millionen Euro. Die im Entwurf vorliegende Betriebserlaubnis weist nun eine Erhöhung des Budgets um etwa 54 Prozent auf rund 1,85 Millionen Euro aus. Im Ergebnis bedeutet diese Entwicklung in der Hochrechnung für die derzeit 1.470 heilpädagogisch betreuten Kinder in Niederbayern eine Steigerung der Refinanzierung von Gruppen- und Fachpersonal von etwa 5,9 Millionen Euro.

Bei den Kinderwohnheimen ergab sich eine Steigerung des Personalbudgets von rund 24 Prozent. Das Gesamtvolumen der Refinanzierung für die 200 derzeit

in Kinderwohnheimen betreuten Kinder wird sich voraussichtlich um rund 2,4 Millionen Euro erhöhen. Insgesamt ist durch die Umsetzung der Richtlinie eine Steigerung an Personalausgaben von rund 30 Prozent im Bereich Kinder- und Jugendliche zu erwarten.

Stichwort Versorgung von Geflüchteten: Studien belegen, dass rund ein Drittel der erwachsenen Flüchtlinge unter psychischen Erkrankungen leiden. Diese schwerwiegenden Erkrankungen aufgrund traumatischer Kriegs-, Folter- oder Fluchterfahrungen beeinträchtigen die Menschen bei der Integration. Doch es gibt zu wenig Behandlungsplätze und entsprechend geschulte Therapeuten.

Um diese Situation abzumildern, kümmert sich Refugio München in Landshut bereits seit 2008 in Kooperation mit dem Haus International mit Honorarkräften bzw. einer angestellten Therapeutin um eine ambulante psychotherapeutische und psychosoziale Versorgung von Geflüchteten. Aufgrund des hohen Bedarfs in Niederbayern wurde 2018 ein multiprofessionelles Behandlungszentrum ins Leben gerufen, das eng mit Ein-

richtungen der Gesundheitsversorgung wie etwa dem Bezirkskrankenhaus (BKH) Landshut vernetzt ist.

Der Sozialausschuss des Bezirkstags von Niederbayern beschloss, Refugio in Landshut jährlich mit 73.025 Euro zu unterstützen. Es handelt sich dabei um eine freiwillige Leistung des Bezirks.

Nach den einschlägigen Förderhinweisen für Werkstätten für behinderte Menschen sind die Kostenobergrenzen für Baukosten entsprechend dem Baukostenindex jährlich anzupassen. Im Januar gab das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Integration die Anpassungen für Projekte des Jahresförderprogramms 2020 bekannt. Demnach erhöhen sich die Richtwerte für Neubau- und Erweiterungsmaßnahmen in

Werkstätten von 48.000 Euro auf 50.300 Euro pro Platz und für Umbaumaßnahmen von 36.000 Euro auf 37.700 Euro pro Platz. Die Ausstattungspauschale von 4.000 Euro pro Platz bleibt unverändert.

Folgende drei Einrichtungen/Projekte in Niederbayern waren von den Anpassungen betroffen: Werkstatt für behinderte Menschen in Landau a. d. Isar (Modernisierung und Teilneubau von 120 Plätzen), Werkstatt für behinderte Menschen in Pocking (Erweiterung um 90 Plätze und Modernisierung von 200 Plätzen) sowie Siedlung Bühel, Schwarzach (Erweiterung im 2. Bauabschnitt um 8 auf insgesamt 50 Plätze).

Der Sozialausschuss genehmigte die sich aus der Erhöhung der Kostenobergrenzen ergebenden Differenzen für die genannten Einrichtungen. Zugestimmt haben die Ausschussmitglieder auch dem Antrag auf vorzeitigen Maßnahmenbeginn für die Modernisierung und den Teilneubau der Werkstatt in Landau. **DK**

Erster Klimagipfel im Landkreis Erding:

# Global denken, lokal handeln

Aktuelle Fragestellungen und Vorschläge zum Klimaschutz auf Landkreisebene standen im Zentrum des 1. Klimagipfels im Landkreis Erding. Eingeladen waren neben allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern auch die Mitglieder der „Fridays for future“, der Bund Naturschutz und die Energiewende Kreis Erding e.V.

Klimaschutzmanager Michael Perzl skizzierte eingangs die wesentlichen Aspekte des neuen Klimaschutzatlas, der als eines der Ziele für den Landkreis die Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 vorsieht. Wie Landrat Martin Bayerstorfer hierzu erläuterte, werde im Landkreis Erding bereits deutlich mehr Strom aus regenerativen Quellen produziert als verbraucht. Mithilfe der Geothermie können im Bereich Wärme beispielsweise 13.000 Tonnen CO<sub>2</sub> und 8 Millionen Liter Heizöl jährlich eingespart werden. Es gelte, weitere Potenziale zu nutzen. Unter anderem sind für das kommende Jahr die Etablierung eines Klimaschutzpreises und die Prüfung alternativer Antriebsmodelle im ÖPNV geplant.

trieb eines zukunftsfähigen Ladeetzes erstellen lassen.

Über die EVE GmbH soll zusätzlich die Errichtung von Photovoltaikprojekten auf öffentlichen Gebäuden oder Flächen wie der Kreismülldeponie im Sollacher Forst weiter vorangetrieben werden. Installiert wurden bereits Anlagen auf dem Dach der Realschule Taufkirchen, dem Gastronomiezentrum der Berufsschule Erding und dem Gymnasium Dorfen sowie der Landwirtschaftsschule.

Die Teilnehmer des Plenums erörterten im Anschluss verschiedene Aspekte aus den Themenkomplexen Energieerzeugung, Mobilität und Ressourcen. Angeregt wurde etwa, dass die Landkreiskommunen künftig auf allen öffentlichen Gebäuden PV-Eigenverbrauchsanlagen errichten sollen. Im Bereich der Mobilität wurden die Förderung von Mitfahrzentralen sowie Taxi-Apps vorgeschlagen.

Bayerstorfer erläuterte die Initiative Handyhike des MVV, an der sich auch der Landkreis Erding beteiligen wird. Dabei handelt es sich um eine Art organisierte Fahrgemeinschaft, die sowohl für den Fahrer als auch für Mitfahrer größtmögliche Sicherheit verspricht. Mehr Beratung für die Energieeinsparung bei der eigenen Immobilie wünschte sich eine weitere Diskussteilnehmerin, die umgehend an die kostenlose Energieberatung im Landratsamt Erding verwiesen wurde. **DK**

# Prominenter Besuch in Gerolzhofen

Schnelles Internet in den Dörfern, flächendeckender Mobilfunk, Digitalisierung: Diese Megathemen wurden beim Besuch der Staatsministerin für Digitalisierung, Dorothee Bär, in Gerolzhofen besprochen.

Auf der Agenda stand eine Besichtigung der „K&K Software AG“, die heuer 20-jähriges Jubiläum feiert: Gründer Arnulf Koch sprach eine bessere Vernetzung mit den Hochschulen an, um auch abseits der Hochschulstädte für qualifizierte Mitarbeiter attraktiv zu sein. Daneben sei auch fernab der Großstädte eine hervorragende Breitbandverbindung wichtig, um als Unternehmen aus dem ländlichen Raum heraus wirtschaftlich erfolgreich agieren zu können. „Das schafft Arbeitsplätze und wirkt der Landflucht entgegen.“

Diskutiert wurde auch das geplante Gründerhaus in der Gerolzhöfer Altstadt. Dorothee Bär und Bundestagsabgeordnete Dr. Anja Weisgerber sagten Bürgermeister Thorsten Wozniak hier entsprechende Unterstützung zu – auch bei der Suche nach den richtigen Fördermöglichkeiten. Den Blick auf die kleinen Dörfer im Landkreis richtete Landratskandidat und Bürgermeister Lothar Zachmann: Für die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes gehe es auch darum, Mobilfunklöcher zeitnah zu schließen. **DK**

Ladenetz im Visier

Wie Bayerstorfer weiter ausführte, seien die Themen Klimaschutz und Energiewende nicht nur Angelegenheiten der Bundes- und Landespolitik sowie der großen Energieversorger, sondern auch Aufgabe der Landkreise und Kommunen. Hier gelte das Motto: Global denken – lokal handeln. Der Landkreis Erding habe bereits neun hochmoderne Elektroladesäulen (2 x 22 kW) an verschiedenen Liegenschaften des Landkreises installiert, um die Nutzung von E-Fahrzeugen noch attraktiver zu machen. Die EnergieVisionErding GmbH hat dazu ein umfassendes Gesamtkonzept für den Aufbau und Be-

## Abzeichen

**FAHNEN KOCH COBURG**  
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
 Querstrasse 8  
 96450 Coburg  
 Tel.: 09561-5527-0  
 Fax: 09561-5527-23

**Das GZ-Netzwerk**  
 Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.  
[www.anmelden.gemeindezeitung.bayern](http://www.anmelden.gemeindezeitung.bayern)

## Bau

**ERLUS AG**  
 Hauptstraße 106  
 D-84088 Neufahrn/NB  
 T 08773 18-0  
 F 08773 18-113  
[www.erlus.com](http://www.erlus.com)

## Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

**ETSCHEL BRUNNENSERVICE**  
 Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg  
 Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsch.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

## Energiedienstleistung

**erdgas schwaben**  
 sicher, günstig, nah  
[erdgas-schwaben.de](http://erdgas-schwaben.de)

## Erneuerbare Energien

**SOLARSTROM AUS IHRER GEMEINDE juwi**  
 Zeigen Sie Ihr Engagement für den Klimaschutz. Wir suchen zusammenhängende Acker- und Wiesenflächen oder Industrie- und Gewerbebrachen von min. fünf Hektar in Ihrer Gemeinde.  
 Ihr Kontakt zu uns:  
 juwi AG, Thomas Bablitschky, 06732/9657-13277  
 energieprojekte@juwi.de · [www.juwi.de](http://www.juwi.de)

## Fahnenmasten / Fahnen

**FAHNEN KOCH COBURG**  
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
 Querstrasse 8  
 96450 Coburg  
 Tel.: 09561-5527-0  
 Fax: 09561-5527-23

**FAHNEN KÖSSINGER**  
 Am Gewerberg 23 · D-84059 Schierling  
 Tel. 09451 9313-0 · [www.fahnen-kossinger.de](http://www.fahnen-kossinger.de)

## Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

**MONIKA STEER**  
 Telefon 08171.9307-12  
 steer.monika@gemeindezeitung.de

## Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

**THERESA VON HASSEL**  
 Telefon 08171.9307-10  
 hassel.theresa@gemeindezeitung.de

## Gewerbebau

**Laumer Bautechnik GmbH**  
 Bahnhofstr. 8  
 84323 Munning  
 Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500  
 Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen  
 Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume  
 Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung  
[www.laumer.de](http://www.laumer.de) · [info@laumer.de](mailto:info@laumer.de)

## Informationssicherheit und Datenschutz

**insidas**  
 Wir leben Datenschutz und Informationssicherheit. Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur. Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert. Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder [info@insidas.de](mailto:info@insidas.de)  
[www.insidas.de](http://www.insidas.de)

**Notify-Newsletter**  
 Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

## Kommunale IT

[www.akdb.de](http://www.akdb.de)

## Kommunale Fachmedien

**Wegweisend bei Wissen.**  
 Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.  
[www.schweitzer-online.de](http://www.schweitzer-online.de)

## Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung  
[www.bayerngrund.de](http://www.bayerngrund.de)

## Kommunalfahrzeuge

**Für jeden der richtige Unimog.**  
 Bei Ihren Profis in der Region.  
 Henne Nutzfahrzeuge GmbH  
 85551 Heimstetten, [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)  
 Carl Beuthhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG  
 93095 Hagelstadt, [www.beuthhauser.de](http://www.beuthhauser.de)  
 Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge  
 89231 Neu-Ulm, [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)  
 Carl Beuthhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG  
 95326 Kulmbach, [www.beuthhauser.de](http://www.beuthhauser.de)  
 Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG  
 97076 Würzburg, [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)  
 KLMV GmbH  
 95145 Oberkotzau, [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

## Recyclingbaustoffe

**BAUSTOFF RECYCLING BAYERN**  
[www.baustoffrecycling-bayern.de](http://www.baustoffrecycling-bayern.de)

## Sitzmöbelhersteller

**KRENZER**  
 Wir gestalten Räume.  
 Walter Krenzer GmbH & Co KG  
 Sitz- und Polstermöbelfabrik  
 Industriestraße 26  
 D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)  
 Telefon: 02771/3208-0  
 Telefax: 02771/3208-13  
 E-Mail: [info@krenzer-sitzmoebel.de](mailto:info@krenzer-sitzmoebel.de)  
[www.krenzer-sitzmoebel.de](http://www.krenzer-sitzmoebel.de)